# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 16. Mai 2009 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt


DIESE WOCHE



**Ihr Wählerreservoir überschneidet sich stark, doch zu sagen haben sich Grüne und Liberale wenig: FDP-Chef Guido Westerwelle und Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast schauen im Bundestag aneinander vorbei.**

Foto: krohnfoto

# Zerrissenes Bürgertum

## Die Parteitage von FDP und Grünen legen ein deutsches Grundsatzproblem offen

**Mit nur einer Woche Abstand haben Grüne und FDP ihre Bundesparteitage abgehalten. Die beiden Parteien bemühen sich um ganz ähnliche Wählergruppen. Ihr gespanntes Verhältnis besagt viel über die ungute Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland.**

Überdurchschnittlich gut verdienend und gebildet, bevorzugt in den alten Bundesländern und in großen Städten lebend – so beschreiben Politologen die Wähler von FDP und Grünen. Weil die Überschneidung so groß ist, haben sich Grüne und Liberale schon oft „Sonderwahlkämpfe" geliefert, wobei die FDP den ruhig-defensiven Part übernahm, während die Grünen Attacken in die blau-gelbe Mitte des Parteienspektrums hinein ritten.

Zur Überschneidung der Wählerschaft kommt in Zeiten der Großen Koalition eine weitere Gemeinsamkeit: Da die großen Parteien Union und SPD laufend Kompromisse schließen müssen, haben die (verbliebenen) Oppositionsparteien es an sich umso leichter, sich zu profilieren. Doch das gelang bisher nur der FDP, die einen Höhenflug bis an ihre Traummarke von 18 Prozent hingelegt hat.

> Das Mißtrauen der Grünen gegen den Staat bleibt groß

Den Grünen fiel die Profilierung schwerer, denn sie sind trotz aller Anflüge urbaner Bürgerlichkeit ihrer Wähler immer noch eine zutiefst linke Partei und stehen als solche in doppelter Konkurrenz mit SPD und Linkspartei. Vor allem der Blick auf die Parteitage zeigt den kulturellen Graben, der Grüne und Liberale nach wie vor trennt.

Typisch für die FDP ist der Ruf nach einem Staat, der sich möglichst aus der Wirtschaft heraushält und wenig umverteilt, der aber prinzipiell und selbstverständlich bejaht wird. Die Grünen hingegen mißtrauen dem Staat nach wie vor in allen Punkten, die Staatlichkeit überhaupt ausmachen – von seinen Symbolen über die Geschichte bis hin zu den Institutionen, am meisten, wenn sie sich mit Fragen der Sicherheit befassen. Sogar das Staatsvolk selbst ist den Grünen suspekt, weswegen sie der Masseneinwanderung das Wort reden und den Bundestag lieber „der Bevölkerung" als „dem deutschen Volke" widmen würden. Erst seit relativ kurzer Zeit widersprechen grüne Politiker, wenn man ihrer Partei die Bürgerlichkeit abspricht, aber schier unüberwindlich ist die Aversion gegen Begriffe wie „Heimat" und „Nation". Und was den Staat angeht, so genießt er echte Sympathien der Grünen weiterhin nur dort, wo er Geld umverteilt oder ökologische Vorschriften erläßt.

Es verblüfft, daß so unterschiedliche Parteien, deren gegensätzliche Kulturen nun wieder im Kontrast der Parteitage zu besichtigen waren, überhaupt zu so großen Teilen um dieselben Wähler konkurrieren. Doch das ist nachweislich der Fall und sagt viel aus über die Befindlichkeit der gesellschaftlichen Mitte der Deutschen, die wegen ihrer übergroßen Distanz zu Staat und Nation politisch gesehen oft keine Mitte ist. Den Schaden davon hat das Land. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

## Wendung

Eine leichte Verschiebung in den Meinungsumfragen hat ausgereicht, den Koalitionsdiskussionen in Deutschland eine neue Richtung zu geben. Bis vor wenigen Wochen schien die Hauptalternative für die Zeit nach der Bundestagswahl zu sein: Schwarz-Gelb oder Ampel. Die FDP hatte sich über Monate hinweg bei rund 15 Prozent etabliert, Angela Merkel und die gesamte Union hofften auf ein Ende der ungeliebetn Großen Koalition im Herbst und auf die Neuauflage jener Konstellation, mit der die Bundesrepublik lange Zeit nicht schlecht gefahren ist. Ein mehr als selbstbewußter FDP-Chef verkündete, es sei noch die Frage, mit welchem Partner seine Partei an die Macht zurückkehren würde.

Tatsächlich schienen sich den Liberalen Alternativen zu eröffnen. Mehrere SPD-Politiker ließen zeitlich abgestimmt rotgelbe Testballons aufsteigen. Und um im Gespräch zu bleiben, starteten auch prominente Grüne eine Debatte über Nutz und Frommen eines rot-gelbgrünen Ampelbündnisses.

Diese Debatte ist nach kürzester Zeit im Protest der grünen Basis erstickt, auch der Parteitag der Grünen äußerte keinerlei Sympathien für ein Zusammengehen mit der FDP. Daß diese das „Nein" sofort erwiderte und Westerwelle sogar erklärte, er gehe lieber erneut in die Opposition, als sich in einer Ampel mit den Grünen herumzuschlagen, darf aber nicht für bare Münze genommen werden. Sinn solcher Beteuerungen ist, das Eintreten des ungewollten Ereignisses zu verhindern, nicht sich für nach der Wahl selbst zu binden. Und wenn die CDU weiter so begrenzt überzeugend über Steuerfragen streitet, dann könnte auch die Große Koaliton noch lange bestehen.

# Österreich für Restitution

## Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) unterstützt die Vertriebenen seines Landes

Österreich, Du hast es besser! Deutsche Beobachter überrascht die klare Unterstützung, die Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) Ende April bei einem Besuch im „Haus der Heimat" den dortigen Vertriebenen zusicherte: Mit Slowenien, Kroatien und Serbien wird weiterhin über offene Eigentumsfragen verhandelt, gegenüber der Tschechischen Republik setzt Wien sich für zweisprachige Ortsschilder und gegen Versuche ein, den EU-Reformvertrag mit der „Unantastbarkeit der Benesch-Dekrete" zu verbinden – das würde auch „von der EU nicht akzeptiert werden", stellte der Minister klar.

Wie der Chef der österreichischen Diplomatie erklärte, liege die Zusage des kroatischen Außenministeriums vor, daß der dortige Gesetzgeber die Restitutionsfrage weiter behandeln werde. Das österreichische Außenministerium lehne Veto-Drohungen im Zusammenhang mit dem kroatischen EU-Beitritt ab, habe aber sein Interesse an einer Lösung offener Restitutionsfragen „klar deponiert". Das bezieht sich vor allem auf den in Österreich lebenden Teil der Donauschwaben.

> Eine für deutsche Verhältnisse kaum denkbare Offenheit

Auch gegenüber seinem serbischen Amtskollegen habe er die Vermögensfragen Ende März angesprochen. In einer für bundesdeutsche Verhältnisse kaum vorstellbaren Offenheit ging der ÖVP-Minister auf den Wunsch des Bundesvorsitzenden des „Verbands der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs" (VLÖ), Rudolf Reimann, ein, den Informationsaustausch über diese Fragen zwischen dem Außenministerium und dem Haus der Heimat zu intensivieren. Spindelegger nahm auch den Vorschlag Reimanns, die serbische Restitutionsfrage auf EU-Ebene zu behandeln, positiv auf und versprach, das im Außenministerium in die Wege zu leiten.

Auch in Slowenien scheint sich in der Entschädigungsfrage etwas zu bewegen, dort bereitet das Innenministerium ein Wiedergutmachungsgesetz für Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg vor. Unklar ist, ob dieses Gesetz sich auch auf deutsche und österreichische Vertriebene beziehen wird, dennoch gab sich Spindelegger vorsichtig optimistisch.

Keinerlei Bewegung ist dagegen momentan im tschechisch-sudetendeutschen Verhältnis erkennbar. Der Bundesobmann der Sudetendeutschen in Österreich, Gerhard Zeihsel, beharrt auf der Aufhebung der einschlägigen Benesch-Dekrete und auf Wiedergutmachung. Außenminister Spindelegger erklärte, er habe bei seinen Gesprächen in Prag die Vertreibung der Sudetendeutschen thematisiert und werde das auch weiterhin tun. *VLÖ/K.B.*

# Positiver Besuch

## Papst fördert Versöhnung im Nahen Osten

Ausgerechnet aus seinem Geburtsland Deutschland kam erneut vielstimmige Kritik an den Reden des Papstes auf seiner Nahostreise. „Ein gebeugter Papst sucht Versöhnung" betitelte beispielsweise die „Zeit" ihren Bericht über die Jordanien-Visite von Benedikt XVI.

> Kleinliche Kritik aus Deutschland

Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland wußte viel an der Rede des Kirchenoberhauptes in der Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem zu bemängeln. Zwar habe er mit seinem Aufruf zum Kampf gegen Antisemitismus ein positives Signal in Richtung Judentum ausgesandt, doch so lange er nicht beispielsweise die Archive des Vatikans öffne, damit das Verhältnis von Papst Pius XII. in der Nazi-Zeit zu den Juden geklärt werden könne, erschienen seine Worte „halbherzig". Tatsächlich ist diese Frage längst gründlich erforscht, das Ergebnis: Pius XII. ist die Rettung von rund 700 000 Juden zu verdanken.

Die Vorwürfe verwirrten auch den Vorsitzenden des israelischen Holocaust-Dachverbands, Noach Flug. Vom Papst könne man nicht erwarten, daß er wie ein Rabbiner spricht. „Er ist hergekommen, um eine Annäherung zwischen der Kirche und dem Judentum zu bewirken, und daher ist sein Besuch als positiv und wichtig einzustufen." *Bel/K.B.*

## MELDUNGEN

### Geschönter Ilja Ehrenburg

**Rostock** – Seit dem 8. Mai zeigt das Peter-Weiß-Haus, das ehemalige Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (HDF), eine Ausstellung über Ilja Ehrenburg. Die Veranstaltungsmacher wählten den angeblichen „Tag der Befreiung“, um das „umstrittene“ Bild des sowjetischen Autors und Journalisten Ehrenburg (1891–1967) aufzupolieren. Das Museum geht in seiner Ausstellungsankündigung mit keinem Wort auf Ehrenburgs Tätigkeit als Haßprediger im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen ein. Auf Flugblättern und in Zeitungen rief er in der Endphase des Krieges zum massenhaften Mord an Deutschen auf. Vor diesem Hintergrund gibt es auch immer wieder Forderungen, die Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock-Toitenwinkel umzubenennen. Die Ausstellung läuft noch bis zum 27. Juni. *Bel*

### Klare Erwartung an Israel

**Scharm el Scheich** – Noch gibt sich der neue israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu unbeeindruckt von dem massiven Druck aus den USA. Bei seinem ersten Ägypten-Besuch zeigte er gegen-über Präsident Hosni Mubarak keinerlei Anzeichen für eine Änderung seiner Politik. Dabei hatte US-Vizepräsident Joe Bidden kurz zuvor ausdrücklich gefordert, Israel müsse für die Zwei-Staaten-Lösung arbeiten, dürfe keine weiteren Siedlungen bauen, müsse die Außenposten der Siedler räumen und den Palästinensern Bewegungsfreiheit geben. Beobachter erwarten, daß auch US-Präsident Barack Obama bei Netanjahus erstem US-Besuch am 17. Mai ähnlich deutliche Worte sagen wird. Doch Netanjahu hat wenig Spielraum, auf den Druck aus den USA, der EU und den arabischen Staaten zu reagieren. Geht er auf die Palästinenser zu, könnte seine Koalition zerbrechen, da nicht nur der neue, als ultrarechts geltende israelische Außenministers Avigdor Lieberman diesen Schritt kaum mitgehen wird. *Bel*

### Die Schulden-Uhr: »Land unter«

Die öffentlichen Haushalte haben völlig Land unter in diesem Jahr und auch in den Folgejahren“, so der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel (SPD). Auch der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter, schätzt die Finanzlage noch düsterer ein als Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) es bislang öffentlich tut. Der CDU-Experte geht davon aus, daß allein der Bund bis 2013 nahezu eine halbe Billion Euro neuer Kredite aufnehmen muß. Mittelfristigen rechnet er sogar mit einer Verzehnfachung der jährlichen Neuschuldung. Für das laufende Jahr erwartet er eine Nettoneuverschuldung von 154 Milliarden Euro. *Bel*

**1.565.417.935.609 €**

Vorwoche: 1.562.738.888.131 €
**Verschuldung pro Kopf:** 19 077 €
Vorwoche: 19 044 €

*(Dienstag, 12. Mai 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Atomindustrie will sich freikaufen

## Ausstieg aus dem »Ausstieg«? – Das Wahlergebnis im Herbst bestimmt Höhe und Art des Preises

**Deutschlands Kernkraftindustrie geht in die Offensive: Sie will auf jeden Fall den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Sie weiß auch, daß sie den nicht zum Nulltarif bekommt, läßt aber noch offen, welchen Preis sie zu zahlen bereit ist.**

Wer immer sich am 27. September kurz nach 18 Uhr als Sieger fühlen darf, dem wird vermutlich zeitgleich mit den ersten Koalitionsangeboten auch ein mehr oder minder üppiges Angebot der deutschen Kernkraftbetreiber auf den Tisch flattern: Biete xyz Euro gegen Verlängerung der Laufzeit unserer Atommeiler. Wie viele Stellen die Zahl vor dem Eurokürzel haben wird, hängt im wesentlichen davon ab, welche Parteienkonstellation der Wähler mit der Regierungsbildung beauftragt.

Natürlich setzen die Kraftwerkbetreiber darauf, daß sich die Umfragewerte der letzten Wochen am Wahltag bestätigen, daß also eine knappe schwarz-gelbe Mehrheit für die nächsten vier Jahre die Geschicke des Landes bestimmen wird. Mit Union und FDP wäre man sich schnell einig über eine Laufzeitverlängerung der nach aktueller Rechtslage zur Verschrottung anstehenden sieben Kernkraftwerke. Die „Nichtverschrottungsprämie“, welche die Industrie an Vater Staat zu entrichten hätte, könnte dementsprechend bescheiden ausfallen. Zudem dürften Merkel, Westerwelle & Co. diesem ersten Schritt in Richtung „Ausstieg aus dem Ausstieg“ weitere folgen lassen.

Sollte es hingegen zu einer Neuauflage der schwarz-roten, freilich nicht mehr ganz so Großen Koalition oder gar zu einer SPD-geführten linken Volksfront kommen, wäre der politische Preis für eine Aufweichung des strikten Antiatomkurses deutlich höher.

Wie hoch, steht vorerst noch in den Sternen. In welcher Form der Preis entrichtet werden soll, zeichnet sich schon konkreter ab. Zum Auftakt der diesjährigen „Jahrestagung Kerntechnik“ überraschte der Präsident des Deutschen Atomforums, Dr. Walter Hohlefelder, Freund und Feind mit dem Angebot einer Allianz zwischen Kernkraft und alternativen Energieträgern.

Demnach wären die Kernkraftbetreiber bereit, einen Teil der zusätzlichen Gewinne infolge Laufzeitverlängerung für Erforschung, Entwicklung und Anlagenbau zur Gewinnung sogenannter erneuerbarer Energien zur Verfügung zu stellen. Diese beiden Formen der Stromerzeugung, so Hohlefelder am Dienstagabend in Dresden, seien eben nicht, wie es heute aus ideologischen Gründen oft dargestellt werde, ein Gegensatz, sondern könnten einander durchaus ergänzen und hätten „ausreichend Platz in einem Energiemix, ohne sich gegenseitig in die Quere zu kommen“.

> Ein Nebeneinander der Energieformen wäre äußerst sinnvoll

Der Präsident des Atomforums erinnerte in diesem Zusammenhang an eine ähnliche Allianz, wie sie in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen Kohle und Kernkraft praktiziert wurde – begleitet übrigens vom tosenden Applaus sozialdemokratischer Parteitage. Lange Zeit sicherte der wohlaustarierte Energiemix nicht nur die Stromversorgung des Landes, sondern auch Zigtausende Arbeitsplätze im deutschen Bergbau wie in unserer – damals weltweit führenden – nukleartechnischen Industrie.

Das änderte sich erst in den 80er Jahren, als die grüne Ökopax-Bewegung zur politischen Partei mutierte und es im Zuge der 68er-Kulturrevolution schaffte, zunächst die veröffentlichte und damit bald auch die öffentliche Meinung zu dominieren. Die Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 tat ein übriges: Fortan war „Atom“ der Name fast allen Übels dieser modernen Welt.

Derweilen wurde der SPD klar, daß sie nur mit den Grünen als Bündnispartner eine Chance hätten, die bürgerliche Bundesregierung abzulösen. 1998 war es so weit; der Preis, den die Sozialdemokratie zu zahlen hatte, war die Verleugnung der eigenen fortschritts- und technologiegläubigen Vergangenheit inklusive der völlig unkritischen Kernkraft-Verherrlichung früherer (Partei-)Tage.

Längst aber hat das sture Festhalten an dem rot-grünen Ausstiegsbeschluß Deutschland in die internationale Isolation getrieben.

Die von allen Seiten oft emotional geführte Diskussion, ob Deutschland mehr, weniger oder gar keine Atomenergie braucht, führte letzten Endes dazu, daß Atomenergie und alternative Formen (wie Wind- oder Sonnenenergie) als sich gegenseitig ausschließende Optionen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Diesen Teufelskreis versuchte der Sprecher des Atomforums nun zu durchbrechen. Mit guten Erfolgsaussichten, denn die Fakten hat er auf seiner Seite. Die derzeit 17 deutschen Kernkraftwerke produzieren knapp ein Viertel des gesamten Stroms. Wichtiger für die Versorgungssicherheit: Sie decken 48 Prozent der sogenannten Grundlast ab.

Und sie glänzen durch hohe Verfügbarkeit, im nationalen wie im internationalen Vergleich. Auf der von der Internationalen Atomenergiebehörde veröffentlichten „Top-Ten“-Liste für 2008 finden wir – neben drei französischen und zwei US-amerikanischen – fünf deutsche Kernkraftwerke.

Sollte es jedoch nach der Bundestagswahl beim Ausstieg aus dem Atomstrom bleiben, werden in der nächsten Legislaturperiode sieben Kernkraftwerke abgeschaltet. Das bedeutet, daß zehn Prozent der gesamten Elektrizitätserzeugung und sogar 20 Prozent der Grundlastkapazität ausfallen.

Um die Lücke zu schließen, müßte Deutschland deutlich mehr Strom im Ausland kaufen. Aus was für Kraftwerken der kommt, läßt sich leicht ausmalen: Weltweit sind derzeit 42 neue Kernkraftwerke in Bau. (Siehe auch Kommentar auf Seite 8)

*Hans-Jürgen Mahlitz*

**Will den „Ausstieg aus dem Ausstieg“: Der Präsident des Atomforums, Walter Hohlefelder, geht in die Offensive.** Bild: Visum

# Kein Modell für Deutschland

## Die Zwischenbilanz von Schwarz-Grün in Hamburg ist ernüchternd – CDU um zwölf Prozentpunkte abgerutscht

Vor einem Jahr begann der schwarz-grüne Senat der Hansestadt Hamburg mit der Arbeit. Bietet die bundesweit erste Koalition zwischen Grünen und Christdemokraten auf Landesebene eine bundespolitische Option? Angesichts der Finanzkrise und einer inakzeptablen Schulreform droht die als „Vernunftehe“ gestartete Koalition derzeit zu scheitern. Auch über einen Rückzug des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust wird spekuliert.

Beim Abschluß des Koalitionsvertrages fabulierte der CDU-Landesvorsitzende Michael Freytag vor einem Jahr noch von einer „wunderbaren Freundschaft“ zwischen den beiden ungleichen Partnern. Davon ist bereits seit Monaten keine Rede mehr. Auch das Bild einer „sehr glücklichen Vernunftehe“, das einige Medien seinerzeit bemühten, paßt kaum. Dafür sind die Konfliktfelder zu groß und auch durch höfliche hanseatische Umgangsformen kaum beherrschbar.

Das erhoffte harmonische Miteinander, das sich nach den überaus schwierigen, über 100 stündigen Koalitionsverhandlungen einstellen sollte, blieb weitgehend aus. Zwar lassen die Parteispitzen nur wenige Konflikte an die Öffentlichkeit dringen, aber schon mehrmals mußte sich Ole von Beust öffentlich vor die unbeliebte Schulreform seiner grünen Bildungssenatorin stellen. Sie erreicht mit nur 24 Prozent Zustimmung den schlechtesten Wert aller Senatoren.

Die Aufgabenteilung der Koalitionäre – hier die Christdemokraten für Wirtschaft und Finanzen und dort die Grünen für Bildung und Justiz – klappt nicht wie vorgesehen. Das liegt nicht an konservativen Wertvorstellungen des christdemokratischen Bürgermeisters, der mit seinem rechtspopulistischen Partner Ronald Schill 2001 an die Regierung gekommen war: Inzwischen hat sich von Beust zum linksliberalen Merkel-Vertrauten gewandelt. Auch die Grünen haben eine Wende hinter sich, da sie sich von ihren fundamentalistischen Mitgliedern emanzipieren konnten und in bürgerliche Wählerschichten vorstießen.

> Die CDU ist nach links gerückt und kräftig geschrumpft

Die vereinbarte Arbeitsteilung zwischen den Koalitionären hätte gut funktionieren können, wären nicht fundamentale Probleme aufgetaucht, die das schwarz-grüne Projekt auch als Koalitionsoption für Deutschland nach der nächsten Bundestagswahl in Frage stellen. Hatte man von christdemokratischer Seite gehofft, man werde auch mit dem grünen Partner keine neue Schuldenpolitik machen müssen, sah man sich hier getäuscht. Gleich nach Beginn der Regierungsarbeit verlangten die Grünen für ihre Schulreform, die Einführung der sechsjährigen Primarschule, Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe. Auch viele Sozialleistungen sollten aufgestockt werden. Um diese Forderungen zu erfüllen, willigte die CDU in den Kompromiß ein, dem lebenswichtigen Hafen genau diese Investitionen zu entziehen. Das brachte den Wirtschaftsflügel der Partei auf die Barrikaden.

Ihr eigentliches Waterloo erlebten die Christdemokraten aber mit der HSH-Nordbank. Unter der Aufsicht von CDU-Finanzministern hat diese Landesbank offenbar unverantwortliche Geschäfte gemacht. Die Finanzkrise brachte nun ans Licht, daß die Bank nach jüngsten Schätzungen der BaFin Risiken von 105 Milliarden Euro aufgetürmt hatte. Damit ist die HSH-Nordbank nach der Hypo-Real-Estate der zweitgrößte Problemfall der Republik. Wie Hamburg eine solche Last mit einem Jahresetat von nur rund zehn Milliarden Euro schultern soll, kann sich niemand vorstellen. Die bisherigen Kreditspritzen von fünf Milliarden für die nördlichste Landesbank wirken angesichts der im Raum stehenden Summen fast klein.

> Wird von Beust nach der Bundestagswahl Minister in Berlin?

Zu dieser finanziellen Schieflage, die zur Pleite des Stadtstaates führen kann, kommen Abwanderungsbewegungen von der Stammwählerschaft der CDU. Die bürgerliche Klientel der Partei ist über die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre bei gleichzeitiger Verkürzung der Gymnasien auf sechs Jahre so erbost, daß bereits eine Demonstration von 5000 Eltern und Schülern vor dem Rathaus stattfand. Ein Volksentscheid und eine Partei („Wir wollen lernen!“) sind geplant. Nach jüngsten Umfragen liegt die CDU der Hansestadt, die bei der Bürgerschaftswahl 2008 noch 42,6 Prozent erreichte, bei nur noch knapp über 30 Prozent. In dieser Situation wirken die Dementis aus dem Munde Ole von Beusts, er wolle nicht nach Berlin gehen, wie ein angekündigter Abgang. Als ausgesprochener Merkel-Freund wird er bereits als Umweltminister in einem Kabinett Merkel nach der Bundestagswahl im September gehandelt. *Hinrich E. Bues*

## Bedenkliche Routine

Von HARALD FOURIER

Natürlich sind Berliner, die auf die alljährlichen Maikrawalle angesprochen werden, ziemlich genervt. Vor den diesjährigen, schweren Ausschreitungen befragte der Radiosender Energy seine Hörer, und die Reaktion war eindeutig: Ein junger Friedrichshainer sagte zum Beispiel, er habe gerade einen Aushang im Treppenhaus gelesen, daß er das Haus während der zu erwartenden Krawalle lieber nicht verlassen solle. „Das kotzt mich an", sagte er wörtlich. Eine junge Hörerin schimpfte über die Autonomen und meinte, die Demo gehöre verboten. Ein älterer Berliner schließlich sagte, die Gewalttäter gehörten nach Helgoland deportiert, dort könnten sie keinen Schaden mehr anrichten. (Schade wäre es allerdings um Helgoland.)

Nach den Ausschreitungen gab es eine Welle der Sympathie für die verletzten Polizisten. Es waren so viele wie noch nie. „Die Polizisten können einem leidtun", schrieb ein Leser der „BZ". Ein anderer fragte: „Wie lange muß sich unsere Polizei noch verheizen lassen?"

Die Berliner sind sauer, aber sie tragen es mit stoischer Gelassenheit. Selbst die, die persönlich betroffen sind. Zum 1. Mai verrammeln die Kneipenbesitzer in Kreuzberg ihre Läden, sobald es dunkel wird. Die Banken und Juweliere haben dann sowieso schon lange ihre Jalousien heruntergelassen. Danach bricht regelmäßig der Sturm los – in Form der „revolutionären 1.-Mai-Demo".

Das Ritual ist immer das gleiche. Nur so ist es zu erklären, daß die Berliner in den betroffenen Stadtteilen – neben Kreuzberg auch noch Neukölln, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Mitte – so gelassen damit umgehen. Sie handeln wie die leidgeprüften Einwohner Floridas, wenn die Hurrikansaison beginnt: alles vernageln, abschließen, das Weite suchen. Gegen die Randale können sie sowieso nichts tun – die ist wie ein Naturereignis.

Es ist problematisch für ein Gemeinwesen, wenn die Bürger das Gefühl haben, daß an bestimmten Tagen automatisch die Regeln außer Kraft gesetzt sind. Noch schlimmer ist es, wenn sie dann völlig gleichgültig werden. Das tun ja nicht nur die Berliner in den anderen Bezirken, sondern selbst die Leute, die an den Brennpunkten leben (müssen). Dem einzelnen kann man nicht einmal einen Vorwurf machen: Es ist der Überlebenstrieb, der uns dazu bringt, mit den Dingen umzugehen, wie sie nun einmal sind. Doch die daraus erwachsene Kultur des murrenden Hinnehmens ist die Kultur von Untertanen. Bürger einer Demokratie dagegen müssen sich gegen diese Verhöhnung ihres Gemeinwesens erheben, wenn sie nicht zusehen wollen, wie es untergraben wird.

# Nur noch eine Stimme Mehrheit

### Wowereits rot-roter Senat am Limit: Noch ein Übertritt, und es ist aus

Zu den Grünen gewechselt: Canan Bayram im Gebäude des Preußischen Landtags, dem Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses

Bild: ddp

**Aus Verdruß über die Verteilung lukrativer Ämter ist eine SPD-Parlamentarierin im Berliner Abgeordnetenhaus zu den Grünen gewechselt. Schon wird an der Spree über neue Koalitionsmöglichkeiten jenseits von Rot-Rot und sogar über Neuwahlen spekuliert. Aber Wowereit will durchhalten.**

Canan Bayram, SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, hat ein neues Parteibuch und gehört nun den Grünen an. Ihr Parlamentsmandat nahm sie dabei mit. Damit ist die Mehrheit der rot-roten Rathauskoalition auf eine einzige Stimme geschrumpft. Für den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wird es eng.

Zwar gibt es noch keine weiteren konkreten Austrittsdrohungen aus den Koalitionsfraktionen. Dennoch klopfen die Rathaus-Astrologen nun die Reihen von SPD und Linkspartei auf jeden möglichen Wackelkandidaten ab. Da ist etwa der Abgeordnete Carl Wechselberg von der Linken. Wechselberg hat dem Vernehmen nach fundamentale Probleme mit dem Kurs der eigenen Partei. Er erklärte jedoch, das rot-rote „Projekt" nicht gefährden zu wollen.

So beschäftigt sich das politische Berlin einstweilen mit dem Schwall an Vorwürfen, den Canan Bayram gegen die SPD richtet. Die Ausländer- und Integrationspolitik, die Frauen- und Gleichstellungspolitik und schließlich die Personalpolitik bei der Besetzung von Vorstandsposten landeseigener Betriebe erzürnen die nunmehrige Grünen-Politikerin. Die SPD-Spitze gibt sich verwundert: Bis zu ihrem Austritt sei nicht die leiseste Kritik an den angeblichen Mißständen aus Bayrams Mund zu hören gewesen.

Hinter vorgehaltener Hand werden denn auch andere Motive für den Parteiwechsel herumgereicht. Besonders empörte Bayram sich nämlich darüber, daß der Vorstand des landeseigenen Verkehrsunternehmens BVG komplett mit Männern besetzt sei. Laut Gleichstellungsgesetz hätte im Frühjahr ein freier Posten an eine Frau vergeben werden müssen. An wen sie dabei konkret gedacht hat, sagte Bayram nicht. Dennoch hat sie mit ihrer Kritik an der „ungerechten" Pfründe-Verteilung auch Stirnrunzeln ausgelöst. Diese könnten ohnehin Parteienverdrossene als Bestätigung dafür nehmen, daß es „den Politikern" nur darum geht, an lukrative Posten zu gelangen.

Indessen wollen die SPD-Frauen jetzt Ernst machen mit der Teilhabe an der Beute: Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), in der alle weiblichen SPD-Mitglieder automatisch zusammengefaßt sind, will beim Landesparteitag Mitte Mai beantragen, die Besetzung des BVG-Vorstandes rückgängig zu machen. Die ASF erhält dabei Rückendeckung durch Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD), die eine Überprüfung des Vorgangs forderte. Die Landesvorsitzende des Arbeitskreises Sozialdemokratischer Juristinnen (ASJ), Vera Junker, sekundiert: „Laut Gesetz hätte der BVG-Vorstandsposten ausgeschrieben werden müssen, um einer Frau überhaupt die Chance zu geben, sich zu bewerben."

> Die drei Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne lauern auf Neuwahlen. Doch Rot-Rot will auf jeden Fall bis Herbst 2011 durchhalten

Kaum war Canan Bayrams Parteiwechsel erfolgt, denken einflußreiche Sozialdemokraten wie der frühere Bundesgeneralsekretär der Partei Klaus-Uwe Benneter über einen Koalitionswechsel nach. Zwar wäre eine rot-grüne Regierung in Berlin rechnerisch denkbar, aber die Fraktionschefin der Grünen im Deutschen Bundestag, Renate Künast, erteilte derartigen Überlegungen eine Absage und forderte stattdessen Neuwahlen (regulärer Termin ist der Herbst 2011). Das verwundert wenig, denn nach den jüngsten Umfragen könnte ihre Partei bei Neuwahlen mit einem Stimmenzuwachs von vier Prozentpunkten rechnen. Auch die FDP würde bei Neuwahlen laut derzeitigen Umfragen etwa drei Punkte besser abschneiden. Die CDU würde laut den Demoskopen indes nur geringfügig zulegen. Dennoch erklärte CDU-Landes- und -fraktionschef Frank Henkel am Wochenende auf dem kleinen Landesparteitag der Berliner Union, daß Neuwahlen an der CDU nicht scheitern würden.

Da Neuwahlen aber rechnerisch ein Ende der derzeitigen rot-roten Regierungsmehrheit vermuten ließen, geht in der Hauptstadt derzeit niemand ernsthaft davon aus, daß SPD und Linkspartei es darauf ankommen ließen.

Derweil wird in sozialdemokratischen Kreisen das böse Gerücht gestreut, Canan Bayram habe in ihren Kreisverband Kreuzberg-Friedrichshain Schwierigkeiten gehabt, wieder einen aussichtsreichen Listenplatz zu ergattern. Dort heißt es auch, Bayram wolle sich dafür rächen, daß der Kreisverband ihre Bemühungen um ein Bundestagsmandat nicht unterstützt habe. *Hans Lody*

# »Schutzpatronin der Chaoten«

### Krawalle am 1.-Mai: Nachspiel im Bundestag – Hans-Peter Uhl (CSU): Rot-roter Senat in Berlin hat versagt

Der Linkspartei-Politiker Kirill Jermak zeigt keine Einsicht: Der 21jährige Bezirksverordnete hatte die Berliner 1.-Mai-Demo angemeldet, die in einem beispiellosen Gewaltexzeß mündete (siehe *PAZ* von vergangener Woche). In der linken „Tageszeitung" sagte er, „Scharfmacher in Teilen der Presse und des Polizeiapparats" hätten „bürgerkriegsähnliche Szenarien heraufbeschworen". Jermak zweifelt sogar die Zahl von 479 verletzten Polizisten an, diese sei „jenseits von Gut und Böse".

Jermak ist kein Einzelfall in seiner Partei, die in Berlin eine Koalition mit der SPD bildet. Evrim Baba, Linke-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, unterstellte der Boulevardpresse und sogar Polizeigewerkschaften und CDU „Interesse an den Ausschreitungen". Die Linken dürften sich nicht „gegeneinander ausspielen" lassen, unterstich sie ihre Solidarität mit den Demonstranten, denn „es gehört zu den Traditionen der Linken, daß wir Menschen unterstützen, die ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen".

Aus den Reihen der Demonstranten waren, wie berichtet, Steine, Flaschen und Brandsätze gegen die kaum geschützte Polizei (keine Schilde, keine Wasserwerfer) geschleudert worden. Einige Linke versuchten sogar, Beamte anzuzünden. Gegen sie wird wegen versuchten Mordes ermittelt.

Zum sichtlichen Unbehagen von SPD, Linkspartei und Grünen („Wahlkampfgeplänkel") beantragte die CDU/CSU-Fraktion eine Aktuelle Stunde im Bundestag zu den Vorfällen. Der innenpolitische Sprecher der Union, Hans-Peter Uhl, warf Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) dabei vor, mit seinem zurückhaltenden Polizeieinsatz Rücksicht auf die Umtriebe seines linken Koalitonspartners genommen zu haben. Es sei klar gewesen, daß jede „Strategie der Deeskalation" fehl am Platze gewesen sei angesichts der offenkundigen Gewaltbereitschaft der linken Demonstranten. Die Berliner Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch (Linke) nannte Uhl „die Schutzpatronin dieser Chaoten".

> Polizisten im Feuer: »Das war wie ein Opfergang«

Körting hingegen wies vergangenen Montag nochmals alle Kritik zurück und verteidigte sein Vorgehen. Die Strategie der „ausgestreckten Hand" habe sich bewährt. Gleichzeitig versucht der Berliner Innensenator aber offenbar auch, einen Teil der Verantwortung für 479 verletzte Polizeibeamte von sich wegzurücken. So wehrte er Vorwürfe ab, er habe die Polizisten zur Zurückhaltung am 1. Mai angehalten. Die Konzeption werde nicht „einseitig politisch vorgegeben", vielmehr käme sie von den Experten der Polizei, so Körting.

Nach dieser Einlassung wird in Berlin gemutmaßt, daß sich der Sozialdemokrat womöglich ein Hintertürchen offenhalten will für den Fall, daß die Kritik nicht abebbt und für ihn politisch gefährlich wird. Dann könnte er über diese neueste Lesart – nicht die Politik, sondern die Polizeiführung trägt die Verantwortung – ein Bauernopfer präsentieren und so seinen Kopf aus der Schlinge ziehen.

Und die Debatte geht tatsächlich weiter. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die 1.-Mai-Demo auf die Tagesordnung der kommenden Innenministerkonferenz von Bund und Ländern Anfang Juni setzen.

Hier dürften auch Aussagen von betroffenen Polizisten eine Rolle spielen, die gegenüber „welt-online" ihre Erlebnisse schilderten. Während sich indes zwei Hamburger Beamte, die nach Berlin abgeordnet waren, mit Bild und vollem Namen an die Öffentlichkeit wandten, wurden drei Berliner Ordnungshüter nur mit Vornamen genannt, ohne Foto. Die Hamburger berichten, wie die aus der Hansestadt angekommenen Wasserwerfer von der Berlinern Führung zurückgeschickt wurden. Vor ihnen hätten Berliner Kollegen „in kleinen Gruppen vorgehen" müssen, von allen Seiten beworfen und ohne Rückendeckung: „Das war wie ein Opfergang."

Ein Berliner klagt: „Ich habe keine Lust mehr, für politische Idioten den Hampelmann zu spielen", der andere pflichtet bei: „Ich kann dieser Polizeiführung nicht loyal dienen, sie hat es nicht verdient." Alle berichten von Chaos bei der Organisation und dem streckenweise tatenlosen Gewährenlassen der Straftäter. *Hans Heckel*

## Erben fordern Welfenschatz

Die Erben von vier jüdischen Kunsthändlern fordern die Herausgabe des sogenannten „Welfenschatzes" von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Der Schatz sei ihren Vorfahren von den Nazis abgepreßt worden.

Die Händler hatten den Schatz aus 82 Teilen 1928 für acht Millionen Mark erworben, und größere Teile davon unter anderem in die USA verkauft. 1935 veräußerten sie die bei ihnen bis dahin verbliebenen 42 Einzelteile für 4,26 Millionen Mark an den Staat Preußen.

Der Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Norbert Zimmermann, reagierte im Deutschlandradio zurückhaltend auf die Übergabeforderung. Die Händler hätten mit dem Verkauf des Schatzes schließlich schon lange vor der NS-Machtergreifung begonnen, argumentiert er. Eine entscheidende Frage sei aber, ob sie über den Erlös frei hätten verfügen können. Wenn nicht, wäre die Herausgabe an die Erben nahezu zwingend. *H.H.*

## Zeitzeugen

**Apostel Paulus** – Der große Völkerapostel verfolgte zunächst die junge Christengemeinde in Jerusalem – bis zu seinem Bekehrungserlebnis vor Damaskus, wohl im Jahre 32 oder 33. Seitdem missionierte er, der sich zeitlebens dem jüdischen Volk zurechnete, unermüdlich. Vor den anderen Aposteln mußte er sich sogar dafür rechtfertigen, daß er das Evangelium nicht ausschließlich Juden verkündigte.

**Chaim Z. Rozwaski** – Der liberale Berliner Rabbiner lehnt jede Judenmission ab – und spricht damit im Grunde für alle Strömungen des Judentums: „Ob man einen Juden in der Gaskammer tötet oder durch Konversion – in beiden Fällen ist er als Jude tot.“ Soweit missionarische Aktivitäten von „messianischen Juden“ durchgeführt werden, spricht Rozwaski von einem „giftigen Bonbon in einer Schokoladenhülle“. Die jüdische Position ist insofern konsequent, als Juden auch nicht unter Christen missionieren.

**Theo Sorg** – Der frühere Landesbischof von Württemberg (* 1929) hat die konservativ-evangelische Haltung zur Judenmission folgendermaßen in Worte gefaßt: „Es ist mir bewußt, daß das Christuszeugnis in Israel eine andere Qualität hat als die Mission unter Heiden. Deshalb vermeide ich den Begriff ‚Judenmission‘... Es ist mir weiter bewußt, daß unser christliches Zeugnis an Israel aufs Schwerste belastet ist durch das, was an Schrecklichem gerade durch unser deutsches Volk an Israel ... geschehen ist. Dies alles kann nicht aufheben, daß Jesus, der Sohn Gottes, zuerst für Israel gekommen ist, daß er auch für Israel am Kreuz gestorben und am dritten Tag wiederauferstanden ist. Jesus ist der Heiland der Völker und der Messias Israels. Man muß dem Neuen Testament Gewalt antun, wenn man diese biblische Linie abblenden und auf die Seite legen will.“

**Benedikt XVI.** – Der 1927 als Joseph Ratzinger geborene Papst hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß sich die in Jesus Christus angebotenen Heilszusagen auch auf das jüdische Volk beziehen. Eine im Februar 2008 von ihm vorgelegte Karfreitagsfürbitte lautet: „Laßt uns auch beten für die Juden, auf daß Gott, unser Herr, ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Retter aller Menschen.“

# Zankapfel Judenmission

## Ein Streit mit vielen Dimensionen – Die Grundfrage: Gibt es absolute Wahrheit?

**Sollen Christen Juden Jesus von Nazareth als den Messias verkünden und versuchen, sie für die Taufe zu gewinnen? In beiden großen Konfessionen wird derzeit über die Judenmission gestritten. Dabei geht es um weit mehr als um eine vielschichtige theologische Frage.**

Etliche Male blitzte in den vergangenen Monaten in aktuellen Debatten in Deutschland eine fast zweitausend Jahre alte Frage auf: Ist christliche Mission unter Juden zulässig, wenn ja in welcher Form? Sowohl beim innerkatholischen Streit um die Pius-Bruderschaft und um die „Karfreitagsbitte“ in der überlieferte Liturgie als auch bei der Israel-Reise des Papstes spielte diese Frage eine bedeutende Rolle.

Im deutschen Protestantismus spielt die Frage der Judenmission seit jeher eine große Rolle. Martin Luther hoffte noch, sein reformatorisch überarbeitetes christliches Bekenntnis würde die Juden spontan überzeugen und sie die Taufe begehren lassen. Als dieser Effekt ausblieb, wurde Luther auf seine alten Tage zum Antisemiten, der in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ die Verbrennung von Synagogen nahelegte. Diese Auswüchse wurden bald korrigiert, doch die Überzeugung, Jesus Christus sei der Erlöser aller Völker, auch und gerade seines eigenen, des jüdischen, blieb im deutschen Protestantismus bis in die sechziger Jahre hinein Konsens. Gestritten wurde nur über das Wie, nicht über das Ob der Judenmission, denn zu eindeutig schien der biblische Befund: Pries nicht der Apostel Paulus – ein „Judenchrist“ wie ausnahmslos alle Apostel der ersten Generation – das Evangelium als „Kraft Gottes, die selig macht alle, die daran glauben, die Juden zuerst“ (Römer 1, 16)? Und heißt es nicht im 1. Johannesbrief mit Blick auf Israel klar und eindeutig: „Wer den Sohn leugnet, hat auch den Vater nicht“ (1. Joh 2, 23)?

Dennoch begann vor knapp 50 Jahren eine intensive Debatte zunächst in der protestantischen Theologie, ob es nicht (über die immer klarer als fortdauend verstandene Erwählung Israels hinaus) einen eigenen jüdischen „Heilsweg“ gebe, der letztlich ein christliches Zeugnis unter Juden für den Glauben an Jesus von Nazareth und die Annahme der trinitarischen Taufe überflüssig oder sogar unzulässig mache.

Die Tendenz in dieser Richtung wurde immer eindeutiger, wofür die Haltung des Deutschen Evangelischen Kirchentags (siehe rechts) als „Seismograph“ gelten kann. Seit Anfang der neunziger Jahre haben schließlich sogar mehrere evangelische Synoden Beschlüsse gegen eine Judenmission gefaßt, deren Formulierungen im Laufe der Zeit immer dezidierter wurden. Im November 2008 beispielsweise erklärte die Bayerische Landeskirche, Aktivitäten mit dem Ziel einer Bekehrung von Juden zum Christentum seien „undenkbar“ – eine Formulierung, von der Landesbischof Johannes Friedrich bisher nicht abgerückt ist.

### Ein Konflikt im Brennpunkt des Relativismus-Streits

Dieser Grundsatzstreit berührt nicht nur die Frage der Verbindlichkeit und Wahrheit der Bibel und des trinitarischen Gottesbildes. Man kann in ihm geradezu den Brennpunkt des Streits um die philosophische und theologische Strömung des Relativismus sehen, der die Existenz absoluter Wahrheiten in Abrede stellt. Schließlich definiert das Neue Testament Jesus Christus ja (auch) als die absolute und personifizierte Wahrheit.

Im deutschen Katholizismus schwelt dieser Grundsatzstreit ebenfalls, und zwar sowohl auf der akademisch-theologischen als auch auf der kirchenpolitisch-praktischen Ebene. Hier hat unlängst ein Gesprächskreis des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ein Papier mit der programmatischen Überschrift „Nein zur Judenmission“ vorgelegt. Selbst der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Robert Zollitsch und sein Vorgänger, Karl Kardinal Lehmann, die beide als sehr dialogorientiert gelten, erklärten daraufhin, dieser Text werde „dem Christusbekenntnis der Kirche in seiner Fülle nicht gerecht“ und stelle „die Sendung der Kirche verkürzt dar“.

Nicht zuletzt deswegen konnte vor wenigen Tagen erstmalig ein neuer ZdK-Präsident sein Amt nicht antreten. Die katholischen Bischöfe verweigerten dem bereits gewählten hessischen Kultus-Staatssekretär Heinz-Werner Brockmann (61) die laut ZdK-Statut notwendige Bestätigung mit Zweidrittelmehrheit. *K. Badenheuer*

## Vom Kirchentag behandelt wie Rechtsradikale

Toleranz, theologische Weite und multikulturelle Vielfalt sind Schlüsselbegriffe im Denken der Verantwortlichen des Deutschen Evangelischen Kirchentags. So kommt es, daß selbst die Linkspartei, eine politische Kraft in direkter Tradition mörderischer Christenverfolger, dort problemlos einen Stand bekommt. Auch Protagonisten einer homo- und bisexuellen Lebensweise können auf dem „Markt der Möglichkeiten“ des Kirchentages bestens plaziert de facto für ihren Lebensstil werben. Das sogar dann, wenn in ihrem Angebot jeglicher Bezug zu christlichen Inhalten (selbst ein kritisch-kontroverser) fehlt.

Diese enorme Toleranz endet aber für jegliche, von den Veranstaltern als zu weit „rechts“ eingestuften Kräfte – und für Vertreter der Judenmission. Schon lange von den Kirchentags-Oberen kritisch beäugt, durften diese teilweise seit Jahrzehnten bestehenden Gruppen zum letzten Mal 1999 in Stuttgart auf einem Kirchentag ihre Arbeit vorstellen.

### Kein Stand für den Apostel Paulus?

Die Befürworter der Judenmission wissen selbst durchaus, wie sensibel ihre Position theologisch und zusätzlich wegen der deutschen Geschichte ist, und sprechen deswegen lieber von „Evangeliumsdienst“ oder „Zeugnisdienst“. Freilich gibt es auch aktive christliche Missionare in Israel, die geborene Juden und israelische Staatsbürger sind. Auch sie bekommen auf dem Kirchentag keinen Stand mehr, sondern werden – jüdisches Selbstverständnis hin, israelischer Paß her – ausgesperrt wie Rechtsradikale. Die absurde Pointe dieser Linie: Als judenchristliche Missionare hätte bei dieser Politik auch die Apostel Petrus und Paulus persönlich keine Chance mehr auf einen Stand auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag. *K.B.*

Missionare unerwünscht: Aus jüdischer Sicht sind christliche Bekehrungsbemühungen völlig unzulässig. Bild: ddp

# Blick in die Geschichte

## Die Judenmission ist unter Christen erst seit kurzer Zeit umstritten

Der aktuelle Grundsatzstreit um die Judenmission in beiden großen Konfessionen ist kirchengeschichtlich gesprochen ein Novum. Blickt man nämlich in die Bibel oder die bald 2000jährige Kirchengeschichte überraschen diese Auseinandersetzungen. Wäre die Mission unter Juden verboten gewesen, hätte Jesus Christus kaum in Israel auf die Welt kommen dürfen. Die ersten Jünger und Apostel mit ihrer Botschaft vom nahen Reich Gottes hätten Israel alsbald verlassen müssen, um das Evangelium zu verbreiten. Das aber taten sie nicht, sondern missionierten zunächst sogar ausschließlich unter ihren jüdischen Landsleuten. Darüber waren etliche jüdische Priester, Pharisäer und Theologen schließlich so erbost, daß sie im Zusammenspiel mit der römischen Besatzungsmacht die Tötung Jesu beschlossen.

Auch nach dem Tod und der Auferstehung Jesu kann von einem bloßen Dialog mit den Juden keine Rede sein. Juden waren immer die ersten Adressaten der christlichen Botschaft. Und erst nach vielen Jahren gingen die ersten Apostel auch gezielt zu Nicht-Juden. Doch selbst von Apostel Paulus, der als erster gezielt außerhalb Israels missionierte, ist überliefert, daß er in griechischen Städten zunächst in den Synagogen mit der Verkündigung des Evangeliums begann.

Doch schon im 1. Jahrhundert begann sich die Situation grundlegend zu ändern. Hatten zunächst Juden die christlichen Gemeinden als Sekte verfolgt, mußte nach den gescheiterten Aufständen gegen die Römer in den Jahren 70 und 135 ein Großteil der Juden ihr Land verlassen. Um als Volk zu überleben, waren die in alle Welt verstreuten Juden gezwungen, sich gegenüber anderen Religionen und Kulturen eindeutig abzugrenzen.

### Am Anfang war die Frage: Ist Heidenmission erlaubt?

Diese Isolation machte die Juden in aller Welt anfällig für Pogrome und andere Verfolgungen. Bei nationalen oder ökonomischen Konflikten dienten sie schnell als Sündenböcke. Dies allerdings erst, nachdem das Christentum im 4. Jahrhundert zunächst die Zulassung als im römischen Reich erlaubte Religion und schließlich die Stellung als Staatsreligion eroberte. Das Thema ist insofern mit der Frage der Judenmission verbunden, als über Jahrhunderte hinweg immer wieder versucht wurde, Juden mit Zwang zu bekehren.

Wenn Papst Benedikt XVI. in diesen Tagen durch Jordanien und Israel gereist ist, so hieß es diplomatisch, daß er zu den heiligen Stätten der Christenheit „pilgert“. Dabei verschweigt der Papst aber nicht, daß nach unveränderter christlicher Überzeugung in Jesus von Nazareth der Messias angekommen ist, auf den die Juden noch warten. Neben allen notwendigen und friedlichen Dialogen stellt er sich so der für Christen unaufhebbaren Aufgabe, die Wahrheit des Evangeliums auch unter moslemischen und jüdischen Bevölkerungen zu verkünden. Den krisengeschüttelten Völkern des Nahen Ostens ist jedenfalls zu wünschen, daß sie einen neuen Weg zu Frieden und Heil der Seelen entdecken. *H.E.B.*

**Preußische Allgemeine Zeitung**

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
**Konrad Badenheuer**
(V. i. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

**Verlag:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

| | |
|---|---|
| **Telefon** | **(040) 4140 08-0** |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-41 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Anz./Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

**E-Mail:**

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4563**

# Gysi stöhnt über »zehn Prozent Irre«

## Im Überbietungswettbewerb um die tollsten Wahlversprechen schießt die Linke den Vogel ab

**Die Linkspartei ist auf dem geraden Weg von einer DDR-Nostalgie-Veranstaltung mit Streicheleinheiten für Nischen-Ossis hin zu einer linksextremen Sektierer-Partei. Neben einem kommunistisch-utopistischen Wahlprogramm macht immer mehr linksradikales Führungspersonal von sich reden.**

Das Bundestags-Wahlprogramm der Linkspartei hat das Zeug zum Bürgerschreck: Steuern massiv erhöhen, mit 200 Milliarden Euro Staatsknete möglichst viele („zwei Millionen“) Arbeitsplätze schaffen, alle Geschäftsbanken verstaatlichen, zehn Euro pro Stunde Mindestlohn, Rücknahme der Hartz-Reformen, Sozialhilfe-Regelsatz auf 500 Euro erhöhen. Damit zielt die Linkspartei eindeutig auf jenen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung, der für seinen Lebensunterhalt nicht selbst sorgt, sondern von staatlichen Transfers – zu Deutsch: Sozialleistungen – lebt. Wie es heißt, war dieses Programm auf Betreiben des linken Flügels nochmals deutlich verschärft worden. Thüringens Linkspartei-Spitzenkandidat Bodo Ramelow hat denn auch prompt eine „Sonderabgabe“ von 80 Prozent (!) auf alle Einkommen über 600 000 Euro jährlich gefordert.

Personell und ideologisch hat sich die Linkspartei seit der Vereinigung aus Ost-PDS und West-WASG deutlich nach links bewegt, weg von einer Art Streichelzoo für DDR-Nostalgiker und Wende-Verlierer hin zu einem Sammelbecken aller linken und linksextremen Kräfte, Marxisten, Maoisten, Trotzkisten, alten KPD- und DKP-Kadern, linksgewirkten Hisbollah- und Hamas-Sympathisanten – sogar bis zu den „Links-Autonomen“, die am 1. Mai in Berlin 479 Polizisten verwundeten, reicht das Spektrum.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Einlassung des Linken-Bundesschatzmeisters Karl Holluba. Der hat öffentlich die direkte Abstammung und rechtliche Identität seiner Partei Die Linke von PDS und SED bestätigt – und das per eidesstaatlicher Erklärung vor dem Berliner Landgericht. Das war wohl nötig, um der Partei Altvermögen zu sichern, doch damit torpediert der Genosse Schatzmeister sämtliche Versuche von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, die Linkspartei als nagelneue Kraft darzustellen, die erst beim Vereinigungsparteitag aus PDS und WASG 2006 (oder allenfalls ein bißchen schon 1990 am „Runden Tisch“) entstanden sei.

Zurück zu den Verbindungen mit den „Links-Autonomen“: So hatte die Mai-Demonstration, die zu Ausschreitungen, Körperverletzungen und Brandanschlägen in Berlin-Kreuzberg geführt hat, Kirill Jermak angemeldet – seines Zeichens Linkspartei-Abgeordneter in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg. Hinterher entfuhr dem 21jährigen keinerlei Wort des Bedauerns angesichts der Gewaltexzesse und mehr als 400 verletzter Polizisten. Im Gegenteil: Auf N24 legte er nach und warf der Polizei vor, sie sei schuld an der Randale gewesen: „Die Polizei hat sich nicht darum bemüht, eine friedliche politische Demonstration zu gewährleisten. Deshalb ist

### Linke-Schatzmeister beschwört die direkte SED-Tradition

es dann so gekommen. Die Eskalation wurde im Vorfeld von den Medien, von der CDU und Teilen der Polizei geradezu herbeigeredet.“ Bereits vor den Ausschreitungen hatte Jermak der Polizei „Schlägermentalität“ und „faschistischen Korpsgeist“ vorgeworfen.

Der Publizist Henryk M. Broder nannte die linksextremistischen Schläger und Brandstifter von Berlin hingegen „die SA der Friedensbewegung“. Broder wörtlich: „Sie wollen Antifa sein, aber die Antifa heute ist leider die Verkörperung der Fa [=Faschisten, d. Verf.]. Es ist der gleiche Geist. Sie geben denjenigen, die sie zusammengeschlagen haben, die Schuld daran, daß sie zusammengeschlagen wurden. So hat die SA über ihre Opfer auch gehöhnt.“

Linkspartei-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch distanzierte sich zwar formal von den Gewaltexzessen, denkt aber gar nicht daran, etwa ein Disziplinarverfahren gegen Jermak einzuleiten. Außerdem gab er den linken Protestierern argumentativen Flankenschutz – wie bereits zuvor DGB-Chef Michael Sommer und SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan mit ihren unrühmlichen Hinweisen auf „soziale Unruhen“. So wies Bartsch im Angesicht der Randale auf die Agenda-2010-Reformen hin und gab sich verständnisvoll: „Ich sehe soziale Unruhe im Land.“

Auch im weiß-blauen Freistaat treibt die Linkspartei merkwürdige Blüten. So ist hier, im oberbayerischen Voralpenland, die Trennlinie zwischen linken Utopisten und islamische Sozialisten vom Schlage der Baath-Partei nicht unbedingt immer erkennbar. Das beweist der bisherige Bundestags-Direktkandidat der Linkspartei im Wahlkreis Fürstenfeldbruck-Dachau, Chris Sedlmair: Der 31jährige bekennende Moslem vermißt laut seiner Internetseite Saddam Hussein und hält die USA für das „grausamste und mörderischste Imperium seit Hitler“. Er fordert die deutsche Linke auf, das „American Reich“ zu bekämpfen. Die Kriminalisierung der radikal-islamistischen Terrororganisationen Hisbollah und Hamas müsse beendet werden. Auf seiner Seite findet sich ein Link auf ein Video „Saddam? Missing you“. Sedlmair war 2002 und 2005 bereits Direktkandidat der PDS, diesmal mußte er seine Kandidatur auf Druck der örtlichen Parteiführung niederlegen, nachdem mehrere Zeitungen über seine Parolen berichtet hatten.

Schon lange werfen Beobachter der Linkspartei enge Verbindungen zu Hamas und Hisbollah vor, außerdem zu den kolumbianischen Farc-Rebellen und weiteren linksgerichteten Terrorgruppen weltweit. So tritt der Linken-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke immer mal wieder bei „Friedensdemonstrationen“ gegen Israel auf, bei denen Parolen erschallen wie: „Wir sind alle Hisbollah“, „Hisbollah bis zum Sieg“ und „Kein Platz für Israel“.

Es scheint, als sei das Diktum von Gregor Gysi: „In jeder Partei gibt es zehn Prozent Irre“, mit Blick auf „Die Linke“ eindeutig zu niedrig gegriffen. *Anton Heinrich*

**Die Chaoten von Kreuzberg, der Serienmörder Christan Klar, die Killer von der Farc: Niemand ist so linksextrem, daß er bei der „Linken“ keine Freunde mehr fände.** Bild: ddp

## MELDUNGEN

### Grüne schmoren im eigenen Saft

**Berlin** – Eine Serie unrealistischer Wahlversprechen präsentierten die Grünen auf ihrer sogenannten „Bundesdelegiertenversammlung“ am vergangenen Wochenende. Mit einer gewissen Spannung waren Hinweise auf mögliche Koalitionen erwartet worden, nachdem einige prominente Grüne sich unlängst mit Hinweisen auf ein Ampelbündnis nach der Wahl Kritik der Basis zugezogen hatten. Nun hieß es nur noch, alle Konstellationen seien möglich, außer „Jamaika“. Den Grünen ist im Zweifel also ein Bündnis mit den SED-Erben lieber als eines mit der CDU. Für Überraschung sorgte eine Bewerbungsrede von SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan („Ich finde es großartig, was Ihr macht“, „Ihr tut diesem Land gut.“). Denn Schwan kann ohnehin auf fast alle grünen Stimmen in der Bundesversammlung zählen und könnte mit der Rede an die „lieben Freundinnen und Freunde“ Sympathien in der Mitte verloren haben. *K.B.*

### Verwanzung war nötig

**Düsseldorf** – Als nicht verhältnismäßig hat die Verteidigung der mutmaßlichen Terroristen der Sauerland-Gruppe die Verwanzung des Mietwagens der Islamisten bezeichnet. Damit versuchte die Verteidigung, die auf diesem Wege erlangten Informationen für den Prozeß als nicht verwertbar durchzusetzen. Die Bundesanwaltschaft konnte jedoch belegen, daß ohne die intensiven Überwachungsmaßnahmen unter anderem mit Peilsendern die Gefahr bestanden hätte, daß die vier Angeklagten nicht vor ihrer Tat geschnappt worden wären. Die vier, die der deutschen Zelle der Islamischen Dschihad Union (IJU) angehören, hatten sich über Monate heimlich Wasserstoffperoxid für den Bombenbau besorgt. *Bel*

---

Russki-Deutsch (17):

# Balalaika

Von Wolf Oschlies

Wenn Russen Musik machen, dann am liebsten mit „garmon“ (Ziehharmonika), aber das russischste Instrument schlechthin ist die Balalaika – ein Zupfinstrument mit langem Hals und dreieckigem Schallkörper, der die drei Saiten klingen läßt. Ein nutzloser Mensch wird russisch „besstrunnaja balalaika“ genannt, „saitenlose Balalaika“, was in seiner Bildhaftigkeit einleuchtet.

Woher das Instrument und sein Name stammen, hat noch niemand ergründet. 1688 werden beide erstmalig erwähnt, als Zubehör der „skomorochi“, diebischer Wandermusiker aus Fernost. Zar Aleksej (1629–1676), der Vater Peters des Großen, hatte Balalaikaspielen mit schweren Strafen belegt, aber das half natürlich nichts. „Wer seinen Fuß nur je einmal in Rußland hineingesetzt hat, wird die Russen haben singen, ihre Balalaika haben klingen hören“, schrieb 1863 der deutsche Philologe Julius Altmann, der einige Jahre in Moskau lebte und in Berlin eine Sammlung russischer Lieder unter dem Titel „Die Balalaika“ veröffentlichte. Altmann war ein Geistesbruder des jungen Landadligen Wasilij Andrejew, der zur selben Zeit die Balalaika bei seinen Bediensteten wieder entdeckte, sie technisch verbesserte und ihr zu einer Weltkarriere verhalf. In den 1930er Jahren entzückten Balalaika-Ensembles die ganze Welt – für die Balalaika schrieben berühmte Komponisten wie Sergej Wasilenko und Michail Ippolitow-Iwanow große Orchesterwerke.

Das Erfolgsgeheimnis der Balalaika ist, daß sie als Volksinstrument oder als vollwertiges Orchester- und Solisteninstrument auftreten kann. Die Volksausgabe kommt mit 16 Bünden am Steg aus, die Konzertversion braucht 30 und hat einen größeren Tonumfang. Zudem gibt es von der Balalaika acht Bauarten, und die riesige Bassbalalaika muß auf einem Zapfen am Boden stehen.

Die Balalaika ist urrussisch, sie verkörpert russisches Wesen, steht für das klingende, melancholische Rußland. So befand schon Altmann, und Jahrzehnte nach ihm spielten sich mit der Balalaika sogar die „Tanz- und Gesangsensembles der Roten Armee“ in die Herzen ihrer osteuropäischen Zuhörer, die allgemein keine Freunde von Russen und Rotarmisten waren. Balalaika versöhnt!

# Eiern um die Rente

## Sozialminister Olaf Scholz laviert gewaltig

Mit einem sonderbaren Kompromiß will die Große Koalition unter allen Umständen verhindern, daß die Renten sinken. Auch in Jahren, in denen die Beschäftigten Einbußen bei Löhnen und Gehältern hinnehmen müssen, soll für die 20 Millionen Rentner eine echte Kürzung ausgeschlossen bleiben. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen jedoch nicht den Bundeshaushalt belasten, aus dem schon jetzt ein großer Teil der Renten bezahlt wird. Vielmehr soll eine durch diese Klausel vermiedene Kürzung in den Folgejahren dadurch nachgeholt werden, daß die dann an sich fälligen Erhöhungen ab 2011 halbiert werden. Dies jedenfalls ist der Kern des neuen Rentenkompromisses.

Mit merkwürdigen Worten lobte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) diese Einigung, die noch vor der Bundestagswahl Gesetzeskraft erlangen soll. Es sei eine „Frage des Vertrauens“, daß derjenige, der einzahlt, sicher sein könne, „daß er sich auf die Rente verlassen kann“, gab Scholz zum besten, ohne eine Silbe über die Kernpunkte „Rentenhöhe“ oder „Rentenkürzung“ zu sagen. Scholz ging auch nicht darauf ein, daß eine Rentenerhöhung unterhalb der Inflationsrate faktisch bereits eine Kürzung darstellt, und erklärte dann sogar seinen eigenen Gesetzentwurf für im Grunde überflüssig.

### Scholz widersprach sich mehrfach selbst

Scholz geht nämlich – im Unterschied zu den Wirtschaftsforschungsinstituten – davon aus, daß die Schutzklausel gar nicht in Anspruch genommen werden muß, da eine Rentenkürzung auch ohne diesen Eingriff „nicht erkennbar“ sei. Vielmehr werde die Regelung nur deshalb getroffen, „damit nicht durch zweifelhafte Berechnungen Unsicherheiten geschürt“ werden könnten.

Also geht es um Wahlkampf, genauer gesagt, um das durchaus legitime Anliegen, radikalen Parteien eine Wahlkampfparole zu nehmen? Auch das soll es angeblich nicht sein: „Dieses Gesetz hätte ich auch vorgeschlagen, wenn der nächste Wahlkampf noch dreieinhalb Jahre entfernt läge“, behauptete der Bundessozialminister vor der Berliner Presse und komplettierte damit die Verwirrung um Sinn und Zweck seines eigenen Tuns. *K.B.*

# DPA muß sparen

## Agentur verlegt ihre Zentrale nach Berlin

Die größte deutsche Nachrichtenagentur, die Deutsche Presseagentur (DPA) verlegt ihre Zentralredaktion von Hamburg nach Berlin. DPA-Chefredakteur Wilm Herlyn gibt sich alle Mühe, dem Schritt den Geruch einer Sparmaßnahme zu nehmen. Doch Aussagen wie „Wir streben eine schlanke, schlagkräftige Organisation an“ deuten in genau diese Richtung.

Neben Hamburg verliert auch Frankfurt am Main, wo bislang die Bildredaktion angesiedelt ist. An der Alster verbleiben sollen Unternehmensteile wie Vertrieb, Informationstechnik, Controlling und Buchhaltung. Eine Bündelung der Aktivitäten am bisherigen Hauptstandort Hamburg ist verworfen worden, weil mit den Bundeskorrespondenten ohnehin ein großer Teil der Redaktion an der Spree angesiedelt ist. So wären teure Doppelstrukturen entstanden. Für die DPA arbeiten mehr als 800 Redakteure.

Die 1949 gegründete Agentur ist zuletzt von mehreren Seiten unter Druck geraten. Zum einen holen kleinere Wettbewerber wie der Deutsche Depeschendienst (DDP) und die französische AFP auf. Letztere wird von der französischen Regierung mit jährlich über 100 Millionen Euro subventioniert, während sich die DPA mit einem Umsatz von 94 Millionen Euro (2007) selbst finanzieren muß. Erst Ende vergangenen Jahres hat die mächtige „WAZ“-Gruppe ihre Zusammenarbeit mit der DPA gekündigt. Ein schwerer Einschnitt.

### Konkurrent AFP kriegt Geld aus Paris

Zudem holen zahlreiche Medienerzeugnisse ihre Informationen einfach aus dem Internet, ohne dafür zu bezahlen. Ist eine Meldung, egal von wem, erst einmal im Netz, gehört sie de facto jedem. Unter der unkontrollierten Weiterverbreitung geistigen Eigentums leidet auch die Musik- und Filmbranche.

Die DPA gehört derzeit 191 Medienunternehmen, die jeweils einen Anteil von höchstens 1,5 Prozent halten dürfen, damit kein einzelner Teilhaber zuviel Macht erhält. Diese für die Unabhängigkeit günstige Konstruktion hat indes nicht verhindern können, daß die DPA gelegentlich auch mit tendenziöser Berichterstattung hervorgetreten ist. Eine Todsünde für eine Nachrichtenagentur, von der Journalisten und Leser ein Höchstmaß an Objektivität erwarten. *H.H.*

## MELDUNGEN

### Liberale Polemik gegen den Papst

**Straßburg** – Vor allem unter den Christdemokraten im Europäischen Parlament sorgte ein Antrag der europäischen Liberalen, der einer schroffen Rüge des Papstes gleichkam, für Empörung. Ziel der Liberalen war es, einen Änderungsantrag zum „Jahresbericht über die Menschenrechte in der Welt 2008“ durchzusetzen, in dem Benedikt XVI. für seine Äußerung, daß Kondome das afrikanische Aids-Problem nicht lösen würden, nachdrücklich verurteilt wird. „Durch die Eingliederung des diffamierenden Antrags in einen Bericht zur Lage der Menschenrechte sollte das Kirchenoberhaupt auf eine Stufe mit Wahlfälschern, Kriegsverbrechern und Diktatoren gestellt werden“, empörte sich der CSU-Abgeordnete Martin Kastler, der sich zusammen mit seinen Unionskollegen Hartmut Nassauer und Bernd Posselt massiv für eine Ablehnung des Antrags einsetzte. 253 der anwesenden Abgeordneten stimmten gegen die Rüge, 199 dafür. 61 EU-Parlamentarier enthielten sich. *Bel*

### Einbruch beim Polizeichef

**Wien** – Die dramatische Zunahme von Diebstählen und Einbrüchen in Ostösterreich seit Abschaffung der Grenzkontrollen kriegen zunehmend auch Prominente zu spüren. Nachdem schon im Vorjahr Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) bei einem Lokalbesuch in Wien ihre Handtasche eingebüßt hatte, war nun der Wiener Polizeichef General Karl Mahrer an der Reihe: Einbrecher plünderten seine Wohnung. Dabei ließen sich die Täter auch nicht von einer „Sicherheitstüre“ abschrecken – sie brachen sie einfach aus dem Rahmen. Die jüngsten Zahlen belegen, daß bei Wohnungs- und Hauseinbrüchen in Wien die Aufklärungsquote nur vier Prozent beträgt. *RGK*

# Super-Gau statt Super-Coup

## Türkei: Statt Applaus für einen neuen Superminister erntet Erdogan Kritik wegen des Bilge-Massakers

**Beim Massaker im südosttürkischen Bilge am 4. Mai starben 44 Menschen. Ministerpräsident Erdogan hat es sich viel zu einfach gemacht, als er dabei mit Blick auf Ehrenmorde und Blutrache nur von „schrecklichen Traditionen“ sprach. Die Gewalttat hängt auch mit dem ungelösten Kurdenproblem, also mit der Regierungspolitik, zusammen.**

Eigentlich hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sich feiern lassen wollen. Stolz hatte er, dessen Partei AKP bei der Kommunalwahl im März nur noch 39 Prozent und somit acht Prozentpunkte weniger als bei der letzten Wahl geholt hat, der Öffentlichkeit seine Wunderwaffe gegen die Wirtschaftskrise präsentiert: Superminister Ali Babacan. Doch nicht lange beschäftigten sich die Medien mit dem neuen Wirtschaftsminister, der für die Türkei beim Internationalen Währungsfonds (IWF) um Unterstützung bitten soll. Der Name Babacan wurde von dem Ortsnamen Bilge verdrängt.

Prompt machte Erdogan bezüglich dieses Massakers mit 44 Toten ähnliche Fehler wie bei der Wirtschaftskrise. Bei der hatte er großspurig verkündet, sie würde an der sich im Wachstum befindlichen Türkei vorbeiziehen. Damals jedoch sprachen die Wirtschaftsdaten bereits eine andere Sprache. Selbst die Regierung muß inzwischen eingestehen, daß die Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen rückläufig ist. Man spricht von einem Minus von 3,6 Prozent. Der IWF erwartet gar ein Minus von 5,1 Prozent und will Ankara nur einen Kredit geben, wenn es eine Steuerreform durchsetzt und eiserne Haushaltsdisziplin wahrt. Doch das sind unangenehme Maßnahmen, die Erdogans schwächelnde, islamisch-konservative AKP nur ungern ihren Wählern zumuten möchte, lag die Partei doch bei den letzten Umfragen nur noch bei 33 Prozent Wählerzustimmung. Derweil brechen Industrieproduktion, Handel, Konsum und Investitionstätigkeit weg, die Arbeitslosigkeit hat das Rekordniveau von 15,5 Prozent erreicht, und Erdogans Regierung handelt dennoch erst jetzt.

Hoffnungsträger: Erdogan (Mitte) setzt in der Krise voll auf seinen Wirtschaftsminister Babacan (r.). Bild: AP

Auch im Fall von Bilge stellte sich Erdogan nicht der Realität. „Keine Tradition kann eine Entschuldigung für ein solches Verbrechen sein“, sagte der türkische Ministerpräsident den Medien, während Sicherheitskräfte den Ort des Schreckens vor der Öffentlichkeit abschirmten. Telefonverbindungen wurden unterbrochen und Journalisten der Zugang verweigert. Erdogan Rückgriff auf die Tradition der Blutfehde, die als erste Antwort auf die Motive der Attentäter die Runde machte, wird inzwischen nur als Ausflucht gedeutet. Er habe vereinfachend die „schrecklichen Traditionen“ der Blutfehde wegen eines Streites um die Braut als einzig mögliche Antwort gelten lassen. Somit habe er das Massaker entpolitisiert. Dies war für ihn auch die einfachste Lösung, da vor allem der Westen seine Vorurteile über den rückständigen Südosten der Türkei bestätigt sah und nicht weiter nachgefragt hätte ... wenn nicht in der Türkei Stimmen laut geworden wären, die Erdogans Erklärung hinterfragt haben.

„Dieser Fall hat mehrere Dimensionen. Ich kann mich an keinen Ehren- oder Sittenmord mit ähnlicher Brutalität oder Grausamkeit erinnern. Ein Aspekt hängt mit Frauen zusammen“, so die Frauenrechtlerin Nehabat Akkoc, die darauf verweist, daß Mädchen in der Gegend selten zur Schule geschickt werden. Ohne Bildung und Wissen von der Welt würden sie sich willig von ihrem Familienclan im archaischen Spiel um die Ausweitung des jeweiligen Einflußbereiches verheiraten lassen. Da die gewachsenen Machtgefüge der Region sich in den letzten 25 Jahren durch Einflußnahme aus Ankara massiv verändert hätten, bliebe nur eine geschickte Heiratspolitik ... oder der Griff zu den Waffen, um im System der Dorfschützer zu bestehen. Die Dorfschützer erhalten vom türkischen Militär Sold und werden mit Waffen ausgestattet. Mit diesen Waffen wurde das Massaker verübt.

Die Aufgabe der Dorfschützer ist es, die von Ankara als Terroristen gejagten kurdischen Rebellen der PKK zu bekämpfen. Die Dorfschützer, etwa 70000 an der Zahl, sind meist ebenfalls Kurden, die sich allerdings loyal gegenüber der türkischen Regierung gezeigt haben. Sie haben inzwischen die Macht im Südosten der Türkei, da Ankara sie gewähren läßt, so lange sie die PKK im Schach halten. Zwar weiß man in der fernen, modernen Hauptstadt, daß das auf Kosten des Fortschritts und des Rechts geht, aber das ist der Preis, den vor allem das sehr autonom agierende türkische Militär zu zahlen bereit ist. Auch Erdogan hat nie interveniert. Er hat es hingenommen, daß nur der Westen der Türkei fortschrittlicher wird. Zwar leidet derzeit vor allem die im Westen befindliche Autoindustrie unter der Wirtschaftskrise – Fiat, Ford, Renault-Dacia, Toyota und Honda haben in der Türkei Produktionsstätten –, doch hier gibt es immerhin eine Industrie. Im Südosten dreht sich hingegen fast alles nur um die Landwirtschaft. Streitigkeiten um die rechtswidrige Aneignung von Land durch die Dorfschützer sind alltäglich. Hinzu kommen Drogengeschäfte. Da der Region die wirtschaftliche Basis fehlt, bleibt vielen jungen Männern nur die Möglichkeit, sich den Dorfschützern anzuschließen.

Zwar gibt es – auch dank des Drucks der EU – inzwischen Gesetze in der Türkei, um blutigen Traditionen und kriminellen Auswüchsen Einhalt zu gebieten, doch Erdogans Regierung drängt nicht auf ihre Umsetzung. Doch wenn Erdogan nicht endlich offen gegen das Problem vorgeht, kann er noch viele Superminister ernennen: Sein Rückhalt in der Bevölkerung dürfte weiter sinken. *Rebecca Bellano*

# Dezent abgespeist

## »Östliche Partnerschaft« durchaus zielgerichtet

In der ersten Maiwoche gründeten die Europäische Union (EU) und die sechs früheren Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrußland die „Östliche Partnerschaft“. Das von Schweden und Polen vorgeschlagene Pendant zur Mittelmeerunion soll die Nachbarschaft der EU mit Osteuropa vertiefen.

EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner war bemüht, der Neugründung etwas Würdevolles zu verleihen, doch die äußeren Umstände konterkarierten ihre Anstrengungen. Nicht nur, daß die Regierungschefs aus Frankreich, Großbritannien und Spanien der Veranstaltung fern blieben, auch die Kritik war massiv. Zwar wolle Brüssel wirtschaftlich und politisch enger mit den sechs osteuropäischen Staaten zusammenarbeiten, gleichzeitig aber Rußland nicht vor den Kopf stoßen, das die sechs ehemaligen Sowjetrepubliken noch immer als seinen „Hinterhof“ ansehe. Da die „Östliche Partnerschaft“ allerdings nach dem russischen Vordringen auf georgischen Boden im vergangenen Jahr beschlossen wurde, stellt sie in den Augen Moskaus bereits einen Affront gegen Rußland dar.

> Versuch, EU-Beitritt der Ukraine abzuwenden

Zudem untermauern 600 Millionen Euro für soziale Entwicklung und Infrastruktur verteilt auf drei Jahre und auf sechs zum Teil riesige, unterentwickelte Staaten nicht, daß es der EU besonders ernst ist. Auch wurde die „Östliche Partnerschaft“ mit unehrlichen Worten gefeiert: Kaum ein Hinweis darauf, daß Unruhen Georgien und Moldawien erschüttern. Keine Worte über den drohenden Staatsbankrott der Ukraine, die Grenzstreitigkeiten zwischen Armenien und Aserbaidschan oder den wegen seiner autoritären Staatsführung von der EU mit einem Einreiseverbot belegten weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko.

Dennoch hat die „Östliche Partnerschaft“ Sinn. Sie vertieft die Beziehungen mit den Staaten in der Hoffnung, so um ihre Aufnahme in die EU herumzukommen. Auch stellt Brüssel neben einer Ausweitung der Freihandelszone den in Osteuropa begehrten visafreien Reiseverkehr in Aussicht, allerdings als „langfristiges Ziel“. Dermaßen „angefüttert“ besteht die Hoffnung, daß die sechs neuen Partner sich in Sachen Menschenrechte, EU-Normen und Sicherheit bei Energielieferungen der Linie der EU annähern. *Bel*

# Tauziehen um den Libanon geht weiter

## Parlamentswahlen: Die Wahlkampfargumente werden vom Ausland bestimmt

Bei der libanesischen Parlamentswahl am 7. Juni wird erstmals das auf der „nationalen Versöhnungskonferenz“ 2008 ausgehandelte neue Wahlgesetz angewendet. Es bringt Änderungen im Wahlmodus, doch sind die 128 Parlamentssitze auch weiterhin je zur Hälfte für christliche und für muslimische Gruppierungen reserviert. Wegen der Vorauswahl innerhalb der Parteien steht außerdem meist jetzt schon fest, wer ins Parlament einzieht.

Dennoch sind die Wahlen keineswegs belanglos. Denn da Christen und Sunniten deutlich niedrigere Geburtenraten und höhere Auswanderungsquoten haben, hat sich in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerungsstruktur des Vier-Millionen-Staates zugunsten der Schiiten verschoben. Die Stimmenverhältnisse haben daher fast den Charakter einer Volkszählung. Sie werden ein gewichtiges politisches Argument bei künftigen Entscheidungen sein und auch vom Ausland nicht ignoriert werden können.

> Christen und Sunniten geraten in die Minderheit

Für den „Westen“ – de facto für die USA und Israel, mit der EU und Ägypten als Anhängseln – war der Libanon bisher ein Nebenkriegsschauplatz im Kampf gegen die „Schurkenstaaten“ Syrien und Iran. Ganz in diesem Sinn wurde die schiitische Hisbollah als „Terrororganisation“ eingestuft. Syrien wurde für die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Al-Hariri im Februar 2005 verantwortlich gemacht und daraufhin zum Abzug seiner Truppen gezwungen, die einst im Auftrag der Arabischen Liga in den Libanon entsandt worden waren. Und bei der Wahl 2005 siegte eine „antisyrische“ Koalition, geleitet von Saad Al-Hariri, dem Sohn des Ermordeten.

Heute ist die Ausgangslage anders: Die israelische Libanon-Invasion im Juli 2006 brachte der Hisbollah einen gewaltigen Zuwachs an Popularität. Das monatelange Tauziehen um die Nachfolge des prosyrischen Präsidenten Emile Lahoud endete damit, daß die Hisbollah seit 2008 wieder in der Regierung ist und sogar ein Veto-Recht hat. Und der neue Präsident Michel Suleiman – davor Oberkommandierender der Armee – ist ebenfalls kein „Antisyrer“ und war bereits auf Staatsbesuch in Teheran. Auch sonst hat sich vieles geändert: US-Präsident Obama scheint eine weniger konfrontative Iran- und Syrien-Politik anzustreben – allerdings hat er soeben die US-Sanktionen gegen Syrien verlängert. Die neue israelische Regierung, die eine „Zweistaaten-Lösung“ in Palästina ablehnt, hat Argumentationsprobleme mit den USA und der EU. Syrien selbst ist bemüht, seine Isolation – auch innerhalb der Arabischen Liga – zu beenden, unter anderem durch indirekte Verhandlungen mit Israel unter türkischer Ägide. Der im syrischen Exil lebende Chef der palästinensischen Hamas Khaled Maschal erklärte sich vorige Woche sogar bereit, eine Zweistaaten-Lösung in den Grenzen vor 1967 zu akzeptieren. Und Irans Präsident Ahamedinedschad erklärte seinerseits, daß sein Land nichts gegen Lösungen habe, mit denen die Palästinenser zufrieden seien.

> Syrien ist ein entscheidender Faktor

Den wohl bedeutendsten Beitrag zum libanesischen Wahlkampf lieferte das internationale Sondertribunal in Den Haag, das den Hariri-Mord aufklären soll: Es veranlaßte die Freilassung von vier „prosyrischen“ libanesischen Generälen, die als „Hauptverdächtige“ seit 2005 ohne Anklage im Libanon inhaftiert waren. Die Verhaftung hatte der damalige Chefermittler und heutige Berliner Oberstaatsanwalt Detlev Mehlis veranlaßt, für den bei dem Attentat einzig eine syrische Urheberschaft in Frage kam.

Die von Mehlis zusammengetragenen „Beweise“ entpuppten sich allerdings als politisches Wunschdenken, und sein „Kronzeuge“ wurde als Betrüger entlarvt. Gegen Mehlis sind in Frankreich sogar Klagen wegen Beweisfälschung anhängig. Die Freigelassenen hingegen wurden stürmisch gefeiert und vom Staatspräsidenten persönlich beglückwünscht. Dazu kommt, daß bereits im April ein pensionierter General festgenommen worden war – wegen jahrelanger Spionage für Israel, und das wirft ein neues Licht auf zumindest einige der politischen Morde der letzten Jahre.

Besondere Beachtung verdienen auch die jüngsten Äußerungen des „Drusenfürsten“ Walid Dschumblatt, der bisher eine Zentralfigur der antisyrischen Front war und offenbar nun bereit ist, die Seiten zu wechseln. Die neue Regierung dürfte also gar nicht nach westlichem Geschmack sein. *RGK*

# Forderung nach »Weckruf« wird laut

## US-Finanzminister unterstützt Schönfärberei bei den Banken – Geldwertstabilität weiter gefährdet

**Wer nicht hören will, muß fühlen, so die Chefin des US-Einlagensicherungsfonds, Sheila Bair. Ginge es nach ihr, würde jede Bank, die ihre Hausaufgaben nicht macht, unter Zwangsverwaltung gestellt. Sie kann dabei bereits auf Erfolge verweisen.**

Es reicht: Sheila Bair, die Chefin des Einlagensicherungsfonds, will Timothy Geithners (Mitte) Politik nicht weiter stützen. Bild: AP

Angeblich war es das Ziel von US-Finanzminister Timothy Geithner, Klarheit zu schaffen: Mit seinem „Streßtest" sollte offengelegt werden, ob und wie die 19 größten Banken der USA, mit jeweils mehr als 100 Milliarden Dollar Bilanzsumme, eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage verkraften würden. Das Resultat sei positiv, gab Geithner bekannt: Neun Banken benötigten kein zusätzliches Kapital, und die zehn, die frisches Geld aufnehmen müßten, könnten sich dies aus eigener Kraft (ohne Staatshilfen) am Kapitalmarkt besorgen.

Also alles in bester Ordnung? Da sind viele in den USA ganz anderer Meinung: Schon im Vorfeld der Veröffentlichung der Testergebnisse schlug Barack Obamas Mann fürs Geld scharfes Mißtrauen entgegen. Nicht um Klarheit, sondern um Beschönigung sei es ihm gegangen, bemängelten renommierte Wirtschaftswirtschaftler. So sei für 2009 eine Arbeitslosenrate von 7,9 Prozent zugrundegelegt worden, dabei habe die schon im ersten Quartal bei 8,1 Prozent gelegen. Die für nächstes Jahr als schlimmster Fall angenommene Quote von 10,3 Prozent werde nach derzeitigem Ermessen ebenfalls leicht übersprungen.

Als Bestätigung für ihre Kritik sehen Geithners Opponenten das Fernbleiben der Chefin des Einlagensicherungsfonds, Sheila Bair, von der Pressekonferenz, auf der der Finanzminister und der US-Notenbankchef Ben Bernanke die Testergebnisse bekanntgaben. Bair hat genug von der Rettung jedweder Bank. Das Konzept „too big to fail" gehöre in die Mülltonne, schimpfte sie Anfang Mai. „Too big to fail", zu deutsch: zu groß, um zu scheitern bedeutet, daß der Staat keine Großbank untergehen läßt, die er als wichtig für das gesamte Finanzsystem erachtet. Bair ergänzte, der Einlagensicherungsfonds stehe bereit, um auch Großbanken abzuwickeln. Ihr Wort hat Gewicht in den USA, denn dem Fonds ist es gelungen, eine Reihe kleiner und mittlerer Geldinstitute derart abzuwickeln, daß deren Kunden keinen Schaden nahmen.

Geithers Glaubwürdigkeit leidet insbesondere darunter, daß das Testergebnis sich seine Grundlagen gewissermaßen selbst schafft: Die Banken, die noch Geld benötigen, können sich dies nur auf dem freien Markt (etwa mit Anleihen) besorgen, wenn es dort Vertrauen in ihre Zukunft gibt. Dieses Vertrauen aber nährt sich ganz wesentlich von den Resultaten des „Streßtests", sprich: Das (erwünschte) Untersuchungsergebnis ist eine der Rahmenbedingungen des amerikanischen Bankensektors und der US-Wirtschaft. Letztlich also konnte der Geithner-Test über die Solvenz amerikanischer Großbanken niemals „neutral" ausfallen, da das bekanntgegebene Ergebnis viel zu sehr auf die „gefühlte" Wirtschaftslage durchschlagen mußte und daher nicht allzu negativ ausfallen durfte.

Geithner muß jetzt hoffen, daß sein Dreh funktioniert, daß die Märkte also tatsächlich wieder Vertrauen fassen in die untersuchten Banken. Im staatlichen Rettungsfonds „Tarp" sind von ursprünglichen 700 Milliarden Dollar nämlich nur noch 110 Milliarden übrig. Sollten strauchelnde Institute nach weiteren Milliardenhilfen vom Staat rufen, könnte Geithner bald gezwungen sein, im Parlament erneut um mehr Geld zu betteln. Das dürfte ein politisches Erdbeben auslösen und könnte ihm politisch das Genick brechen.

> Von 700 Milliarden aus dem Fond sind nur noch 110 übrig

Sheila Bair zeiht ihn ohnehin der Schönfärberei, die nur dazu führe, daß sich die Geldinstitute weiterhin um ihre dringenden Hausaufgaben herumdrückten. Man solle ruhig einmal eines der großen Häuser kurzfristig unter Zwangsverwaltung nehmen, fordert Bair. Das wirke wie ein „Weckruf" auf alle anderen, endlich eine Lösung für ihre maroden Wertpapiere zu finden. Trotz prominenter Unterstützung durch weltbekannte Ökonomen wie Nouriel Roubini, Kenneth Rogoff oder Paul Krugman steht Sheila Bair jedoch zunehmend isoliert da. Geithner und Bernanke fahren unbeirrt fort in ihrer Politik, welche von ihren Gegnern als der sichere Weg in eine ernsthafte Erschütterung der Geldwertstabilität angesehen wird.

Ein wenig Rückenwind erhielt die Obama-Regierung indes von jüngsten Konjunkturdaten. So stieg der Einkaufsmanager-Index ISM im April auf 43,7 Punkte nach 40,8 im März. Experten hatten einen Anstieg auf lediglich 42 Zähler erwartet. Von Euphorie ist allerdings wenig zu spüren. Beobachter sprechen lediglich davon, daß nun zumindest der freie Fall aufgehalten worden sei, wobei bis auf weiteres offen bleibe, ob es sich hier nur um eine kurze Verschnaufpause vor dem nächsten Einbruch handelt oder ob nunmehr endlich die Talsohle erreicht sei. Wie auch immer: Wirtschaftswachstum zeigt der ISM erst ab 50 Punkten an, wo er zuletzt im Spätsommer 2008 stand. Zudem müßten sich erst reale Daten wie Produktion und Auftragseingänge wieder nach oben bewegen, bevor von einem Aufschwung die Rede sein könne, heißt es in Beobachterkreisen. Und die müßten mindestens über mehrere Monate positiv sein, bevor es wirklich aufwärts geht. *Hans Heckel*

## MELDUNGEN

### Zug in die Zentren

**Berlin** – Sehr gespalten präsentiert sich der deutsche Immobilienmarkt. In den Ballungsräumen zieht die Nachfrage an, die Preise steigen – vor allem in den besten Lagen. Hier sind wohlhabende Käufer unterwegs, die Inflationssorgen haben und sich zudem die niedrigen Zinsen sichern wollen. In der Fläche sinken die Preise dagegen weiter, manche Beobachter sprechen von einem Rückgang um fast ein Viertel seit Anfang 2005. Als Gründe gelten die demographische Entwicklung, die steigenden Energie- und damit Verkehrskosten und die sauberere (Stadt-)Luft durch den Katalysator. Auch der Wegfall der Eigenheimzulage begünstigt die Zentren gegenüber dem Umland. *K.B.*

### Österreich ist viel solider

**Washington** – Der „Global Financial Stability Report 2009" des Internationalen Währungsfonds enthält schwere Fehler: Die Verschuldungsquote – Auslandsschulden dividiert durch Devisenreserven – wurde für einige osteuropäische Länder dramatisch überschätzt. Im Falle Tschechiens etwa mußte die Quote von 236 auf 89 Prozent reduziert werden. Die Fehler, die laut IWF durch „Doppelzählungen und Eingabefehler" zustandegekommen seien, wurden aufgedeckt, nachdem die Notenbanken der betroffenen Länder nachgerechnet hatten. Von den Rechenfehlern betroffen war auch Österreich, weil es der relativ größte Gläubiger der Osteuropäer ist und deswegen einen Zinsaufschlag bei Staatsanleihen hinnehmen mußte. Schon im April hatte Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman mit der Bemerkung Aufregung verursacht, daß Österreich nach Island und Irland der nächste Kandidat für eine Staatspleite sei. Das wurde postwendend von Österreich und von IWF-Präsident Strauß-Kahn als unhaltbar zurückgewiesen. *RGK*

# Abrechnung in 20 Jahren

## Der Gesetzentwurf zu Bad Banks läßt wichtige Fragen offen

Welches Schrottpapier ist „toxisch", also hoch giftig? Und welches ist lediglich illiquide, weil sich kein Käufer findet? Solche Feinheiten sind noch auszuloten, auch nachdem sich das Bundeskabinett am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf „zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung" befaßt hat. Noch vor der Sommerpause soll der Weg frei gemacht werden für die Einrichtung der Bad Banks, jener Endlagerstätten für wertlose Ramschpapiere. Darin wird Platz sein für Schrott im Wert von zirka 200 Milliarden Euro.

Jedenfalls so ungefähr. Genau vermag noch niemand die Summe zu nennen. Noch nicht einmal die Banken, in deren Büchern der Schrott steht. Sie führen nämlich die gleichen Papiere mit höchst unterschiedlichen Wertangaben. Erst Wirtschaftsprüfer sollen das auf einen gleichen Nenner bringen. Dazu müssen sie den Fundamentalwert errechnen, indem sie den tatsächlichen wirtschaftlichen Wert um einen Risikoabschlag mindern. Das klingt nach großer Kür der Finanzakrobatik – und ist es auch. Denn der Marktwert dieser Papiere tendiert gegen Null. Niemand will sie. Wäre es anders, müßten sie nicht in einer Bad Bank ausgelagert werden.

Die Bewertung dieser Papiere ist so undurchsichtig, wie es die angeblichen Wertpapiere waren, als sie noch gehandelt wurden. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß „strukturierte Wertpapiere" für maximal 20 Jahre ausgelagert werden dürfen. Dabei handelt es sich laut Gesetzentwurf „um Schuldverschreibungen, die im Rahmen komplexer Verbriefungsaktionen entstehen ... und in einem volatilen und durch Unsicherheiten geprägten Marktumfeld nur sehr schwer bewertbar und kaum veräußerbar sind".

> Neue Abschreibungen von 150 Milliarden?

Diese Papiere sollen die betroffenen Kreditinstitute mit einem Abschlag von zehn Prozent an sogenannte Zweckgesellschaften übertragen können, deren einziger Zweck darin besteht, den Ballast aus den Büchern der Banken zu übernehmen und sicher wegzuschließen, bis er vielleicht doch einmal wieder etwas wert ist. Oder vollends wertlos, weil die Schuldner nicht mehr zahlen können. McKinsey rechnet für die deutschen Banken mit neuen Abschreibungen von 150 Milliarden Euro bis 2012.

Im Gegenzug erhalten die Banken in der Höhe der ausgelagerten Papiere vom Finanzmarktstabilisierungsfonds Soffin Anleihen, deren Rückzahlung der Staat garantiert. Dafür ist „eine marktgerechte Vergütung" zu zahlen, direkt oder in Aktien. Nach Ablauf von 20 Jahren soll auf dem Schrottplatz abgerechnet werden. Fehlt dann Geld, dürfen die Banken keine Ausschüttungen an die Anteilseigner zahlen. Spätestens das ist der Zeitpunkt, zu dem der Steuerzahler entgegen allen Versicherungen im letztendlichen Risiko steht.

Sollte sich eine Bank mangels Eigenkapital nicht einmal die Auslagerung ihrer Schrottpapiere in die Bad Bank leisten können, steigt der Bund als Aktionär ein. Diese Möglichkeit dürfte sehr theoretisch bleiben. Denn in erster Linie sind es die staatlich kontrollierten Landesbanken und private Banken, bei denen der Staat schon jetzt die Geschäftspolitik mitbestimmt, denen die Bad Bank aus der Not helfen soll. *Klaus J. Groth*

# Noch kein Dammbruch

## Europäische Zentralbank weiterhin solider als US-Notenbank

Die Notenbank der USA (Fed) tut es massiv, ebenso die der Japaner, die der Schweizer und die der Briten. Jetzt weicht auch die Europäische Zentralbank (EZB) dem Druck und kauft Anleihen. Doch das, was vor allem in den USA einer Politik des Gelddruckens gleichkommt, wird im Euroraum derart zaghaft und mit vielen Einschränkungen getätigt, daß man schwer von einem Dammbruch im Verhalten der EZB sprechen kann. Es sei denn, sie weitet ihren bisher nur angekündigten Plan, für bis zu 60 Milliarden Euro sogenannte Covered Bonds, mit Hypotheken gedeckte Bankanleihen, aufzukaufen, auf der EZB-Ratssitzung am 4. Juli aus.

Zu diesen Bonds zählen auch die deutschen Pfandbriefe. Der europäische Markt an gedeckten Anleihen dürfte rund 1,5 Billionen Euro ausmachen. Davon sind 800 Milliarden Euro die klassischen deutschen, gut abgesicherten Pfandbriefe. Neben Deutschland verfügen noch Frankreich und Spanien über nennenswerte Covered-Bonds-Märkte.

Doch die vor allem durch Immobilienkredite gedeckten Anleihen haben heute gleich mehrere Probleme, Abnehmer zu finden. Jene Anleihen, hinter denen spanische, irische oder britische Immobilien stehen, haben an Wert verloren. Gleichzeitig leiden alle unter ihrer eher geringen Verzinsung. Zwar ist das allgemeine Zinsniveau derzeit niedrig, doch die Anleihen der derzeit nach Krediten dürstenden Staaten sind zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz geworden. Noch gelten die meisten Staaten als mindestens so sicher wie der inzwischen ebenfalls unter der Krise leidende Hypothekenmarkt, daher ist der Sicherheitsfaktor bei der Kaufentscheidung nicht maßgeblich. Und weil die meisten Staaten eine bessere Verzinsung bieten, haben die Covered Bonds ein Problem.

> EZB kauft erstmals Pfandbriefe

Hier will die EZB also ausgleichend wirken. In dem sie solche Anleihen kauft, steigt allgemein die Nachfrage, da die EZB eine Vorbildfunktion hat, auch wenn sie nur vier Prozent des Gesamtmarktes an gedeckten Anleihen nachfragt. Auf diese Weise stützt die EZB auch das Bau- und Hypothekengeschäft, da sie es den Banken ermöglicht, liquide zu bleiben. Früher konnten die Banken ihre Kreditrisiken in Form von „strukturierten" Kreditpapieren an die Märkte weitergeben, doch genau an dieser Stelle begann die Weltwirtschaftskrise und demzufolge liegt die Nachfrage auf diesem Sektor nahe Null. Nur die englische Notenbank stützt diesen Bereich noch künstlich. Auch kauft sie wie ihr US-amerikanisches Pendant Staats- und Unternehmensanleihen.

Da die EZB Covered Bonds bisher auch als Sicherheit für vergebene Kredite angenommen hat, hat sie ihr Verhalten nicht massiv verändert. Da die Banken die zu den gedeckten Anleihen gehörigen Kredite in den Bilanzen behalten, haben sie jetzt auch keineswegs mehr Spielraum für eine weitere Kreditvergabe. Um mehr Liquidität geht es der EZB in diesem Fall nach eigener Darstellung auch gar nicht. Ihr Ziel ist es, Covered Bonds als Finanzierungsinstrument zu erhalten. Viel spannender ist es da schon, daß sie es den Banken ab sofort ermöglicht, sich statt bisher nur für sechs Monate jetzt zwölf Monate zum Leitzins über die EZB zu refinanzieren. *Rebecca Bellano*

# Rubicon

Von Hans Heckel

Analysten und Kommentatoren werden nicht müde, das Inflationsrisiko für die Zeit gleich nach dieser schweren Krise kleinzureden. Auch als die Europäische Zentralbank (EZB) vergangene Woche neben einer bescheidenen Zinssenkung und der Verlängerung der Refinanzierungszeiten für Geschäftsbanken ankündigte, erstmals Pfandbriefe zu kaufen, wurde sogleich beteuert: Mit „Gelddrucken“ habe das nichts zu tun, es sei demnach auch nicht inflationsfördernd.

Das mag an sich stimmen. Doch ist hier ein Rubicon überschritten worden. Die Zentralbank steuert nicht mehr indirekt über Basiszinsen, sie geht direkt in den Markt und folgt, wenn auch auf eine (vorerst?) weniger riskante Weise, den „Vorbildern“ in den USA, Großbritannien und Japan.

Die Beteuerungen der Notenbanker, die jetzt aufgeblähten Geldmengen würden bei wieder anziehender Konjunktur sofort abgeschöpft (etwa über schnell angehobene Leitzinsen), verwies der neue Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Andreas Schmitz, ins Reich der frommen Legende. Einmal ausgestreute Geldmengen wieder einzusammeln sei ebenso schwer, wie Zahnpasta zurück in die Tube zu drücken.

# Grüne Probleme

Von Manuel Ruoff

Die Grünen haben ein Identitäts- und Imageproblem. An der Seite des Genossen der Bosse schien Grund zur Hoffnung, daß bei ihnen die Einsicht in die Notwendigkeiten obsiegen und sie zu einer wirtschaftspolitisch rationalen Partei werden könnten. In der Opposition scheinen sie nun aber im Salto rückwärts zu ihren linken Wurzeln links von der SPD zurückkehren zu wollen. Das ist jedoch gar nicht so einfach. Die SPD ist in der Opposition ebenfalls nach links gerutscht und links von ihr tummelt sich die PDS.

Dieses Dilemma zeigt sich auch im Wahlprogramm der Grünen. Wo die Grünen das Blaue vom Himmel versprechen, legt die PDS noch eins drauf. Wo die Grünen eine Million Arbeitsplätze versprechen, sind es bei der PDS zwei. Wo die Grünen 7,50 Euro Mindestlohn fordern, sind es bei der PDS zehn. Und wo die Grünen die Finanzierung offen lassen, spricht die PDS offen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, also vom Steuerzahler bezahlten Stellen. Eigentlich müßte man der PDS dankbar sein, denn ihr Wahlprogramm ist im Grunde eine Karikatur des grünen, und Karikaturen haben das Verdienst, das Karikierte zu demaskieren.

Dabei hat die PDS trotz noch radikalerer Versprechen irgendwie den Vorteil größerer Glaubwürdigkeit. Ihr traut man zu, daß sie, wenn man sie nur ließe, Millionen Arbeitsplätze schaffen würde, und wenn dabei die Wirtschaft kollabierte. Da kennen Kommunisten nichts. Das Schicksal der DDR beweist es. Die Grünen hingegen können eine radikal alternative Bundeswirtschaftspolitik nicht so ohne weiteres glaubhaft vermitteln. Dafür sind die Erfahrungen mit der rot-grünen Bundesregierung zu präsent.

# Keine Denkverbote

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Wer auch immer die nächste Bundesregierung stellt – er wird düsteren Zeiten entgegensehen. Denn Deutschland ist überhaupt nicht vorbereitet auf die gigantische Energielücke, die beim weiteren Festhalten am Atomausstieg droht.

Denn während der nächsten Legislaturperiode sollen sieben der 17 deutschen Atommeiler abgeschaltet werden. Grüne und rote Wahlkämpfer halten stur an dieser Planung fest, CSU und FDP sind klar dagegen, die CDU gibt sich bedeckt, will nach allen Koalitionsseiten offen bleiben.

Die Verfechter des Ausstiegs reden zwar gern von einer herrlichen Zukunft mit Sonnen-, Wind- und sonstigen „erneuerbaren“ Energien. Konkrete Planungen, wie in den nächsten vier Jahren der Ausfall von zehn Prozent der Stromerzeugung kompensiert werden soll, haben sie aber nicht. Warum? Weil sie genau wissen, daß es da gar nichts zu planen gibt. Denn für all die Windräder und Sonnenkollektoren, die wir bräuchten, um sieben Kernkraftwerke zu ersetzen, ist Deutschland schlicht und einfach zu klein.

> 7 der 17 Atommeiler sollen demnächst abgeschaltet werden

Der einzig gangbare Ausweg aus der Ausstiegsfalle ist die schnellstmögliche Beendigung dieses Unfugs. Noch ist es nicht zu spät dafür. Noch haben wir genügend Kernkraftwerke, die zu den besten, leistungsfähigsten und sichersten der Welt zählen. Und noch hat unser Land die Forscher und Ingenieure, die das herausragende Renommé der deutschen Nukleartechnologie begründet haben. All das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen, indem wir stur weiter abschalten.

Mit dem Angebot, das jetzt vom Deutschen Atomforum unterbreitet wurde, sollten Befürworter und Gegner der Kernenergienutzung gut leben können. Den Pro-Atom-Kräften steht es gut an, daß sie endlich die Ablehnung jeglicher Alternativen korrigiert haben. Nun ist es an den Anti-Atom-Aktivisten, ebenfalls vom ideologischen Podest herabzusteigen.

Die Idee, die zusätzlichen Gewinne infolge einer Laufzeitverlängerung nicht nur zwischen Stromkunden und Konzernaktionären aufzuteilen, sondern einen Teil davon in alternative Energieträger zu investieren, ist zukunftsträchtig und wegweisend. Man muß gar nicht erst den Klimawandel bemühen, um zu wissen, daß die Menschheit ihren Energiebedarf auf Dauer nur stillen kann, wenn sie alle sich bietenden umwelt- und rohstoffschonenden Quellen nutzt. Dazu gehört die Nutzung der Atomkraft auf einem weiter optimierten Sicherheits- und Entsorgungsniveau, dazu können die kürzlich in dieser Zeitung vorgestellten solarthermischen Kraftwerke gehören.

Denkverbote können wir uns in der Energiepolitik nicht mehr leisten. Die bisherigen Kontrahenten müssen aufeinander zugehen. Denn sonst gehen demnächst die Lichter aus – nicht nur in Deutschland, sondern auch im grün-roten Wolkenkuckucksheim.

**Zurück zur Utopie: Auf ihrem Parteitag verkündeten die Grünen ihren „Green new deal“. Zu diesem Programm gehört der Atomausstieg ohne Rücksicht auf Klima und Wirtschaft sowie das Nein zu neuen Autobahnen. Dafür wurden reichlich soziale Wundertaten versprochen (siehe Kommentar).**

Bild: ddp

*Moment mal!*

# Wir schulden Politikern für Rentenerhöhung keinen Dank

Von Klaus Rainer Röhl

Liebe Alte, seid doch nicht immer so mißtrauisch! Natürlich weiß jeder von uns, daß am 27. September dieses Jahres Bundestagswahlen sind und am 1. Juli die Renten um 2,41 Prozent erhöht werden. Die Renten der ehemaligen Untertanen von Ulbricht sogar um 3,8 Prozent. Zufall oder Notwendigkeit? Komisch, nicht? Schieb das Dings mehr nach links und mit einem Mal da ging's. 2,41 Prozent. Das macht bei meiner Rente, die ziemlich identisch ist mit der Durchschnittsrente aller 20 Millionen Rentner in der Bundesrepublik, flotte 23,48 Euro. Dafür gibt es für Führungskräfte gerade mal sechs Austern mit einem Glas Chablis. Aber die wenigsten von uns essen Austern. Für das Geld gibt es auch 50 Liter Milch bei Aldi. Und die meisten von uns trinken Milch – oder Bier. Es ist wie bei Tchibo, als die Tasse Kaffee noch 20 Pfennig kostete: „Wir verdienen nichts daran, aber die Masse macht's.“ 20 Millionen mal 24 Euro und das zwölfmal im Jahr, das ergibt? – bitte selber ausrechnen. Das hält jung und hilft gegen Gedächtnisschwund.

Haben Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier die Millionen für die Rentenerhöhung und die Rentengarantie in der Kasse und geben nur aus, was sie haben? Oder haben sie bloß die Lizenz zum Gelddrucken? Zwar, die Milliardenbeträge, die täglich über den Kabinettstisch gehen, werden nicht bar bezahlt, sonst müßten wir tatsächlich die ersten 1000 Euro-Scheine einführen – und bald 10 000. Die Schuldenuhr tickt. Siehe Seite 2 dieser Zeitung, links unten. Nein, sie tickt schon lange nicht mehr, sie rast wie die Uhr in einer Zeitmaschine, die sich über die vierte Dimension in die Zukunft beamt. Bei den Filmen mit der Zeitmaschine gibt es immer diesen Druck auf den Knopf, und man fährt wieder zurück – bei uns gibt es das leider nicht.

> Die Schuldenuhr tickt nicht, sie rast wie die Uhr einer Zeitmaschine

Dafür gibt es jetzt zu der Rentenerhöhung auch noch die „Rentengarantie“ Was heißt das? Die „Bild“-Zeitung, die immer lautstark gegen die „Haie“ Front macht, und damit sowohl der Linken als auch den „anderen“ Parteien spielend jede Schau stiehlt, appelliert auf der Titelseite an Scholz, keinen Rückzieher zu machen („Herr Minister, unterschreiben Sie hier!“). Aber jüngere Abgeordnete aller Parteien verurteilen die Garantie für die Rentner, weil die jungen Leute die „Zeche zahlen“ müßten. Das hört sich so an, als wenn die, die ein Leben lang, meist 45 Jahre und mehr, gearbeitet haben (mit wesentlich mehr Wochen-Arbeitsstunden als heute), jetzt über ihre Verhältnisse lebten und die Zeche prellen wollten. Sehr falsche Töne, meine Herren.

Liebe Rentner in Ost und West, niemand will Euch etwas schenken. Die wollen nur unsere Stimmen, einmal in vier Jahren. Da wird auch plötzlich die Gedenkstätte an die Vertreibung beschlossen. Weil die Stimmen von Millionen Ostpreußen, Schlesiern, Pommern und Sudetendeutschen einen Tag lang wertvoll sind. Da paßt ja der Slogan: „Es kommt auf jede Stimme an.“ Die ist klein, aber die Masse macht's. Vielleicht wird auch die Gedenkstätte noch gebaut. Obwohl da noch viele Thierses die Stirn kraus ziehen und mißtrauisch sind, gegen den Wunsch der Vertriebenen. Lieber mit den Polen was machen und am liebsten gar nichts.

20 Millionen Rentner von rund 60 Millionen Wahlberechtigten. Rentner sind zugleich Alte. Die können von Glück sagen, daß sie plötzlich so viel Zuwendung kriegen. Normalerweise stören sie nur. Gerade eben feierten wir den Anfang des 20. Jahrhunderts von Anne Jarvis erdachten und von der amerikanischen Süßwarenindustrie und den Blumengeschäften freudig begrüßten „Muttertag“. Im Ostblock wurde dafür der Weltfrauentag gefeiert (1910 von der späteren deutschen Kommunisten-Führerin Klara Zetkin gefordert), inzwischen gibt es den Tag der Umwelt, den Welt-Vegetariertag, den Tag des Waldes, den Weltwassertag, den Welttag für Nichtraucher, den Welttag des Versuchstiers, des aussterbenden Zwerghuhns, des Fischreihers, der sibirischen Wölfe, der javanischen Schildkröte und der anderen bedrohten Tiere. Holocaust-Tag ist immer, bei uns. Aber: Wann wird der Tag der Alten und Rentner gefeiert? Nie.

Liebe Mit-Vertriebene, Geld ist nicht Liebe, aber es zeugt von Zuwendung. Und an dieser Zuwendung fehlt es bisher. Wahltag ist Zahltag. Bis kurz vor diesem Termin gab es für Rentner kein Geld. Nullrunde oder fast Nullrunde, bei einer Inflation von damals mehr als drei Prozent. Kein Geld für Rentner und Alte. Behalten wir das in Erinnerung. Immer das Gedächtnis trainieren! Es gab, jahrelang, kein Geld. Ebensowenig wie es das hundertmal versprochene „sichtbare Zeichen“ für die Vertriebenen, das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gab. Plötzlich kommt es, und das Geld dafür auch. Geschenkt, wird Frau Merkel sagen, und Steinmeier wird nicken. Aber Geschenke kosten. Milliarden, wird uns immer wieder eingebleut. Wir aber, Rentner und Alte und aus unserer Heimat Vertriebene, wollen gar keine Geschenke, sondern nur die Einhaltung von öffentlich gegebenen Versprechen. Auch eine spürbare Rentenerhöhung ist ja kein Geschenk, sondern die Einhaltung einer Zusage, die beim Abschluß der Rentenversicherung gegeben wurde. Es ist die Erfüllung eines Vertrags.

> Wir vergeuden nicht das Geld unserer Kinder, dank uns leben sie im Wohlstand

Und wir müssen auf seiner Einhaltung bestehen, so wie die nächste Generation auf der Einhaltung von Versprechen bestehen wird, mit ihren Kräften und Wahlentscheidungen. Da wird noch mehr in die Kasse gegriffen werden müssen als heute bei der Übernahme der Hypo Real Estate Bank. Eigentlich wird in öffentlichen Verlautbarungen nur noch in Milliarden gerechnet. Wissen wir noch, wir Empfänger von rund 23 Euro Rentenerhöhung, wie viel eine Milliarde ist? 1000 Millionen. Die können wir alle zusammen nicht an einem Lebensabend verbrauchen.

Wir vergeuden das Geld unserer Kinder und Enkelkinder? Das sehe ich anders. Sie werden in eine ganz andere Welt hineingeboren, in intakte Städte und eine soziale Grundversorgung, die so einmalig in der Welt ist, daß Millionen Afrikaner und Asiaten davon ihr Leben lang träumen und die Stärksten unter ihnen selbst den Tod durch Ertrinken nicht scheuen, um mit einem winzigen Boot irgendwie dieses so gelobte Land zu erreichen.

Die nachgeborenen Deutschen gehören zu den am besten ausgebildeten und höchst qualifizierten Kindern in Europa. Sie werden das Kind schon schaukeln, wenn es soweit ist. Solange man sie nur läßt. Wenn man ihnen den Wohlstand bescheidet, werden sie sich auf die Geschichte ihres Volkes besinnen und die Wirtschaft wieder aufbauen, so wie wir sie 1945 wieder aufgebaut haben. Auch das nicht vergessen: Da war nichts. Wir fingen bei Null an.

Wenn wir eine Sorge um unsere Kinder und Enkelkinder haben müssen, dann nur die, daß sie die Lehre der Geschichte vergessen haben. Das Anpacken und den Mut. Mut verloren – alles verloren.

Liebe Mit-Rentner, freut Euch über die Rentenerhöhung und die Rentengarantie, auch wenn es danach Nullrunden geben soll. Spätestens bei der nächsten Wahl wird die Rente wieder erhöht, nicht freiwillig, wir müssen dafür kämpfen. Niemand muß uns etwas schenken. Wir sollen nur am Wahltag dankbar sein und die Große Koalition wählen. Nicht die FDP und nicht die Linke und die Grünen oder gar die „anderen“. Seien wir undankbar. Beherzigen wir ein Wort von Kurt Tucholsky: „Nimm was du kriegst, aber pfeif auf den Quark. Geh in Deine Kabine und wähle frei. Wahltag ist Zahltag!“

*Kontakt zum Autor wegen Vorträgen: klausrainer@gmx.de*

# Im Gespräch mit der Natur

## In der Sächsischen Schweiz den Spuren des Malers Caspar David Friedrich gefolgt

**Caspar David Friedrich, 1774 in Greifswald geboren, wird heute weltweit als einer der bedeutendsten deutschen Maler geschätzt. Seine Bilder, die in großen Museen zu finden sind, gelten als Inbegriff der Romantik.**

Friedrich zog 1798 nach Dresden, ließ sich dort nieder und schrieb sich an der Akademie ein. Den Unterricht besuchte er jedoch nicht, sondern zog es vor, durch die Natur zu wandern – Skizzen zeugen von diesen Wanderungen, auf denen der Künstler „Material“ sammelte für seine Landschaften. Reisen gaben ebenfalls Grundlagen für neue Eindrücke, neue Motive. Doch während es andere Künstler in den Süden, meist nach Italien, zog, blieb der Pommer mit schlesischen Vorfahren in seiner engeren Heimat. Er reiste nach Neubrandenburg, besuchte Greifswald, die Insel Rügen, wanderte durch das Riesengebirge, den Harz und das Elbsandsteingebirge.

„Ich muß allein bleiben und wissen, daß ich allein bin, um die Natur vollständig zu schauen und zu fühlen“, schrieb Friedrich in einem Brief an den befreundeten Dichter und Staatsrat Schukowski, als dieser ihn zu einer Reise einlud. „Ich muß mich dem hingeben, was mich umgibt, mich vereinigen mit meinen Wolken und Felsen, um das zu sein, was ich bin. Die Einsamkeit brauche ich für das Gespräch mit der Natur. Einmal wohnte ich eine ganze Woche im Uttewalder Grund zwischen Felsen und Tannen, und in dieser ganzen Zeit traf ich keinen einzigen lebenden Menschen. Es ist wahr, diese Methode rate ich niemandem – auch für mich war das schon zuviel: Unwillkürlich tritt Düsterkeit in die Seele.“ Und so finden sich in Friedrichs Werke viele Ruinen, verlassene Klöster – Zeugnisse des Verfalls, des Niedergangs. Bilder wie „Kreuz im Gebirge“ („Tetschener Altar“) sind überhaupt erst möglich geworden durch die intensiven Naturstudien, die Friedrich in der Sächsischen Schweiz unternahm.

**Die Natur vollständig fühlen**

Frank Richter ist den Spuren des Malers gefolgt und hat die Motive in der Sächsischen Schweiz aufgesucht. In vielen Fällen ist es ihm gelungen, den genauen Standort des Malers im Gelände zu lokalisieren. In seinem neuen Buch „**Caspar David Friedrich – Spurensuche im Dresdner Umland und in der Sächsischen Schweiz**“ (Verlag der Kunst, Husum 2009, 144 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, broschiert, 16,95 Euro) stellt er den Werken Friedrichs Vergleichsfotografien von heute gegenüber und schafft so nicht nur interessante Einblicke in die Veränderungen der Landschaft, sondern auch in die Arbeitsweise des Malers. So ist etwa die Klosterruine Heiligenkreuz weitgehend noch so erhalten und gesichert, wie sie Friedrich vor mehr als 200 Jahren vorfand und im sogenannten „Kleinen Mannheimer Skizzenbuch“ festhielt. Die Landschaft des Prebischtorgebietes, die Friedrich etwa in dem Gemälde „Gebirgslandschaft mit Regenbogen“ (heute im Essener Folkwang Museum) festhielt, ist für Wanderer allerdings nicht mehr zugänglich. Die entsprechenden Stellen liegen in der streng geschützten Naturzone des Nationalparks Böhmische Schweiz und sind gesperrt. Das Buch von Frank Richter, das sich durchaus als Reiseführer eignet, bietet dem Kunstfreund auch Texte zu Leben und Werk des Malers, den Wilhelm von Kügelgen in seinen „Jugenderinnerungen eines alten Mannes“ den „Einundeinzigsten in seiner Art“ nannte. Friedrichs Bilder wurden vom Publikum angenommen, selbst das preußische Königshaus sammelte bald seine Gemälde. Erste große Erfolge stellten sich 1805 ein, als er zwei Sepiazeichnungen auf der Weimarer Kunstausstellung zeigen durfte. 1810 wurde Friedrich zum Mitglied der Berliner Akademie ernannt, 1816 zum Mitglied der Dresdener Akademie; eine Professur allerdings wurde ihm verwehrt. Es war dies die Zeit der napoleonischen Besetzung und der Befreiungskriege. Vielleicht galt Friedrich, der 1813 mit seinem Landsmann Ernst Moritz Arndt zusammengetroffen war und sich „gegen Fürstenknechtschaft und für Volkssouveränität“ in einem Brief an Arndt bekannt hatte, damals als politisch unzuverlässig. Friedrichs Stern am Kunsthimmel begann zu verblassen. Eine neue Zeit war angebrochen, zudem machten ihm Krankheiten und zwei Schlaganfälle (1835 und 1837) sehr zu schaffen. Mißverstanden und vereinsamt starb er am 7. Mai 1840 in Dresden und wurde am 10. Mai auf dem Trinitatisfriedhof in Dresden-Johannstadt beigesetzt.

Caspar David Friedrich: Wanderer am Meilenstein (Selbstbildnis) Bild: Verlag der Kunst

Auf den Selbstbildnissen sieht der Betrachter meist einen in sich gekehrten Mann. Daß Friedrich auch ausgelassen sein konnte, erfährt man aus Berichten seiner Freunde wie Gotthilf Heinrich von Schubert. „Überall, wohin er kam, brachte er, wenn ihm der Kreis gefiel, Heiterkeit mit sich ... Wenn er im tiefen Ernst versunken bei seiner Arbeit saß, und es kamen Kinder aus der Nachbarschaft zu ihm, da plauderte er und scherzte er mit diesen selber wie ein Kind.“ Wenn es allerdings darum ging, „Luft zu malen“, durfte man den Meister nicht ansprechen, wußte seine Frau Christiane zu erzählen. Die „Luft“ schien ihm auch meisterhaft zu gelingen. Schon Johanna Schopenhauer, Schriftstellerin und Mutter des Philosophen Arthur Schopenhauer, notierte: „Friedrichs Arbeiten unterscheiden sich besonders durch die Wahl der Gegenstände auffallend von denen aller andern Landschaftsmaler. Die Luft, die er meisterhaft zu behandeln weiß, nimmt bei den meisten seiner Gemälde weit über die Hälfte des Raumes ein ...“ Wie wichtig ihm die „Luft“ und damit auch die Wolken waren, zeigt eine Episode, von der die befreundete Malerin Luise Seidler berichtet. Die von ihr übermittelte Bitte Goethes um Wolkenstudien lehnte Friedrich schroff ab, da er seine „leichten, freien Wolken“ nicht in ein Korsett gezwängt sehen wollte.

Der Kunstbegriff, den Friedrich kompromißlos propagierte, war hoch: „Schließe dein leibliches Auge, damit du mit dem geistigen Auge zuerst siehst dein Bild. Dann fördere zutage, was du im Dunkeln gesehen, daß es zurückwirke auf andere, von außen nach innen. Der Maler soll nicht bloß malen, was er vor sich sieht, sondern auch, was er in sich sieht. Sieht er aber nichts in sich, so unterlasse er auch zu malen, was er vor sich sieht.“

*Silke Osman*

## Ein Denkmal für Luise

Die Stadt Magdeburg wird im Juni um ein Denkmal reicher. Auf Initiative der Magdeburgischen Gesellschaft von 1990 wird die 1901 geschaffene und 1963 zerstörte Skulptur für die preußische Königin Luise (1776–1810) wieder errichtet. Die Einweihung ist für den 18. Juni, den Tag der Schlacht von Belle Alliance, geplant. Königin Luise von Preußen, deren 200. Todestages im kommenden Jahr gedacht werden wird, erwarb sich bei den Magdeburger Bürgern besondere Liebe und Anerkennung durch ihr Eintreten für die Stadt in den Friedensverhandlungen mit Kaiser Napoleon Bonaparte am 6. Juli 1807 in Tilsit. Das Magdeburger Denkmal für Königin Luise wurde damals durch ein Bürgerkomitee initiiert, das 40000 Goldmark dafür sammelte und den Berliner Bildhauer Johannes Goetz, einen Schüler von Reinhold Begas, mit der Fertigung der Marmorskulptur beauftragte. 1901 wurde sie vor dem damaligen Luisengarten aufgestellt.

Bis 1963 stand das Denkmal im südwestlichen Teil des Geschwister-Scholl-Parks, unmittelbar an der Walther-Rathenau-Straße. Dann wurde es gegen den Willen und unter Protest vieler Magdeburger „aus ideologischen Gründen“ geschleift. Die Magdeburgische Gesellschaft von 1990 e. V. will in Verbindung mit der Otto-von-Guericke-Universität und vielen weiteren Förderern das Denkmal originalgetreu wiedererstehen und es am ehemaligen Standort aufstellen lassen.

Anhand von historischen Fotos und des erhaltenen Kopfes der Statue entstand die Plastik aus Carrara-Marmor originalgetreu wieder. Das Gipsmodell für das 2,40 Meter große Denkmal wurde von den Bildhauern Markus, Johannes und Christof Traub unter Mitwirkung von Prof. Bernd Göbel von der Hochschule Burg Giebichenstein in Halle geschaffen. Bezahlt wird das neue alte Denkmal für eine außergewöhnliche Frau von den Bürgern der Stadt, die bisher 80000 Euro zusammengetragen haben, 4000 Euro fehlen noch.

*mg / os*

# Liebe und nichts als Liebe

## Berühmte Paare der Kulturgeschichte: Mary und Percy Shelley — Mit einem Horrorroman machte sie Karriere

Welch unseliges Verlangen hatte Mary Shelly (1797–1851) bewogen, anno 1840 – nach 24 Jahren – an den Genfer See zurückzukehren? Ihr jeder Sentimentalität abholder Realitätssinn hätte sie warnen müssen, die Orte ihrer einstigen, unwandelbaren Liebe noch einmal aufzusuchen.

Sehr langsam ging sie den Weg zwischen Weinbergen zu den beiden Anwesen hinauf, welche die befreundeten Dichter George Byron und Percy Shelley einst zur ungestörten Arbeit gemietet hatten.

Byron bewohnte die Prachtvilla Diodati, Shelley das bescheidene Landhaus Chappuis. Mary hielt inne, „kehr um“, befahl sie sich: „Beschwöre nicht die Erinnerung an Menschen, die es nicht mehr gibt. Du allein bist übrig geblieben.“ Sie schluckte: „Percy!“

Am 8. Juli 1822 war er mit seinem Segelboot „Ariel!“ im Golf von Spezia gekentert und ertrunken. War das wirklich vor 18 Jahren geschehen? Nein, es muß gestern gewesen sein. Oder heute! Sie griff zum Halt an die Rebstöcke am Wegesrand ...

**Er war im Golf von Spezia mit seinem Boot gekentert**

Percy Shelley, 1792 in Fieldplace (Sussex) als Sprößling altadliger Familien geboren, litt früh unter schwermütigen Phasen. Mit 16 Jahren begann er zu schreiben, mit 18 verfaßte er das Gedichtwerk „Queen Mab“, das Percys atheistische Grundhaltung offenbarte. An Gottes Liebe zur Menschheit vermochte er nicht zu glauben und schrieb dies in „The necessity of atheism“ ohne Scheu nieder. Er wurde von der Universität Oxford gewiesen.

1811 heiratete er die 16jährige Harriet Westbrook, Tochter eines Bäckermeisters, mit der er nach Edinburgh geflohen war. Die Ehe wurde bald geschieden. Das puritanische England ächtete Shelleys Verhalten. Sein lädierter Gemütszustand ertrug es nicht. Am Genfer See suchte er 1814 Erholung. Aber auch das war eine Flucht. Als Fluchtgefährtin begleitete ihn Mary Godwin, 17 Jahre jung. Sie stammte aus berühmtem Elternhaus, ihre Mutter machte als bekannte und angefochtene Frauenrechtlerin von sich reden. Der Vater schrieb philosophische Essays und verlegte Kinderbücher. Von den Eltern hatte Mary ihre literarische Begabung ererbt.

Weder Percy noch Mary ahnten, daß sie beide in unauflösbarer Liebe verbunden bleiben sollten. Ihre erste Begegnung löste beiderseitiges Erstaunen aus. Die schlichte Eleganz und zurückhaltendes Auftreten bevorzugende Mary musterte Percys luxuriöse Gewandung. Eine Reihe ziselierter Edelmetallknöpfe erregte ihre Aufmerksamkeit. „Die sind aber schön“, rief sie spontan. „Hin und wieder bin ich süchtiger Ästhet“, erwiderte Shelley mit ihm wesensnaher Selbstironie. Seinerseits wuchs sein Staunen mit jedem Satz, den Mary sprach. Dieses kindhafte Mädchen formulierte in literarisch druckreifem Englisch. „Schreiben Sie?“ fragte er. „Oh ja, aber ohne Erfolg“, lachte sie. „Der kommt noch“, war sich Shelley sicher. Von diesem Tag an verfolgte er das Ziel, Mary zu heiraten. Das geschah nach zweijährigem Zusammenleben 1816 am Genfer See.

In jenem regenreichen Sommer schlich sich Langeweile in den Freundeskreis von Diodati und Chappuis ein. So kam man auf die Idee, daß jeder von ihnen eine „Spukgeschichte“ schreiben sollte. Dämonie war erwünscht. Die Idee löste helle Begeisterung aus. Shelley beließ es bei einem Fragment. Aber auch Byron, dessen romantisch-dramatische Verserzählungen seinen Ruhm begründet hatten, fand zu keiner Inspiration.

Doch ein Glanzwerk trat seinen Lauf um die Welt an: Mary Shelleys „Frankenstein“. Bis heute spektakuläres Leseabenteuer. Was wird erzählt? Die Geschichte eines künstlich erschaffenen, monströsen Wesens mit intellektueller Hochbegabung, aber keines Gefühlsempfindens fähig. Das Romansujet erregte damals und erregt in unserer Zeit aktuelles Grausen. Denn es bleibt unsicher, ob Frankensteins Monster nicht eines Tages unter uns weilt. Befragt, wie Mary an ein solches Horrorthema geraten sei, bekannte sie, der gesamte Inhalt sei ihr in einem Alptraum zugefallen.

Tragische Verbindung: Mary und Percy Shelley Bilder: Internet

Noch immer verharrte Mary bei den Rebstöcken auf dem Weg zum erinnerungsverlockenden Landhaus Chappuis. Keinen Schritt weiter konnte sie gehen. Die gefürchtete Stunde vom Juli 1822, den sie in Italien verlebt hatten, drängte sich vor ihre Augen: Percys Tod im Golf von Spezia. Sie war zur Polizeiwache gerufen worden, um einen gelandeten Leichnam zu identifizieren, der unsäglich entstellt, von Fischen angebissen war. „Ist das Ihr Mann, Sir Percy Shelley?“ Mary taumelte. „Ich weiß es nicht“, stöhnte sie. Der Beamte stützte sie. „Aber vielleicht erkennen Sie ein Stück der Kleidung? Den seltenen Knopf zum Beispiel.“ Es war einer jener Knöpfe, die Mary beim Kennenlernen bewundert hatte. „Es ist mein Mann“, rang sie sich ab. Der Beamte brachte sie zum Wagen.

Ohne sich Chappuis zu nähern, beendete Mary den Erinnerungs-Spaziergang. Im Genfer Hotel buchte sie die Rückreise nach England für den nächsten Tag. Nie wieder betrat sie Schweizer Boden.

Fortan lebte sie allein als europaweit geschätzte Schriftstellerin. Zwei ehrenvolle Heiratsanträge lehnte die 24jährige Witwe ab. Einst hatte sie für Percy notiert: „Liebe und nichts als Liebe – dabei haben wir uns einander versprochen. Und wenn ich nicht Dir gehören kann, werde ich niemandem gehören.“

*Esther Knorr-Anders*

# Napoleons erste Niederlage

## Aspern 1809: Eine Risikobereitschaft, »die an Wahnsinn grenzt« – Insgesamt 45 000 Tote und Verwundete

**Bis Aspern hatte auch das verwegenste Risiko sich für Napoleon ausgezahlt: der an den langen Flanken ungedeckte Vormarsch in die Steiermark 1797, das ohne jegliche feste Basis begonnene ägyptische Abenteuer 1798/99 inklusive Rückfahrt nach Frankreich mitten durch die feindliche englische Flotte hindurch, die halsbrecherische Kriegslist von Austerlitz im Jahre 1805. Doch bei Aspern überspannte der als genial verehrte Feldherr den Bogen.**

Im Fünften Koalitionskrieg von 1809 hatte Napoleon den österreichischen Feind zunächst aus Bayern hinausgeworfen. Aber die Österreicher, unter der fähigen Führung des Erzherzogs Karl, des Bruders von Kaiser Franz, waren nicht vernichtet worden, sondern nach Böhmen entkommen. Napoleon entschloß sich nun, entlang der Donau nach Wien zu marschieren, das er am 13. Mai besetzte, ohne zu wissen, wo genau in seiner linken Flanke der Erzherzog stand. Nun, der war inzwischen bis nach Korneuburg gerückt.

### Rückzug Bonapartes hinter die Donau

Napoleon mußte gegen Karl schnell losschlagen, bevor dessen Bruder, Erzherzog Johann, mit beträchtlichen Kräften von Graz heranrücken konnte. Also war die Donau zu überschreiten, denn irgendwo im Norden war Karl anzutreffen. Der Fluß war breit, führte Hochwasser, strömte stürmisch, alle Brücken bei Wien waren zerstört. Man wählte den Weg aufs Marchfeld über die Insel Lobau, und es mußte schnell gehen, weshalb die Schiffsbrücke nicht mit Palisaden stromaufwärts geschützt wurde. Am Morgen des 21. Mai, den Pfingstsonntag, begann der Übergang.

Der französische Aufklärungsdienst hatte vollständig versagt, aber der Erzherzog beobachtete vom Bisamberg aus den Übergang genau und setzte um 10 Uhr seine Infanterie in Bewegung, um die linke Flanke des Feindes bei Aspern anzugreifen, die rechte bei Eßling, zwei Kilometer östlich davon. Da die Donau angeschwollen war, erfolgte der Übergang der Franzosen so schleppend, daß sie um 15 Uhr, dem Zeitpunkt des österreichischen Angriffs, nur 50 000 gegen 75 000 Mann setzen konnten. Sie hatten wegen eines Staubsturmes den Anmarsch des Erzherzogs überhaupt nicht wahrgenommen.

Aber sie wehrten sich hart, bis sich um 17 Uhr ein Halbkreis rund um Aspern gebildet hatte, aus dem heraus Karl den Angriff auf das Dorf befahl, um dem Feind den Rückzug abzuschneiden. Das gelang nicht. Zwischen Aspern und Eßling prallten die beiden Kavallerien aufeinander. Als die Sonne sank, hatten alle von Napoleon fieberhaft über die teilweise beschädigte Brükke herbeibeorderten Reserven nichts daran ändern können, daß die Österreicher ihn bei Aspern und Eßling abriegelten.

Um 5 Uhr am Morgen des 22. Mai griffen Karls Truppen erneut bei Aspern an. André Masséna, einer der fähigsten Marschälle der Franzosen, warf sie zurück. Der Kaiser erkannte, daß Karl nicht den Schwerpunkt auf sein Zentrum zwischen Aspern und Eßling gelegt hatte, und setzte daher hier Marschall Jean Lannes, ebenfalls einen seiner Bewährtesten, zum Gegenstoß an. Unter hohen Verlusten kamen die Franzosen hier gegen das II. Korps, das unter dem Prinzen Franz Xaver von Hohenzollern-Hechingen focht, voran. Der Erzherzog befürchtete einen Durchbruch, ergriff selbst die Fahne eines Grenadier-Regimentes, stürmte zu erneutem Angriff vor.

Bild: Meyers Konversationslexikon, 1888

Schlacht bei Aspern: Die Franzosen konnten den Brückenkopf links der Donau nicht halten.

Um 8 Uhr erfuhr Napoleon, daß die Lobau-Brücke wegen des Hochwassers unpassierbar geworden war, gab daher alle Durchbruchsversuche auf und beschränkte sich auf die Behauptung von Aspern und Eßling. Um 10 Uhr befahl der Erzherzog den Generalangriff. Gegen 12 Uhr war die Brücke repariert – und brach wieder zusammen. Nun blieb Napoleon nur noch übrig, sich geordnet vom Feind zu lösen. Gegen seinen ausdrücklichen Befehl warf seine Elitetruppe „Junge Garde“ die Österreicher aus Eßling wieder heraus, und er lobte das anschließend sogar: „Wenn ihr jemals gut daran getan habt, meine Befehle nicht auszuführen, so ist das heute gewesen, denn die Rettung des Heeres hing von der Wiedereroberung von Eßling ab!“

Die überlegene österreichische Artillerie wurde aus kurzer Distanz todbringend eingesetzt. Um 15 Uhr setzte Napoleon auf die Insel Lobau über, Marschall Lannes wurde tödlich verwundet, Marschall Masséna sorgte bis in die Nacht hinein meisterhaft für einen möglichst verlustarmen Rückzug.

### Karl verzichtete auf ein Nachsetzen

Der Kaiser verfiel, gewissermaßen zur psychologischen Abschirmung seiner allerersten Niederlage, in einen Tiefschlaf von 36 Stunden. Die Franzosen hatten zirka 22 000 Mann an Toten und Verwundeten zu beklagen, die Österreicher über 23 000. Der Erzherzog tat zur Verfolgung – überhaupt nichts, was den Historiker Friedrich Max Kircheisen zu dem Kommentar veranlaßte: „Obwohl man sagen muß, daß die Art, in der Napoleon das Schicksal herausforderte, indem er sich ohne Kenntnis der österreichischen Stellungen in eine Schlacht einließ, und ohne seinen Flußübergang abzustützen und ohne seine Kräfte auf der Insel Lobau zu vereinigen, geradezu an Wahnsinn grenzte, ist es ebenso zweifelsfrei, daß die unterlassene Ausnützung des Siegs durch den Erzherzog gleichermaßen unglaublich ist.“

*Bernd Rill*

# Polens Beitrag zum Kriegsausbruch 1939

## In der Zweiten Republik träumten viele von einem Sieg über Deutschland – Die deutsche Minderheit wurde brutal behandelt

Die deutsch-polnischen Spannungen reichen bis in die Frühzeit der Weimarer Republik zurück. Getragen vom leidenschaftlichen Wunsch nach Wiedererrichtung eines polnischen Staates, schien 1919 für manche Kreise die Stunde gekommen zu sein, um Polen als Großmacht neu zu errichten. Manchen Aktivisten schwebte sogar die Wiedergeburt des litauisch-polnischen Reiches aus dem 16. Jahrhundert vor. Der Vertrag von Versailles hatte Polen den sogenannten Polnischen Korridor eingebracht, womit Ostpreußen vom deutschen Staatsgebiet getrennt wurde, während man aus Danzig eine „freie Stadt“ unter Aufsicht des Völkerbundes machte.

Marschall Josef Pilsudski errichtete im Mai 1926 ein autoritäres Regime, das starke expansionistische Absichten an den Tag legte. So strebte Pilsudski 1932/33 gemeinsam mit dem verbündeten Frankreich einen Präventivkrieg gegen Deutschland an, der große Landesteile unter polnische Herrschaft bringen sollte. Noch im Herbst 1933 trug sich Pilsudski mit Präventivkriegsabsichten, um beispielsweise Schlesien und Danzig zu gewinnen. Die treibende Kraft hinter diesen Ambitionen war der sogenannte „Westmarkenverein“. Es gab Stimmen, die einen Krieg mit Deutschland für unvermeidlich hielten: Man werde eine neue Schlacht von Tannenberg in den Vorstädten von Berlin schlagen, hieß es unter Anspielung auf einen polnisch-litauischen Sieg im Jahre 1410 über den Deutschen Orden.

1934 wurden Bildpostkarten gedruckt, die König Boleslaw den Tapferen – gestorben 1025 – vor einer Karte des polnischen Staatsgebietes zeigten, auf dem Brandenburg, Lübeck, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen zu erkennen waren. Man forderte die Gewinnung der Oder als „natürlicher Grenze“ und der gesamten Küstenlinie von Stettin bis Riga.

### »Nackten Irrsinn« nannte der frühere Premier Lloyd George die Garantien seines Landes

Diesen expansionistischen Tendenzen im Äußeren entsprach eine extrem nationalistische Mentalität im Inneren.

Die Unterdrückung der im Jahre 1919 noch über rund zwei Millionen Deutschen in den Westgebieten nahm ab März 1939 immer schärfere Formen an. Schon am 23. März kam es in Bromberg zu Ausschreitungen, wobei auch deutsche Bauernhöfe des Nachts angegriffen wurden. An diesem Tag ordnete die polnische Regierung eine Teilmobilmachung der Armee an. Am 26. März lehnte sie die deutschen Vorschläge über den Status von Danzig und eine exterritoriale Bahn- und Straßenverbindung nach Ostpreußen endgültig ab.

Die britische Garantieerklärung an Polen vom 31. März 1939 sorgte im Lande für einen sprunghaften Anstieg an Euphorie. Die Garantie erschien in den Augen einiger Beobachter, auch des britischen Botschafters in Berlin, Neville Henderson, als schädlich, da man damit Polen einen „Blankoscheck“ ausgestellt habe. Später kritisierten britische Historiker diesen Schritt, da sich Großbritannien an den Willen des autoritären Warschauer Regimes gekettet habe. So lehnte Außenminister Józef Beck am 5. Mai die deutschen Forderungen nochmals ab und bezeichnete den durch Versailles geschaffenen „Korridor“ als altes polnisches Land. Es folgten britische Garantien an Rumänien und Griechenland beziehungsweise ein Abkommen über Hilfeleistung an die Türkei. Der frühere Premier Lloyd George nannte diese Garantien „nackten Irrsinn“.

In Polen kam es zu zahlreichen Entlassungen deutscher Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie. Am 13. Mai ging der Mob gegen die Deutschen in Tomaszow 55 Kilometer südöstlich von Lodsch vor. In dieser Stadt lebten 42 000 Menschen, darunter 3000 Deutsche. Am Ende war ein deutsches Mordopfer zu beklagen. Hunderten von Deutschen waren die Fensterscheiben zerschlagen worden, worauf diese in die nahen Wälder flüchteten. Die Behörden schlossen die deutsche Schule in Posen und verboten Einrichtungen der Minderheit, wobei sie erklärten, daß die Einrichtungen ein gewisses Ausmaß an Tätigkeit überschritten hätten. Das deutsche Theater in Teschen mußte seinen Betrieb einstellen. Lehrer, Beamte und Pastoren traf die Entlassung wegen „staatsfeindlicher Gesinnung“. In Oberschlesien wurde sogar der katholische Gottesdienst in deutscher Sprache verboten, da er angeblich die öffentliche Ordnung störte.

Inzwischen setzte im britischen Außenministerium Ernüchterung über die starre Haltung Polens ein. Man entsandte im Juni zwei ranghohe Beamte nach Polen, um die Lage zu sondieren. Sie berichteten, daß die antideutsche Stimmung derart aufgeheizt sei, daß im Kriegsfall ein furchtbares Massaker an den Volksdeutschen zu befürchten sei. Der polnische Generalstab rechnete zwar mit deutschen Anfangserfolgen, doch am Ende werde man mit Hilfe der

### Kurz vor Kriegsbeginn verschärften sich die Ausschreitungen gegen Volksdeutsche

Westmächte siegen und die deutschen Gebiete bis zur Oder annektieren. Auch „Umsiedlungen“ kämen in Frage. Die maßlose Selbstüberschätzung ging so weit, daß Marschall Edward Rydz-Smigly schon ein Gemälde in Auftrag gab, das ihn als Sieger unter dem Brandenburger Tor zeigte. Obwohl diese Euphorie von der britischen Regierung mit großem Unbehagen registriert wurde, rückte sie nicht mehr von ihrer Garantie ab, da sie einen Gesichtsverlust fürchtete.

Kurz vor Kriegsbeginn verschärften sich die Ausschreitungen gegen Volksdeutsche. Diese reichten von Mißhandlung über Kastration bis Vergewaltigung. Henderson schlug vor, die Übergriffe im Unterhaus zur Debatte zu stellen und mit einer Warnung an die polnische Regierung zu verbinden. Auch dieser Vorschlag verfiel der Ablehnung. Am 20. August schrieb die Warschauer „Depesza“: „Das deutsche Blut wird in einem kommenden Krieg in solchen Strömen vergossen werden, wie es seit der Entstehung der Welt noch nicht geschehen ist.“

Polnische Marodeure zogen durch das Grenzland, setzten deutsche Bauernhöfe in Brand, drangsalierten die Bewohner und verletzten mehrfach die Grenze. Tausende von Deutschen wurden festgenommen und verschleppt. Immer mehr Volksdeutsche ergriffen die Flucht.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der bereits am 24. August vom Inhalt des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und des geheimen Zusatzprotokolls Kenntnis erhielt, hätte den Frieden womöglich erhalten können. Er wußte, daß Polen im Falle eines Krieges die Aufteilung zwischen Deutschland und der Sowjetunion drohte, tat aber nichts, um die Regierung in Warschau zum Einlenken zu bewegen. Offenbar setzten manche Akteure alles daran, um ein „zweites München“ zu vereiteln.

*Heinz Magenheimer*

# Ein neues Heim für den Reichtsag

## Vor 125 Jahren legte Kaiser Wilhelm I. in Berlin den Grundstein für den heutigen Sitz des Deutschen Bundestages

**Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 stellte sich die Frage nach der Unterbringung des neuen Verfassungsorganes Reichstag. Längerfristig sollte ein eigener, repräsentativer Neubau her.**

Zu diesem Zwecke wurde noch im Jahre der Reichsgründung ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Der Wettbewerb war international offen, und so fanden sich unter den 103 Teilnehmern auch 15 aus Großbritannien, sieben aus Österreich sowie weitere aus Italien, Belgien, Holland und sogar Frankreich. Die Jury bestand aus zwölf Parlamentariern sowie den sechs Architekten Gottfried Semper, Vinzenz Statz, Gottfried Neureuther, Friedrich Schmidt, Friedrich Hitzig und Richard Lucae sowie dem Bildhauer Friedrich Drake. Als Gewinner ging im darauffolgenden Jahr ein neoklassizistischer Entwurf Ludwig Bohnstedts hervor.

Als Bauplatz war der bekannte Ort im Spreebogen ausgeguckt. Als Problem erwies sich, daß auf diesem Platze damals bereits ein Gebäude stand, das Palais Raczynski. 1847 hatte der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. Athanasius Raczynski das Grundstück für die Errichtung eines Galeriegebäudes geschenkt, damit dieser dort seine Bilder der Öffentlichkeit zugänglich machen konnte. Weder war Raczynski bereit, sein Lebenswerk aufzugeben, noch Wilhelm I., eine Enteignung durchzuführen, um einem Manne das zu nehmen, was ihm sein älterer Bruder und Vorgänger für treue Verdienste überlassen hatte. So mußte der Tod Raczynskis abgewartet werden. Dessen Sohn streubte sich zwar aus Pietät anfänglich auch etwas, das Erbe seines Vaters aufzugeben, verkaufte aber schließlich.

Nun hätte man den Entwurf des in Rußland geborenen Deutschen Bohnstedt realisieren können, aber das tat man nicht. Die mittlerweile in den Provisorien gemachte Parlamentserfahrung hatte bei den Reichstagsabgeordneten neue Ansprüche an den Neubau entstehen lassen, und Neogotik war auch nicht mehr angesagt. So wurde 1882 erneut ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Abgesehen von Preisträgern des vorangegangenen Wettbewerbes wurden diesmal allerdings nur Deutschsprachige zugelassen. Die Jury war wieder ähnlich zusammengesetzt. Diesmal standen 13 Parlamentariern sieben Architekten und ein Maler gegenüber. Das Rennen unter den 189 Einreichungen machte ein Entwurf des Frankfurter Architekten Paul Wallot. Eine überarbeitete Fassung erhielt Ende 1883 das Placet von Reichstag, Kaiser, Reichsregierung und der Akademie des Bauwesens.

Der Grundsteinlegung organisierte der Staatssekretär im Reichsamt des Inneren und Stellvertreter des Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher. Mit Schreiben vom 21. Mai 1884 schlug er dem Kaiser für den Fall, daß dessen „Reisedispositionen damit verträglich sein sollten, Montag, den 9. Juni, entgegengesetzten Falls Freitag, den 6. Juni“ vor. Wilhelm antwortete am 24. Mai: „Als Tag und Stunde der Feier bestimme Ich den 9. Juni. d. J. um 12 Uhr.“

So sollte es geschehen. Der Hofsteinmetzmeister Wimmel & Comp. schuf aus Rackwitzer Sandstein den 110 x 90 x 75 Zentimeter großen Grundstein und der Hofkupferschmiedemeister W. Otto lieferte die darin zu versenkende 52 x 26 x 11 Zentimeter große Dokumentenkapsel aus poliertem Kupfer mit von Löwenmäulern gehaltenen Griffen. Entsprechend der Planung kamen in die Kapsel der Erlaß „An das deutsche Volk“ betreffend die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde vom 17. Januar 1871, die Verfassung des Deutschen Reiches, das Handbuch für das Deutsche Reich des Jahres 1884, die Baugeschichte des Reichstagsgebäudes bis zur Grundsteinlegung, Pläne der Reichshauptstadt einschließlich ihres Weichbildes und ein vollständiger Satz aller Reichsmünzen aus Prägungen aller deutscher Münzstätten. Bei der späteren Bergung der Grundsteinkapsel wurde entdeckt, daß Boetticher auch noch seine Visitenkarten beigelegt hatte, wohl ein Versuch, sich fernab aller Vorschriften der Nachwelt in Erinnerung zu rufen.

Nicht gerade bei „Kaiserwetter“: Grundsteinlegung des Reichstagsgebäudes im Spreebogen Bild: Archiv

Am 9. Juni 1884 verlief der Akt der Grundsteinlegung fast ohne Pannen. Die „Times“ berichtete, daß bei der Übergabe der Kelle an den Kaiser diese von ihrem blauen Samtkissen fiel, wobei das britische Blatt es offen ließ, ob „der Übergeber nervös oder der Empfänger etwas ungelenk“ war. Bemängelt wurde eine zu leise Aussprache des mittlerweile 87jährigen. Dafür war sein Enkel, der spätere Kaiser Wilhelm II., um so besser zu verstehen. Auch der zwischen den beiden liegende spätere Kaiser Friedrich III. gehörte zu den etwa 75 Personen, die auf den Grundstein hämmerten. Der Kaiser hatte auf der Teilnahme des damaligen Kronprinzen bestanden in dem Wissen, daß er selber die Fertigstellung des Baus nicht mehr erleben würde. Daß dieses auch seinem Sohne versagt blieb, konnte er nicht ahnen.

»Ich weiß es nicht, wir führen keine Kriege mehr«

Kritik erntete seitens der „Frankfurter Zeitung“ die starke Präsenz von Uniformierten an dem Festakt. Diesem Tadel aus dem eigenen Land stand Lob aus dem Ausland gegenüber. So sah der britische „Standard“ in der Feier den Beweis dafür, daß in Deutschland die Volksvertretung Achtung genieße. Auch Reichskanzler Otto von Bismarck gehörte zu den kritisierten Uniformierten, was ihn allerdings, schenken wir den „Dresdner Nachrichten“ Glauben, nicht daran hinderte, bei dieser Gelegenheit eine Friedensbotschaft auszusenden. Auf die Frage eines russischen Generals, ob man so schöne weiße Hosen wie die seiner Kürrassieruniform auch im Kriege trage, soll er geantwortet haben: „Ich weiß es nicht, wir führen keine Kriege mehr.“

*Manuel Ruoff*

# Schmuckvoller Patriziersitz

## Vor 400 Jahren wurde das Steffensche Haus in Danzig errichtet

Der Danziger Bürgermeister und Kaufmann Ritter Hans Speymann von der Speye begann nach Plänen von Abraham von dem Block im Jahre 1609 mit dem Bau seines Hauses auf dem Langen Markt in der Nähe des Artushofes. Es sollte das schönste Haus mit überreicher goldverzierter Fassade im Stil der italienischen Hochrenaissance auf dem Platz werden. Vom Rostocker Bildhauer Hans Voigt stammen die goldenen Reliefs und Statuen an der Fassade. Speymann hat persönlich die Anregungen für den Figurenschmuck gegeben und wählte als Thema Beispiele aus der Vorstellungswelt römischer Bürgertugend und ließ mit diesem Stoff die drei breiten, zwischen den vier Geschossen gelagerten Friese füllen. Die verlorengegangenen Figuren auf der Attika wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch Kleopatra, Ödipus, Achilles und Antigone ersetzt, überkrönt von Fortuna auf dem Dachfirst. Über der Tür befinden sich die Symbole für Glaube, Hoffnung und eine Statuette der Liebe.

Ein Bürgermeister war Bauherr

Um 1900 wurde das Haus Langer Markt 41 nach den späteren langjährigen Besitzern Steffenssches Haus genannt. Zuletzt gehörte es der Stadt, die in ihm die Naturkundliche Abteilung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte unterbrachte. Für die Polen ist es heute das Goldene Haus.

Erich Volmar, verdienstvoller letzter Landeskonservator von Danzig, schrieb im Januar 1946 – noch aus seiner Heimatstadt – über das Schicksal des Hauses: „Ein Hymnus auf den Waffenruhm erstarb in der Märzkatastrophe 1945. Durch den Feuersturm in die Tiefe gerissen, lag etwa zwei Drittel der Fassade in einzelnen Werkstücken auf und vor dem Beischlag. Jetzt sieht es hier wesentlich anders aus. Die durcheinandergeworfenen Teile wurden, einem Geduldspiel ähnlich, an ihren rechten Ort gebracht, gelegentlich wohl auch ergänzt, mit dem Ergebnis, daß die Ansicht des Steffenshauses auf dem Langen Markt aus dem wüsten Haufen wieder emporgefunden hat zu der Harmonie ihrer toskanischen, ionischen und korinthischen Ordnung.“ Volmar hat neben vielen anderen Kunstschätzen auch das Interieur des Rechtstädtischen Rathauses und den Neptunbrunnen gerettet.

Die polnischen Restauratoren haben nach dem Krieg Bewundernswertes geleistet. Im jetzigen Goldenen Haus befindet sich heute der Sitz des Meeresinstitutes. Es ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. *Dieter W. Leitner*

Steffensches Haus (Mitte): Zustand des Gebäudes Anfang der dreißiger Jahre Bild: Staatliche Bildstelle Berlin

Schloß Rheinsberg: Veranstaltungsort des Symposions Bild: Internet

# Fridericianisches

## Symposion im Schloß Rheinsberg

Auch dieses Jahr führte das Interesse an Friedrich dem Großen wieder Menschen aus ganz Deutschland zu einer Tagung auf Schloß Rheinsberg zusammen, um verschiedene Aspekte aus dem Leben des Preußenkönigs zu erfahren und zu diskutieren. Nach einer Lesung am Abend des 1. Mai aus einem Buch über den Enkel des letzten Kaisers, den 1994 verstorbenen Prinzen Louis Ferdinand, begann am Sonnabend Eva Ziebura (Paris/Berlin) mit einem Vortrag über das zwiespältige Verhältnis zwischen dem König und seinem Bruder August Wilhelm, der als Thronfolger vorgesehen war, aber vorzeitig starb.

Dr. Detlef Fuchs unterrichtete mit einer Führung über die Stadtmauer von Rheinsberg. Die musikalische Seite Friedrichs skizzierten Dr. Ulrike Liedtke und Dr. Brigitte Kruse (beide Rheinsberg), indem sie über zwei Musiker der Hofkapelle, Christoph Schaffrath und Franz Benda, informierten. Danach gab Ingetraut Senst (Petershagen) anhand von Lichtbildern Auskunft über die Kolonistenhäuser im Oderbruch. Der Sonnabend endete mit einem Konzert im Schloßtheater: Fagottmusik des 18. Jahrhunderts wurde in exzellenter Form dargeboten.

Am Sonntagvormittag schilderte Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam) in einem Vortrag das Verhältnis des Preußenkönigs zum brandenburgischen Adel. Den Abschluß bildete zum Jubiläum des Siebenjährigen Krieges die Dokumentation von Christian Wienzek (Berlin) über das Kriegsjahr 1759. Die Veranstaltung wurde begleitet von einer Zinnfigurenausstellung, während der Experten in die Herstellung und Bemalung von Zinnfiguren einführten.

Das nächste Symposium wird vom 7. bis 9. Mai 2010 stattfinden und steht erneut allen Interessenten offen. Informationen erteilt Professor Jürgen Ziechmann, Villa Sanssouci am Kanal 39, 26203 Südmoslesfehn. *PAZ*

## Probleme wegen Bodenreformland – Betroffene gesucht

**Zu: „Eines Rechtsstaates unwürdig“ (Nr. 12)**

Nach dem Neubauern-Urteil des Europäische Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg vom 22. Januar 2004 habe ich einen Antrag auf Entschädigung für das ehemalige Bodenreformland meines Vaters Richard Jäkel beim Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Mecklenburg-Vorpommern, Außenstelle Schwerin, gestellt.

Nun, mit Schreiben vom 23. April 2009 wird mir von dieser Behörde mitgeteilt, daß die Große Kammer des EGMR mit Urteil vom 30. Mai 2005 die bisherige bundesdeutsche Rechtsprechung bestätigt habe. Das heißt, die Enteignung wäre rechtens. Die Kammer hat damit allerdings ihr eigenes Urteil vom 22. Januar 2004 faktisch widerrufen, meines Erachtens könnte politische Einflußnahme dazu beigetragen haben.

Nunmehr soll ich dem Landesamt mitteilen, ob ich meinen Antrag weiterhin aufrechterhalten oder zurücknehmen möchte. Termin ist der 2. Juni 2009.

Ich frage mich nun: Wenn ich keinen Anspruch auf Entschädigung mehr habe, warum soll ich dann noch meinen Antrag zurücknehmen? Gibt es eventuell Bestrebungen, das neue Urteil der Großen Kammer anzufechten?

Wenn es unter den Lesern der *PAZ* weitere Betroffene gibt, wäre ich für eine Kontaktaufnahme dankbar. **Wilhelm Jäkel, Damme**

## Lieber Ilja Ehrenburg als Hoppe

**Zu: „Burschikos und zerbrechlich“ (Nr. 17)**

Der Bericht zum 100. Geburtstag der Schauspielerin Marianne Hoppe veranlaßt mich zu diesem Hinweis: Die Stadt Rostock schämt sich nicht, zu „Ehren“ von Ilja Ehrenburg eine Straße nach ihm zu nennen (Rostock-Toitenwinkel), aber keine Straße, kein Platz trägt den Namen einer der größten deutschen Schauspielerinnen des 20. Jahrhunderts, den Namen Marianne Hoppe, geboren in Rostock.

Anmerkung: Der in dem Bericht erwähnte Privatunterricht, den ihr Vater ihr erteilen ließ, hat meine Tante Dr. Marie Luise Schlüter erteilt; das Zeugnis, das sie von Vater Hoppe dafür bekommen hat, ist erhalten. **Klaus Schlüter, Rostock**

## Nicht Weimar!

**Zu: „Wahlkampf ohne Wähler“ (Nr. 17)**

Und wieder wird das Staatsoberhaupt benannt (oder bestimmt), ohne auf die Stimme des Volkes zu hören.

Unsere Politiker können noch so viele Scheinargumente ins Feld führen, es bleibt bei der beschämenden Feststellung, daß sie uns „mündigen Bürgern“, wie sie uns gerne nennen vor einer Wahl, kein Vertrauen schenken, daß sie uns das Wahlrecht für diesen Sonderfall quasi absprechen.

Wir leben nicht mehr in der Weimarer Republik! Die Mitglieder der Bundesversammlung sollten endlich auf ein Privileg verzichten, das sich an einer längst vergangenen Zeit orientiert.

Der Satz, der den Artikel 54 GG einleitet, („Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt“) sollte endlich den modernen Prinzipien unserer Demokratie angepaßt werden. **Alfons Kuhn, Kassel**

Ort der Entscheidungen: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschied widersprüchlich über die Enteignungen in der SBZ/DDR und über Unstimmigkeiten bei ihrer Wiedergutmachung. Bild: EU

## Willfährig gebeugt

**Zu: „Die Geheimnisse der ‚Lusitania‘“ (Nr. 16)**

Das Wissen um das Zustandekommen beider Weltkriege enthält viele Lücken, Verschleierungen, Fälschungen und Lügen, wobei sich der alte Spruch bewahrheitet, daß die Sieger die Geschichtsschreibung beherrschen. Ob die Sieger allerdings damit rechnen konnten, daß die Verlierer sich ihrer Geschichtsauslegung so willfährig beugen, möchte ich bezweifeln. Wie auch immer: Zweifel ist überall angesagt. Die Mär oder das Märchen über die „Lusitania“ verdient besonderes Mißtrauen. Beim Zustandekommen von Kriegen gibt es nie nur einen Verursacher. **Uta Herzel, Berlin**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## An Werbung für Panzer-Modelle ist nichts Verwerfliches

**Zu: Leserbrief „Das ist wie ein Talibankämpfer auf dem Nippestisch“ (Nr. 17)**

Auch von mir zunächst ein Ausdruck der Anerkennung für die Arbeit der *PAZ* in den letzten Jahren. Habe die Zeitung schon von meinen Großeltern kennengelernt und bin seit vielen Jahren nunmehr selber Abonnent. Ich beteilige mich sehr selten am Leserforum, lese es aber immer, teilweise auch mit Genuß ... bin hier also eher der „stille Genießer“.

Mit Interesse, aber auch mit Überraschung habe ich den obengenannten Leserbrief gelesen. Es spricht gerade für den freidenkerisch-preußischen Geist der *PAZ*, daß sie den Brief auch veröffentlicht hat. Natürlich hat der Leserbriefschreiber recht mit der Aussage, daß 64 Jahre ohne Krieg in Mitteleuropa für alle Menschen hier positiv zu sehen sind. Was jedoch bleibt, ist die Erinnerung an diese Zeit. Goethe hat mal gesagt: „Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Dazu gehört meines Erachtens auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte: Vor, während und auch nach dem sogenannten Dritten Reich, damit auch mit der entsprechenden Wehrtechnik und dem Soldatentum. Daher möchte vielleicht ein Veteran sich sein ehemaliges Dienstfahrzeug als Modell aufs Regal stellen oder sogar mal seinem Enkel zumindest im Modell das Gerät zeigen, daß er mal bedient hat oder aus dem er mit knapper Not, nach einem feindlichen Treffer mit angekokeltem Hintern, so gerade eben noch herausgekommen ist. Daran ist meines Erachtens nichts Verwerfliches.

Es soll Menschen geben, die schießen auf Tiere. Nicht gelegentlich, sondern sogar häufiger. Als und aus Passion. Nicht nur, daß sie das Fleisch essen, sie präparieren sich deren Körper oder Schädel und hängen sich diese auch noch in ihre Häuser. Ist das nun etwa auch „Ewig gestrig“?

Es steht jedem *PAZ*-Leser frei, ein solches vom Leserbriefschreiber als kritisch betrachtetes, in der Anzeige beworbenes Buch oder ein Modell zu erwerben. Mit dem Kaufangebot in einem öffentlichen Medium muß man leben. Und ich finde es weder verwerflich noch ewiggestrig, da es mir völlig freisteht, es zu lesen, zu kaufen oder überhaupt zu beachten.

Hier ein Gedankenspiel, das so oder ähnlich bei unseren östlichen und westlichen Nachbarn zu großen Teilen Realität ist: Hätte die deutsche Wehrmacht den Zweiten Weltkrieg gewonnen, würden diese, wie der Leserbriefschreiber sagt „Mordinstrumente“, in einer Vielzahl deutscher Wohnungen stehen, einer davon würde mit Sicherheit als Denkmal auch auf dem Marktplatz Ihrer Stadt/Ihres Stadtteils stehen.

Um Gedankenspielen vorzubeugen: Ich bin Jahrgang 1962, habe eine – im wahrsten und positivsten Sinne – ostpreußische Mutter, habe nicht gedient, war und bin in keiner bündischen oder politischen Vereinigung ... ich hab's halt nur mit meiner Herkunft, ergo mit preußischem Freidenkertum und mit Gottfried Keller: „Achte jedes Mannes Vaterland, doch das deinige liebe!“ **Kai Pöhlmann, Wedel**

## Unschuldswahn ist unbiblisch

**Zu: „Nein zur Aufrechnung“ (Nr. 16)**

Herrn v. Gottbergs Ablehnung jeder Aufrechnung ist zuzustimmen. Dafür spricht auch ein wichtiger geistlicher Grund aus christlicher Perspektive: Individuelle Schuld, die jemand zum Beispiel durch Verbrechen an Deutschen bei oder nach Kriegsende auf sich geladen hat, bleibt Schuld vor Gott und den Menschen, egal wie staatliche Rechtsordnungen (in Osteuropa) dies werten. Alles andere wäre eine wohlfeile Exkulpation, indem die Verantwortung des Täters von ihm weg auf soziale, historische, ökonomische oder andere Umstände geschoben würde. Auch sollte Rache niemals als legitimes Motiv für Untaten anerkannt werden.

Außerdem hängt die Würde des Menschen eben auch mit seiner Verantwortung für sein Tun und Lassen zusammen. Deswegen führt der seit der Spätaufklärung um sich greifende, unbiblische „Unschuldswahn“ (der Mensch ist prinzipiell gut und sündlos) des modernen Menschen auch mit in die gottfernen und menschenverachtenden Fehlentwicklungen, die im 20. Jahrhundert in erschreckender Weise zu beobachten waren. Was erwartet uns wohl im 21. Jahrhundert?

Damit aber keiner an der Schuld, die er im Leben auf sich geladen hat, verzweifeln muß, gibt es die Sündenvergebung durch den Glauben an Jesus Christus und dadurch Ewiges Leben bei Gott, so die österliche Auferstehungsbotschaft. Auf dieser Basis kann man ein versöhntes, segensreiches Europa aufbauen! **Prof. Dr. Gerald Mann, Christliche Bildungsstiftung, Ansbach**

## Wir müssen selbst die Beweise vorlegen

**Zu: „Entwürdigender Warnhinweis im Vorspann“ (Nr. 15)**

Herr Röhl spricht das aus, was uns Deutsche jahrzehntelang beleidigt: Die einseitige, pauschale, andauernde Aufrechnung, die folgerichtig zu unseren Ungunsten ausgehen muß. Ein Ende ist nicht abzusehen. So bleibt uns Deutschen und allen sonstigen Vertretern historischer Wahrheit nichts anderes übrig, als nun endlich auch selbst eine Auf- beziehungsweise Abrechnung aller Kriegs- und Nachkriegsverbrechen, die als solche historisch beweisbar sind, zu erstellen, um diesem Übel möglichst ein Ende zu bereiten. Das Ergebnis einer solchen Abrechnung, inklusive Ost und West dürfte schon bekannt sein, deshalb wird sie auch nicht stattfinden. Trotzdem, Herr Röhl, rechnen Sie auf und ab. Den Anstoß haben Sie gegeben. Was dabei herauskommt, wird natürlich niemand den betreffenden Völkern und ihren Nachkommen anlasten, wer immer diese auch seien und welchen Regimes sie ausgesetzt waren. Die gegenwärtige Handhabung wird allein gegenüber uns Deutschen abgewendet. Warum wohl? Nachdenken ist wieder einmal angezeigt. **Günter Hagner, München**

## »Taz«ianer verbreiten Gesinnung

**Zu: „An den Hebeln der Meinungsmacht“ (Nr. 17)**

Für mich war das schon sehr erstaunlich, wie von allen Seiten Blumen auf die „taz“ hernieder rieselten. Auch Springer ließ sich nicht lumpen und reihte sich in die Reihe der Gratulanten der „taz“ ein.

Daß ehemalige „taz“-Mitarbeiter über die bundesdeutsche Presselandschaft so reichlich verteilt sind, wußte ich nicht, nur Frau Lau aus der „Welt“ war mir ein Begriff.

Nun frage ich mich, ob diese ehemaligen „Taz“ianer ihre Gesinnung nach Verlassen der „taz“ bei ihr zurückgelassen haben oder ob sie sie bei ihren neuen Blättern importiert haben. Nicht unwahrscheinlich, daß ihre Spuren nun in vielen Zeitungen zu finden sind, die einen linken Touch haben. **Hans-Friedrich Kwasnek, Frankfurt**

## Bushido hat recht

**Zu: Zitate (Nr. 17)**

Bushido bringt es auf den Punkt. Unser Armleuchter-Staat kann Millionen in Projekte für Problem-Jugendliche blasen, wenn sie nicht hören wollen, ist nichts zu machen. Da muß Zwang her. Doch wer hat den Mut? Wer die Regeln verletzt, muß sofort richtig Ärger kriegen. Den muß man spüren. So ist es. **Sigrun Holzer, Ludwigshafen**

## Unwichtige Bürger

**Zu: „Wahlkampf ohne echte Wähler“ (Nr. 17)**

70 Prozent der Deutschen wünschen sich Köhler wieder zum Bundespräsidenten, nur 14 Prozent sind es bei Frau Schwan. Trotzdem könnte es passieren, daß Frau Schwan das Rennen macht, da es ja nicht um das Wollen der Bürger, sondern um die Interessen von Parteien geht, die in der Bundesversammlung sitzen. Aber so läuft es halt in der deutschen Demokratie. **Hans-Martin Ulrich, Lörrach**

## Russische Geisteswissenschaftler weiter als deutsche Kollegen

**Zu: „Ausgrenzung ohne Beispiel“ (Nr. 17)**

Am 25. April wurde in Düsseldorf, im einstigen „Haus des Deutschen Ostens“, seit etlichen Jahren nun das „Gerhart-Hauptmann-Haus“, von der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen die Gedenkveranstaltung „60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen 1949 bis 2009 in Nordrhein-Westfalen“ abgehalten. Alle beteiligten Redner haben, so wie man es all den geladenen Gästen ansehen konnte, aus dem Herzen gesprochen.

Bei dieser Gelegenheit hab ich auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* bekommen, die mir Frau Brigitte Gomolka, die Geschäftsführerin, dankenswerterweise empfohlen hat.

Nun zum Hauptthema: Auf Seite 9 hat man in der *PAZ* auf den beim Insel-Verlag herausgekommenen neuen „Literarischen Führer Deutschland“ verwiesen und dabei verdeutlicht, daß der weltbekannte Ostpreuße, Immanuel Kant (1724–1804) nicht aufgeführt wird. Mein Gott, warum sieht man es bei der *PAZ* so eng? Wenn beim Aufbrühen in einer Kaffee- oder Teekanne der bedeutende Inhalt fehlt, kann man vielleicht auch der Köchin oder dem Koch die „Geistige Lücke“ verübeln? Wo nichts drin ist, kommt ja auch nichts raus.

Sollte man sich nicht auch an ein besonderes Beispiel erinnern, an russische Geisteswissenschaftler, die in Königsberg, im derzeitigen Kaliningrad also, eine neue Universität gegründet haben, die „Kant-Universität“? So hat Königsberg nun mit der einst berühmten „Albertina“ eine „Kant-Universität“ bekommen.

Man sollte von den russischen Wissenschaftlern lernen, daß man beim Erstellen des „Literarischen Führer Deutschland“ auch Immanuel Kant einbeziehen müßte, oder?

Danke für die hinweisende Mitteilung in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Die *PAZ* ist empfehlenswert. **Gerhard Grüning, Duisburg**

## Verkehr und mehr

**Zu: „Begeistert für die Königsberger Straßenbahn“ (Nr. 16)**

In der *PAZ* steht ein Hinweis auf ein Buch über Königsberger Straßenbahnen. Das gibt mir Veranlassung, auf meine Arbeit „Königsberg (Pr.) und seine Verkehrsmöglichkeiten“ (2004, 246 Seiten in DIN A4) hinzuweisen. Auch erlaube ich mir, Ihnen meine Arbeit mit dem Thema „Die Königsberger Speicher“ (2005, DIN A4, 440 Seiten) vorzustellen. **Dr. Wolfgang Klein, Schwörstadt**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 16. Mai 2009


# »Krusenstern« auf dritter Weltumsegelung

## Das Schulschiff wird 12 000 Seemeilen zurücklegen – An der ersten Etappe nehmen 115 Schüler teil

**Das Segelschulschiff „Krusenstern“ ist der Stolz der Baltischen Staatlichen Fischereiflotte und des ganzen Königsberger Gebiets. Momentan befindet sich der Viermaster im Atlantik.**

Das Segelschiff „Krusenstern“ wurde 1926 in der Werft Joh. C. Tecklenborg in Bremerhaven vom Stapel gelassen. Das Schiff trug damals den Namen „Padua“. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg erzielte es zwei Rekorde: Von Hamburg bis Talachuano (Chile) segelte die „Padua“ um das Kap Hoorn herum in 87 Tagen, eine zweite Passage ging von Hamburg nach Port Lincoln (Australien) in 67 Tagen.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs endeten die Ozeanfahrten der „Padua“. Nach dem Krieg erhielt die Sowjetunion das Schiff als Kriegsbeute. Im Februar 1946 wurde der Viermaster „Padua“ umbenannt und erhielt den Namen des deutschbaltischen Kapitäns und russischen Admirals Adam Johann von Krusenstern, dem ersten russischen Weltumsegler.

In den Jahren 1959 bis 1961 wurde das Schiff in Kronstadt generalüberholt und neu ausgestattet. Im Dezember 1961 lief das Segelschiff wieder aufs offene Meer aus. Zu dieser Zeit war die „Krusenstern“ ein Expeditionsschiff der Baltischen Flotte für die Ozeanerkundung. 1966 wurde das Schiff dem Ministerium für Fischerei unterstellt. Heimathafen wurde damals Riga, im Jahre 1981 dann Reval (Tallinn). 1991 ging die „Krusenstern“ in den Besitz ihres heutigen Eigentümers, der Baltischen Staatlichen Fischereiflotte in Königsberg, über. Heute ist sie Schulschiff der Baltischen Flottenakademie. Fast neun Monate pro Jahr ist das Segelschiff auf den Meeren unterwegs. Die Lehrfahrten dauern in der Regel drei Monate. Dabei können die Teilnehmer ihre theoretischen Kenntnisse für ihren jeweiligen Ausbildungsberuf in der Praxis anwenden. Auf dem Schiff gibt es Schulungsräume, eine Bibliothek sowie einen Ausstellungs- und einen Sportsaal.

Seit 1974 nimmt die „Krusenstern“ regelmäßig an internationalen Regatten teil, bei denen sie auch laufend Preise erzielt. Nach der Weltumseglung zum Jubiläum 300 Jahre Russische Flotte in den Jahren 1995/1996 erlangte das Segelschiff Weltruhm. In den Jahren 2005 und 2006 unternahm die „Krusenstern“ eine zweite Weltumseglung, die dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und dem 200. Jahrestag der Weltumsegelung durch die russischen Schiffe „Newa“ und „Nadeschda“ unter dem Kommando von Admiral Adam Johann von Krusenstern gewidmet war.

Die Passage begann im Juni 2005 in St. Petersburg, und auf dem Rückweg feierte das Schiff in Bremerhaven seinen 80. Geburtstag.

Am 1. Dezember 2008 unterschrieb der damalige Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, einen Erlaß, mit dem die dritte internationale transatlantische Expedition des Schulsegelschiffs „Krusenstern“ angeordnet wurde. Diese ist dem Beginn der russischen Fischereiindustrie im Königsberger Gebiet vor 90 Jahren und der ersten russischen Heringsfahrt vor 60 Jahren gewidmet. Die Expeditionsroute führt über den gesamten Atlantik zu den traditionellen Fanggründen der sowjetischen und der russischen Flotte. Die Fahrt findet in zwei Etappen statt. Auf der ersten Etappe werden 115 Schüler der Baltischen Staatlichen Fischerei-Akademie und Studenten der Staatlichen Technischen Universität von Astrachan der Königsberger und St. Petersburger Fischerei Colleges an Bord des Schiffes ein Praktikum absolvieren.

Die erste Etappe hat am 19. April begonnen. Im Fischereihafen hatten sich viele Zuschauer versammelt, um das Schiff zu sehen. Am offiziellen Begleitprogramm nahmen der Leiter der Staatlichen Fischereiagentur Andrej Krajnij und Veteranen der Flotte teil.

Begleitet von der Musik eines Orchesters, das die für solche Anlässe übliche „Verabschiedung der Slawen“ spielte, bewegte sich das Segelschiff über den Königsberger Seekanal nach Pillau. Auf der dortigen Promenade hatten sich ebenfalls viele Menschen aus dem ganzen Königsberger Gebiet versammelt, um zu sehen, wie das Segelschiff aufs offene Meer ausläuft. Die Fahrt der „Krusenstern“ durch die Meerenge von Pillau und der Pillauer Landzunge dauerte etwa eine viertel Stunde.

Das Schiff wird 12 000 Seemeilen zurücklegen und zwölf ausländische Häfen anlaufen. Ein Teil der Hochseefahrt fällt mit der Teilnahme an der Segelregatta „Tall Ships“ zusammen. Die „Krusenstern“ gilt mit Recht als ein Schmuckstück.

Der erste Teil der Mannschaft kehrt am 5. September nach Königsberg zurück. Danach beginnt der zweite Teil der Expedition, die 2010 endet. *Jurij Tschernyschew*

Die Viermaststahlbark „Krusenstern“: Im Vordergrund ein Windrichtungsanzeiger mit dem Wappen Pillaus Bild: Tschernyschew

# In Marienburg wurden rund 2500 Tote exhumiert

## Die Grube ist wieder geschlossen, nun werden einzelne Knochen gerichtsmedizinisch untersucht – Identifizierung ist nicht vorgesehen

Vor wenigen Tagen wurden die Exhumierungsarbeiten an dem großen Massengrab bei der Marienburg abgeschlossen. Wie die Zeitung „Junge Freiheit“ unter Berufung auf den für die Untersuchungen verantwortlichen Abteilungsleiter des polnischen Instituts für Nationales Gedenken (IPN) in Danzig, Staatsanwalt Maciej Schulz, berichtete, ist die Grube bereits wieder mit Erde verfüllt und auch planiert worden. Derzeit würden nur noch „einige Stellen außerhalb des Grundstücks“ untersucht, das Ziel der Arbeiten sei erreicht worden, so Schulz.

Wie die *Preußische Allgemeine* bereits am 11. April berichtete, war die Zahl der geborgenen Toten bis dahin auf etwa 2400 gestiegen. Nun spricht das IPN offiziell von etwa 2500 Toten. Obwohl die neben der Marienburg Bestatteten offensichtlich Deutsche waren, ist mit der Untersuchung die „Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das *polnische* Volk“ (KSZpNP) des IPN betraut. Die genaue Zahl der Getöteten, so der Staatsanwalt, werde man „erst nach Abschluß der gerichtsmedizinischen Untersuchung“ angeben können.

Diese Mitteilung enthält eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute ist, daß überhaupt eine gerichtsmedizinische Untersuchung stattfindet. Davon war zunächst keine Rede, selbst offizielle deutsche Stellen mahnten sie – zumindest öffentlich – nicht an. Anscheinend (und das ist die schlechte Nachricht) sollen diese Untersuchungen aber keine Identifizierung der Toten anhand ihrer DNA einschließen.

Schulz sprach nämlich nur von Untersuchungen an „ausgewählten Knochen“ durch Sachverständige des Gerichtsmedizinischen Instituts der Medizinischen Akademie in Danzig, die „noch etwa drei Monate“ in Anspruch nehmen würden. Offenbar ist also nicht daran gedacht, einer möglichst großen Zahl der Getöteten „ihre Namen zurückzugeben“. Eine solche Klärung der Identität der Toten, wie Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), sie mehrfach angemahnt hat, wäre aber zweifellos der Schlüssel sowohl für eine würdige endgültige Bestattung als auch für die Aufklärung der damaligen Ereignisse. Der Kostenaufwand läge nach Informationen dieser Zeitung pro Person im unteren dreistelligen Bereich.

Eine weitere schlechte Nachricht ist, daß die genaue Zahl der Exhumierten vor allem deswegen unklar ist, weil zu Beginn dieser Arbeiten im vergangenen Herbst mit Bagger und Radladern vorgegangen wurde, wobei viele Skelette dermaßen beschädigt wurden, daß sie heute nicht mehr sicher gezählt werden können. Der Marienburger Historiker Bernard Jesionowski klagte gegenüber dem Internet-Portal gdansk.naszemiasto.pl, die Exhumierung sei auch in der Folgezeit „schlecht durchgeführt worden“. Es lägen noch immer Knochen in der Erde, mit der die Grube wieder zugeschüttet worden war. Er habe darüber auch die Polizei informiert und den Beamten die auf der Erde liegenden Knochen gezeigt, aber offenbar ohne entsprechende Resonanz.

> Wird wirklich sorgfältig und neutral untersucht?

Auf Unverständnis unter den Betroffenen wird gewiß auch stoßen, daß das IPN an seiner ursprünglichen These festhält, die Mehrzahl der in dem Massengrab verscharrten Personen sei bereits im Winter 1944/45 an „Hunger, Kälte und Krankheiten“ verstorben oder Anfang 1945 in Folge von Verletzungen durch Kampfhandlungen in Marienburg umgekommen. Tatsächlich gab es im Winter 1944/45 in diesem Raum trotz aller kriegsbedingten Mängel weder Hungersnot noch Epidemien. Auch die Verluste unter der deutschen Zivilbevölkerung der Stadt bei deren Verteidigung und schließlich sowjetischen Eroberung blieben begrenzt, weil die Stadt evakuiert worden war.

Wie der Heimatkreis Marienburg berichtet, bleiben die Ermittlungen des IPN auch insofern begrenzt, als diese sich von vornherein nur auf die beiden Monate März und April 1945 und nur auf sowjetische Soldaten als Tatverdächtige beziehen.

Was den Ort der endgültigen Beisetzung angeht, so hat sich Mitte April nun auch der Vorstand der Landsmannschaft Westpreußen für Danzig als Ort der endgültigen Bestattung ausgesprochen, wie dies zuvor bereits die LO getan hatte.

Während im Januar das Marienburger Massengrab in deutschen Medien für wenige Tage Schlagzeilen machte und sogar die Abendnachrichten der großen Sender punktuell berichteten, hatte der weitere Gang der Exhumierung fast kein Medienecho mehr, obwohl die Zahl der Getöteten nochmals um rund 500 stieg und weitere Dinge zu berichten waren, etwa die Debatte über die letzte Ruhestätte der Toten. Vereinzelte Meldungen, die dennoch erschienen, liefern indessen interessante Hinweise auf den Ablauf der Ereignisse in Marienburg.

Die „Bild“-Zeitung zitierte beispielsweise den Bürgermeister von Marienburg, Andrzej Rychlowski, mit der Vermutung, die Russen hätten nach Eroberung der Stadt verbliebenen Deutschen befohlen, umgekommene Landsleute an dieser Stelle zu bestatten, und die Unglücklichen anschließend erschossen. Dies, so „Bild“, würde erklären, warum vor allem die zuerst gefundenen Toten Schußverletzungen aufwiesen.

Verdienstvollerweise hat die „Bild“-Zeitung auch auf die genau 1840 Marienburger hingewiesen, die laut Unterlagen der „Heimatortskartei für Danzig-Westpreußen“ seit 1944/45 vermißt werden, und hat diese Liste sogar in vollem Umfang ins Internet gestellt.

Gewiß ist ein großer Teil der Toten des Massengrabes auf dieser Liste zu verzeichnen, andererseits befanden sich bei Kriegsende in Marienburg auch viele andere Deutsche, insbesondere Ostpreußen, während umgekehrt viele Marienburger bereits auf der Flucht waren. Nun könnten viele Schicksale geklärt werden, wenn bei den Verantwortlichen auf beiden Seiten das Interesse daran bestehen würde. *Konrad Badenheuer*

# Peinlicher Beschluß

## Laibach will Straße nach Tito benennen

Für Proteste hat der Beschluß der linken Mehrheit im Stadtrat von Laibach (Ljubljana) gesorgt, eine Straße in der slowenischen Hauptstadt nach Marschall Tito zu benennen. Der Beschluß stößt auf umso größeres Unverständnis, als derzeit laufend Massengräber mit Opfern des Tito-Regimes gefunden werden (die *PAZ* berichtete). Absurderweise waren es indirekt sogar gerade diese Entdeckungen, die nun zu der umstrittenen Entscheidung geführt haben. Denn in Reaktion darauf hatte die Slowenische Demokratische Partei (SDS) gefordert, alle Tito-Statuen in Museen zu verbringen und die wenigen noch vorhandenen Tito-Straßen in Slowenien (laut Presseberichten sind es noch etwa zwölf) umzubenennen. Dies wiederum provozierte eine Gegenreaktion der Linken, die sich darauf berief, daß angeblich 60 Prozent der Laibacher keine Probleme mit einer Straßenbenennung zu Ehren des ehemaligen jugoslawischen KP-Chefs hätten. Während die eher bürgerliche SDS warnte, eine solche Benennung würde alte Wunden aufreißen, unterstützte die Fraktion der regierenden Sozialdemokraten (SD) den Antrag.

### Auch für Vertreibung verantwortlich

„Das ist für die Heimatvertriebenen nicht zu akzeptieren“, empört sich Rudolf Reimann, Bundesvorsitzender des Verbandes der volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ). „Tito war dafür verantwortlich, daß die deutschen Volksgruppen aus Jugoslawien vertrieben wurden.“ Die Signalwirkung sei „verheerend“, die österreichische Regierung solle gegen diesen Beschluß protestieren. *K.B.*

# »Identität stärken«

## Norbert Rasch begeistert SKGD-Delegierte

Über eine Zustimmung von 100 Prozent konnte sich der 37jährige Norbert Rasch freuen. Der Vorsitzende der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen“ (SKGD) im Oppelner Schlesien hat sein erstes Jahr in dieser Position offenbar zur vollsten Zufriedenheit der mehr als 100 Delegierten der 20. Hauptversammlung ausgeübt. Um der Zustimmung weiter Nachdruck zu verleihen, wurde die ehrenamtliche Position zu einer hauptamtlichen ausgebaut, was den Abgeordneten des Regionalparlamentes (Sejmik) der Woiwodschaft Oppeln ebenfalls erfreute.

Rasch steht für eine Erneuerung des Verbandes, der nur noch knapp 45000 Mitglieder zählt. In den 90er Jahren waren es noch 170000. Der Germanist will die SKGD entpolitisieren und mehr auf den Erhalt der deutschen Kultur und deutscher Traditionen achten.

### »Ohne uns wäre Schlesien ärmer«

Der Lokalpolitiker ist stolz auf die Aufstellung der zweisprachigen Ortsschilder. Auch berichtete er von der weiteren Entwicklung bei der Umsetzung des Minderheitengesetzes. „Ohne uns wäre diese Region ärmer. Wenn wir unsere Identität stärken, bekommen wir auch mehr Gewicht“, so Norbert Rasch.

Nur einen Tag später wurde auch beim „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) ein neuer Vorsitzender gewählt. Bernard Gaida löst Henryk Kroll ab, der bereits 2008 den SKGD-Vorsitz Rasch überlassen hatte. Der Mitgründer beider Verbände war seinen Mitgliedern zu sehr auf die Politik in Warschau konzentriert. Auch von Seiten der Bundesrepublik habe man den Wechsel gewünscht, heißt es. *Bel*

# Galgenfrist

## v. Gottberg: Westpreußen-Museum erhalten

Offenbar steht das Westpreußische Landesmuseum in Münster zumindest vorerst nicht vor der Schließung. Zwar bleibt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) weiterhin dabei, die jährliche Fördersumme von 92000 auf 50000 Euro im Jahr 2010 zu reduzieren, doch das Museum hat die Möglichkeit, einzelne Projekte fördern zu lassen. Dies kann dazu führen, daß die Endsumme dem vorherigen Betrag entspricht. Zudem würde der Bund seine höheren Fördermittel nicht auf 220000 Euro halbieren, so lange der LWL zahlt. Allerdings sind Projekte nur auf einen begrenzten Zeitraum ausgerichtet, so daß langfristige Planungen erschwert wurden.

### Förderung nur noch »auf Abruf«

Nachdrücklich forderte Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, den dauerhaften Erhalt des Museums und warnte vor einer Politik, bei der die Vertriebenen nach und nach an den Rand gedrängt werden. „Es kann nicht sein, daß man von den Vertriebenen zunächst verlangt, auf politische Forderungen zu verzichten und nur noch ihre Kultur zu pflegen. Denn dann droht als zweiter Schritt, daß eine bis dahin noch lebendige Kultur musealisiert wird, bis schließlich in einem dritten und letzten Schritt die entsprechenden Museen durch Umbenennung ihre ostdeutsche Identität verlieren oder geschlossen werden.“ Einem solchen Versuch, auch noch die Erinnerung zu tilgen, würden sich die Betroffenen energisch widersetzen, betont v. Gottberg und erinnert an abgewehrte Versuche von Rot-Grün, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg „abzuwickeln“. *PAZ*

---

## Die ostpreußische Familie

**Lewe Landlied,**
**liebe Familienfreunde,**

auch kleine Erfolge erhöhen die Freude an und in unserer Ostpreußischen Familie – das heißt, so klein sind sie nun auch wieder nicht. Jedenfalls mit Sicherheit nicht für die ehemaliger Schüler der Ottokar-Schule in Königsberg, die sich durch uns gefunden haben. In Folge 4 der *PAZ* veröffentlichten wir den Wunsch des Königsbergers **Dieter Hömke** nach Freunden aus seiner Kinder- und Jugendzeit. Dazu gehörten neben seinen Mitschülern auch Nachbarskinder von der Aschmannallee in Maraunenhof. „Es haben sich einige gefunden, unter anderem auch ich und mein jüngerer Bruder“, schreibt **Wolfgang Hoffmann** aus Buchholz. Ein erstes Treffen wurde bereits vereinbart. Na, das wird ein Wiedersehen nach fast 65 Jahren geben! Die Ostpreußische Familie macht's möglich.

Bleiben wir in Maraunenhof, diesem schönen, noch erkennbaren Villenviertel am Oberteichufer. Wie genau unsere Leserinnen und Leser die Ostpreußische Familie durchforsten und versuchen, Lösungen zu finden oder erste Informationen zu ergänzen, zeigen die Zuschriften, die uns in den letzten Wochen erreichten. Manchmal sind es nur ein paar Zeilen, öfters längere und sehr in das Detail gehende Ausführungen wie die von Herrn Dr. **Hans-Dietrich Nikolaisen** aus Büsum. Sie betreffen die bereits geklärte Frage nach den deutschen Besitzern des Hauses Ernst-Wichert-Straße 1 in Königsberg-Maraunenhof, die von der heute dort wohnenden Russin **Olga Popova** über ihre deutsche Freundin **Ilse Meier**, Bad Salzuflen, gestellt wurde. Herr Dr. Nikolaisen konnte nun alle Bewohner der damals im Besitz der Steinmetzwitwe **Anna Kliesch** befindlichen Villa und des ebenfalls ihr gehörenden gegenüberliegenden Hauses Ernst-Wichert-Straße Nr. 2 auflisten. Zu einem der Mieter hatte Herr Dr. Nikolaisen persönliche Beziehung, denn es war sein Klassenlehrer an der Hindenburg-Oberschule, **Curt Madeika**. Dies und noch viel mehr konnte er Frau Meier mitteilen, wobei ein Hinweis noch besonders wichtig ist: Im Bildband „Königsberg in Preußen, die nördlichen Stadtteile“ von Gerhard Thiering sind beide Häuser abgebildet. Vielen Dank für Ihre Mühe, lieber Herr Dr. Nikolaisen, die Sie sich ja auch im Fall des Königsberger **Wolfgang Schneider** gemacht haben, der sein Geburtsgeheimnis zu enträtseln sucht. Leider hat auch Ihr Hinweis auf die Preußische Staatsbibliothek in Berlin, in der die Königsberger Tageszeitungen aus der betreffenden Zeit einzusehen sind, nichts erbracht, seine Geburtsurkunde war nicht zu finden. Aber schon das Mitdenken, Mitfühlen unserer hilfsbereiten Leser ist für viele Suchende ein großer Gewinn.

Das Foto von der Ruhestätte der **Berta Kusch** in Polkehnen, das wir in Folge 11 veröffentlichten, hat Aufmerksamkeit in unserer Leserschaft erweckt. Herr **Klaus Dieter Neumann** aus Soest hatte das Grab in einem verwilderten Garten entdeckt. Er wunderte sich darüber, daß das Grab gepflegt war, die Steinplatte mit einem künstlichen Blumengesteck und einem Grablicht geschmückt. Die damals 36jährige Frau war am 28. November 1945 gestorben – von den Russen erschossen, wie ein heute in Polkehnen lebender Pole Herrn Neumann berichtete. Er wollte nun wissen, ob noch Hinterbliebene oder andere Verwandte von Berta Kusch leben, die sich für die von ihm gemachten Aufnahmen interessieren. Und das scheint der Fall zu sein, denn auf dem Anrufbeantworter von Herrn Neumann in Soest gingen zahlreiche Anrufe ein, die er nach einer mehrwöchigen Auslandsreise vorfand und die er auf einem losen Papierblatt notierte. Sie erahnen schon das Mißgeschick: Das Blatt mit den Namen und Telefonnummern der Anrufer ging verloren und zwar endgültig, denn es landete mit anderen Unterlagen aus Versehen im Reißwolf. Also heißt es erneut: Ostpreußische Familie hilf! Herr Neumann bittet die Anrufer, sich noch einmal bei ihm zu melden und, falls sich wieder der Anrufbeantworter meldet, Namen und Telefonnummer zu hinterlassen. Herr Neumann wird dann umgehend zurückrufen. Er ist von dieser einsamen Grabstätte so berührt, daß er sie auf seiner nächsten Heimatreise im Juni wieder aufsuchen will. (Klaus Neumann, Bischofstraße 2 a in 59494 Soest, Telefon 02921 / 3455933.)

Aller guten Dinge sind drei – so lautet ein altes Sprichwort, und unser Leser und Landsmann **Hans-Georg Baltrusch** hofft, daß es sich für ihn erfüllt. Denn zweimal hat er schon im *Ostpreußenblatt* nach seinen Verwandten geforscht, leider vergeblich. Aber diese Suchaktionen sind schon vor längerer Zeit erfolgt – in den Jahren 2000 und 2002 –, und da kann man ruhig noch einmal nachfassen, denn es sind ja neue Leser hinzugekommen. Und außerdem kann er jetzt durch neue Angaben seine damaligen ergänzen, denn er hat im Internet das Ortsfamilienbuch von Stockheim gefunden, aus dem sich weitere Seitenverbindungen seiner mütterlichen Linie **Rieck** ergeben. Sein Großvater **Franz Rudolph** war das jüngste Kind von **Carl** Rieck und seiner Ehefrau **Marie Amalie** geborene **Hollstein**, die – wie sich jetzt herausgestellt hat – fünf weitere Kinder hatten. Alle wurden in Sommerfeld, Kreis Friedland, später Kreis Bartenstein, geboren, ihre Namen und Geburtsdaten sind bekannt: **Heinrich Gustav Rieck**,* 3. September 1864, schon zehn Tage nach der Geburt verstorben, **Wilhelmine Elisabeth** Rieck, * 29. Juli 1865, **Karl Hermann** Rieck * 2. Oktober 1867, **Johann Ferdinand** Rieck, 25. Juni 1870, und **Bertha Marie** Rieck * 23. Juli 1873. Wann und wo der Großvater geboren wurde, ist nicht bekannt. Da er vermutlich das jüngste Kind war, muß er entweder bis 30. September 1874 – Schnittpunkt zwischen bisheriger Kirchenbuchführung und staatlicher Personenstandsführung – in einem Ort eines anderen Kirchspiels oder danach wie seine Geschwister in Sommerfeld oder ausnahmsweise auch anderswo geboren sein. Während das Heiratsdatum feststeht – am 21. Juni 1904 ehelichte er **Antonie Marie Rehfeldt** in Powunden –, ist der Todestag unbekannt. Franz Rudolph müßte etwa im Juni 1924 in Powunden verstorben sein. Nun hofft sein Enkel, da jetzt alle Namen aller Geschwister seines Großvaters bekannt sind, daß seine Verwandtensuche jetzt Erfolg haben kann. Möglicherweise gibt es Aufzeichnungen, Dokumente und Fotos bezüglich der Vorfahren, auch die seiner weitläufigen Verwandten. Wie gesagt: Aller guten Dinge sind drei! (Hans-Georg Baltrusch, Lotjeweg 68 in 27578 Bremerhaven, E-Mail: hans-georg.baltrusch@t-online.de)

Dagegen geht Frau **Angelika Lange** aus Uslar-Volpe zum ersten Mal über unsere Ostpreußische Familie auf Verwandtensuche, denn sie hatte erst im vergangenen Jahr erfahren, daß es das *Ostpreußenblatt* gibt – nun hält sie es und hofft, daß wir endlich eine der Schwestern ihrer Mutter finden oder deren Schicksal klären können. Bisher waren alle Suchaktionen erfolglos, vielleicht klappt es nun über unsere Familie, zumindest in einem Fall. Denn unsere Zeitung wird ja auch in Australien gelesen, und dahin ist **Charlotte Bajohr**, die Schwester Ihrer Mutter, ausgewandert. Die Familie Bajohr stammt aus Korschen, sie wohnte in der Eisenbahnersiedlung, Bergstraße 2, in einem „Bahnerhaus“. Eine kinderreiche Familie, denn die Eltern **Gustav** und **Minna** Bajohr geborene **Schwark** waren mit reichlich Nachwuchs gesegnet. Eines von acht Kindern aus dieser Ehe – nach dem frühen Tod von Minna heiratete Gustav Bajohr noch einmal – ist **Hildegard Fuchs** geborene Bajohr, die Mutter von Frau Lange. Sie ist heute 88 Jahre alt und leider an ihre Wohnung gebunden, kann auch nicht mehr zu einem Heimattreffen fahren, auf dem sie vielleicht Kontakt zu ehemaligen Bekannten oder Verwandten erhalten hätte, denn dieser war jahrzehntelang nicht zustande gekommen. Erst als die Grenzen offen waren, ging Angelika Lange auf Verwandtensuche, fand auch einen Bruder ihrer Mutter und überraschte sie damit an deren 75. Geburtstag. Die Lebenswege der meisten Geschwister sind bekannt, die meisten sind schon verstorben, nur zwei blieben bis heute offen: die der Schwestern Charlotte und **Hertha**, die nachweisbar den Krieg überlebt haben, aber dann irgendwann und irgendwo aus dem Blickfeld der Familie verschwunden sind.

Einige konkrete Spuren gibt es zu der älteren Schwester Charlotte Bajohr, * etwa 1920 in Korschen. Es steht fest, daß sie nach Kriegsende nach Australien auswanderte. 1952 übersandte sie ihrer – inzwischen verstorbenen – Schwester **Frieda** einige Fotos, die Anfang jenes Jahres aufgenommen wurden. Aus ihnen ist ersichtbar, daß Charlotte Krankenschwester geworden war. Sie hatte geheiratet, ihr Mann hieß **Eitel** – wohl der Vorname –, namentlich gezeichnet sind andere abgebildete Personen wie Charlottes Freundin **Erny** und deren Freund mit dem seltsamen Namen „**Vofebrenn**“. Die Fotos sind unter Weinbergen, im Hospital, im Schwimmbad und in „Bükstamm“ gemacht. Auf der einem Bild ist „**Jaen Larny**, 1.Mai 1952“ vermerkt. Daß Charlotte Bajohr damals auch Europa bereist hat, beweist eine Aufnahme vom Urlaub in Schottland. Ein entfernter Verwandter erinnert sich, daß Charlotte mit ihrem Mann nach Berlin ziehen wollte. Ob sie Australien verlassen hat, gegebenenfalls wann und mit welchem Ziel, ist unbekannt. Es bleiben also viele Fragen offen, aber es gibt doch einige Anhaltspunkte, denen nachgegangen werden könnte.

Die fehlen leider gänzlich bei der jüngeren Schwester Hertha, oder sie sind so vage, daß sie kaum als solche zu gebrauchen sind. Hertha Bajohr * 26. September 1926 in Korschen, wurde im Sommer 1947 zum letzten Mal von ihrem Bruder **Herbert** in Eckernförde gesehen, der ihr durch Zufall begegnete und sich mir ihr verabredete. Die Verbindung wurde aber nicht aufrechterhalten, Hertha blieb allein in Eckernförde. Vom Kirchlichen Suchdienst wurde ermittelt, daß sie Ende 1947 unbekannt nach Rußland verzogen sei. Das erscheint der Familie nicht glaubhaft: Eine vor den Russen geflohene, junge Ostpreußin geht freiwillig nach Rußland zurück, das aus den besetzten Gebieten alle Deutschen auswies? Ist sie vielleicht in ihren Heimatort Korschen zurückgekehrt, der im polnischen Teil Ostpreußens liegt? Hat sie dort einen anderen Namen angenommen, vielleicht einen Polen geheiratet? Auch hier blieben Nachforschungen bisher ohne Erfolg. Rätsel über Rätsel. Vielleicht können unsere Leserinnen und Leser, vor allem ehemalige Bewohner von Korschen, einige Hinweise geben. Für diese veröffentlichen wir das Hochzeitsfoto von der inzwischen verstorbenen Schwester **Frieda** Bajohr, die 1934 in Neuhof geheiratet hat. Auf der auf dem Sauerbaumschen Hof gemachten Aufnahme sind auch die gesuchten Schwestern Charlotte und Hertha zu sehen. Für jeden, auch den kleinsten Hinweis wäre Angelika Lange dankbar, weil sie damit ihrer Mutter Hildegard Fuchs eine große Freude bereiten würde. (Angelika Lange, Obere Volperstraße 4 in 37170 Uslar.)

**Eure**

**Ruth Geede**

**Frieda Bajohr mit ihrer Hochzeitsgesellschaft auf dem Sauerbaumschen Hof 1934: Gesucht werden die Schwestern der Braut, Charlotte (das Mädchen in der letzten Reihe) und Hertha (in der ersten Reihe ganz rechts).** Bild: privat

Ruth Geede Foto: Pawlik

**„Unsere Familie“** auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

# Wir gratulieren ...

## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Nissen**, Rita, geb. **Rost**, aus Königsberg, jetzt Senioren Wohnheim, Beckerberg 20-22, 21279 Wenzendorf, am 24. Mai

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Grau**, Elisabeth, geb. **Süss**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Händelstraße 25, 31228 Peine, am 23. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Sauvant**, Gertrud, geb. **Rehn**, früher **Rettk**, aus Neidenburg, jetzt Augsburger Straße 761, 70329 Stuttgart, 19. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Baeck**, Heinz, aus Lyck, jetzt Zum Salzgittersee 32, 38226 Salzgitter, am 23. Mai

**Madeya/Modricker,** Gisela, aus Lötzen, jetzt Bäkekamp 40, 26215 Wiefelstede, am 22. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Burmester**, Lise, jetzt Feuergräfenstraße 12, 23879 Mölln, am 19. Mai

**Görtz**, Heinrich, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

**Kiesow**, Helene, geb. **Steinke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Bahnhofstraße 41, 04159 Leipzig, am 22. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Eiffler**, Christa, geb. **Kaesler**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Grün 4, 78465 Konstanz, am 23. Mai

**Leitzbach**, Karl, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Lessingstraße 9, 66564 Ottweiler, am 22. Mai

**Müller-Eick**, Ortrun, geb. **Schimmelpfennig**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 34, 23843 Bad Oldesloe, am 18. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Böhnke**, Rosemarie, aus Ebenrode, jetzt Schulstraße 14 b, 82166 Gräfelfing, am 23. Mai

**Cunzemann**, Edith, geb. **Justus**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Adolph-Kolping-Straße 3, 79312 Emmendingen, am 18. Mai

**Kasper**, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo und Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt ul. Slowackiego 5, 14-100 Osteroda, Polen, am 19. Mai

**Reiss**, Gertrud, geb. **Gollembusch**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Büschingstraße 12, 31655 Stadthagen, am 18. Mai

**Skupio**, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Oberlandstraße 3, 37269 Eschwege, am 20. Mai

**Vorwald**, Friedrich, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Am Breitle 7, 86156 Augsburg, am 20. Mai

**Wiese**, Lieselotte, geb. **Nischk**, aus Lyck, jetzt Heitmannstraße 53, 22083 Hamburg, am 18. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Frank**, Maria, geb. **Zürcher**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Mühlkanal 19, 72336 Balingen, am 18. Mai

**Hoffmann**, Hans-Dietrich, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Thomas-Mann-Straße 6, 10409 Berlin, am 24. Mai

**Kurrat**, Lina, geb. **Schützler**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Dorfstraße 32, 02708 Lawalde, am 22. Mai

**Weiß**, Gerhard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Carl-von-Ossietzky-Straße 38, 47447 Moers, am 24. Mai

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Umlauf**, Gerhard, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Blücherstraße 9, 24105 Kiel, am 20. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Brandstätter**, Walter, aus Barschen bei Schillfelde, Kreis Schloßberg, jetzt Unter Buschweg 24, 50999 Köln, am 23. Mai

**Dröse**, Elma, geb. **Siegmund**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schlesienweg 1, 21745 Hemmoor, am 21. Mai

**Feyerabend**, Helmut, aus Wehlau, Kirchenstraße, jetzt Rendsburger Straße 3, 24796 Bovenau, am 20. Mai

**Herrmann**, Herbert, aus Stobingen und Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 12, 42719 Solingen, am 19. Mai

**Paulsen**, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen und Klöwen, Kreis Treuburg, jetzt Westerheide 29, 25996 Wenningstedt/Sylt, am 20. Mai

**Petschulies**, Bruno, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrichstraße 18, 65232 Taunusstein, am 19. Mai

**Schunk**, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Feuerdornweg 24, 50127 Bergheim, am 24. Mai

**Seliger**, Helmut, aus Lötzen, jetzt Emminger Straße 90, 78532 Tuttlingen, am 22. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Achenbach**, Werner, aus Ebenrode, jetzt Postillionweg 27, 24113 Kiel, am 18. Mai

**Cziesklik**, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Taunusstraße 7, 36396 Steinau, am 20. Mai

**Danielzik**, Richard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Erich-Weinert-Straße 17, 39218 Schönebeck, am 24. Mai

**Drewe**, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Tegeler Haffen 8 b, 13507 Berlin, am 20. Mai

**Engelke**, Erika, geb. **Butzkies**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt In der Ecke 3, 31638 Stöckse, am 19. Mai

**Erith**, Alfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Hauptstraße 67, 29364 Langlingen, am 21. Mai

**Finfando**, Gertruda, geb. **Symanzik**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, jetzt Kosciuszki 32/3, 19-420 Kowale-Oleckie, Polen, am 22. Mai

**Froese**, Alfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt 83 Rue St. Joseph, Joj 1K0 Mont St. Gregoire, Kanada, am 19. Mai

**Gesk**, Ewald, aus Jakubben, Kreis Johannisburg, jetzt Werftstraße 9, 53117 Bonn-Rheindorf, am 17. Mai

**Grübner**, Karl-Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Blumenstraße 81, 73033 Göppingen, am 23. Mai

**Gryzewski**, Alfred, aus Lyck, jetzt Danziger Straße 10, 72202 Nagold, am 18. Mai

**Janke**, Hermann, früher **Jablonowski**, aus Neidenburg, jetzt Werraweg 49, 33689 Bielefeld, am 22. Mai

**Jedinat**, Fritz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Paul-Pfitzer-Straße 43, 72762 Reutlingen, am 19. Mai

**Koppetsch**, Martha, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, jetzt Hasencleverstraße 38, 42659 Solingen, am 23. Mai

**Lumma**, Erika, aus Neundorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Kulenkampfallee 193, 28213 Bremen, am 21. Mai

**Müller**, Horst, aus Wargenau, Kreis Samland, jetzt Eckener Straße 6, 24933 Flensburg, am 19. Mai

**Penski**, Werner, aus Lötzen, jetzt Bockhorster Weg 21, 21682 Stade, am 23. Mai

**Pries/Kalweit**, Christel, aus Lötzen, jetzt Heidkampstraße 54, 32257 Bünde, am 20. Mai

**Quitzrau/Kalinowski**, Charlotte, aus Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 23, 35066 Frankenberg/Eder, am 20. Mai

**Sievers**, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Theodorstraße 16 a, 45889 Gelsenkirchen, am 22. Mai

**Steiner**, Martha, geb. **Czezinski**, aus Altkelbonken, Kreis Sensburg, jetzt Blumenstraße 14, 75242 Neuhausen, am 19. Mai

**Thierfelder**, Marie, geb. **Heina**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfurttrift 21, 19322 Wittenberge, am 19. Mai

**Umbach**, Ruth, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Am Eckbusch 58, 42113 Wuppertal, am 20. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Danneberg**, Edeltraut, geb. **Kowalski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Holbein-Straße 65, 14612 Falkensee, am 18. Mai

**Endruschat**, Gerda, geb. **Raasch**, aus Wilkensdorfhof, Kreis Wehlau, jetzt Frankstraße 16, 17454 Zinnowitz, am 23. Mai

**Glitza**, Günther, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Petersweg 7, 22946 Großensee, am 22. Mai

**Gulbis**, Hildegard, geb. **Marrek**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Stoteler Straße 74, 27572 Bremerhaven, am 23. Mai

**Katzmarzik**, Luise, geb. **Notebohm**, aus Tapiau, Rentenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Odenwaldstraße 2, 46145 Oberhausen, am 24. Mai

**Klee**, Albert, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Metzelplatz 2, 72108 Rottenburg, am 24. Mai

**Königsmann**, Paul, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Heisenbergweg 10, 33332 Gütersloh, am 24. Mai

**Koslowski**, Kurt, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 135, 46483 Wesel, am 21. Mai

**Kreer**, Irmgard, geb. **Behrend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Im Schwalg 11, 55411 Bingen, am 24. Mai

**Krokowski**, Georg, aus Neu-Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Gutsweg 18, 38239 Salzgitter, am 22. Mai

**Lätsch**, Else, geb. **Perbandt**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kirchtal 22, 37412 Herzberg, am 21. Mai

**Lange**, Erwin, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Löns-Ring 13, 21354 Bleckede, am 24. Mai

**Neiss**, Walter, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, jetzt Carl-Friedrich-Benz-Straße 1, 86899 Landsberg a. Lech, am 22. Mai

**Neumann**, Fritz, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 186, 14482 Potsdam, am 24. Mai

**Ottmar**, Margarete, geb. **Riemann**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, jetzt Calwer Straße 16, 72202 Nagold, am 24. Mai

**Pelzer**, Gudrun, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Hermann-Korb-Straße 16, 38302 Wolfenbüttel, am 21. Mai

**Rattay**, Horst, aus Tilsit, jetzt Nadorster Straße 40, 26419 Schortens, am 21. Mai

**Ruck**, Albertine, geb. **Pleß**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, jetzt 25548 Mühlenbarbek, am 21. Mai

**Rudzki**, Ilse, geb. **Kleimann**, früher Klimaschewski, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Behrensstraße 33, 46049 Oberhausen, am 23. Mai

**Schütt**, Hildegard, geb. **Ennulat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, jetzt Am Floßbach 5, 41812 Erkelenz, am 24. Mai

**Schwark**, Ruth, geb. **Müller**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Am Hoverkamp 133, 41564 Kaarst, am 20. Mai

**Seidel**, Friedhild, geb. **Appel**, aus Ortelsburg, jetzt Kühnstraße 4, App. 266, 30559 Hannover, am 22. Mai

**Wienand**, Annaliese, geb. **Grundmann**, aus Mohrungen, jetzt Von-der-Recke-Straße 47, 44809 Bochum, am 20. Mai

## 60 Diamantene Hochzeit

**Orlowski**, Hugo, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, und Frau Antonie, geb. **Thimm**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Ringstraße 99, 51371 Leverkusen, am 24. Mai

## 50 Goldene Hochzeit

**Georgi**, Helmut, aus Schönebeck, und Frau Renate, geb. **Eidinger**, aus Wilkowen, Kreis Angerburg, jetzt Klara-Zetkin-Straße 18, 39218 Schönebeck, am 23. Mai

**Kreusch**, Edgar, aus Kischken, Kreis Ebenrode, und Frau Marianne, geb. **Kubbilum**, jetzt Hauptstraße 46, 04683 Fuchshain, am 23. Mai

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

## Prussia

**Duisburg** – Ihre Jahreshauptversammlung veranstaltet die Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußen e. V. – die Prussia – am Sonnabend, 23. Mai. 11 Uhr, im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, Duisburg. Vor Beginn des Vortragteils (10.15 bis 10.55 Uhr) besteht, ebenso wie in der Mittagspause, Gelegenheit zur Museumsbesichtigung. Prof. Dr. Hans Rothe, langjähriger Vorsitzender der „Kommission zum Studium der Geschichte des deutschen Ostens“ an der Universität Bonn, hält zwei Vorträge: 11 Uhr über „Europäisierung Rußlands“ und gegen 14 Uhr über „Politik und Kultur in slawischen Ländern, vor allem im 20. Jahrhundert“. Im Anschluß gegen 16 Uhr spricht Prof. Dr. Günter Brilla über „Neues aus Königsberg“. Gäste sind herzlich willkommen.

## Königsberger Kriegswaisen

**Bad Pyrmont –** Die ehemaligen Königsberger Kriegswaisen-Kinder (1945–1947) kommen vom 18. bis 21. September 2009 im Ostheim, Bad Pyrmont, zu einem individuellem, ungezwungenen Treffen zusammen. Kosten pro Person und Tag: 48 Euro bei VP/EZ, bei VP/DZ 42 Euro. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Helga van de Loo, Telefon (0228) 251271, oder Hannelore Neumann, Telefon (06034) 4581.

## Heimatliteratur

**Hamburg** – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

## VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

**Jahr 2009**

**24. bis 26. April**: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

**4. bis 6. Mai**: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

**16. / 17. Mai**: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland

**17. bis 23. Mai**: 10. Werkwoche in Ostpreußen (Allenstein)

**25. Juli**: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

**25. bis 27. September**: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

**25. bis 27. September**: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

**12. bis 18. Oktober**: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

**2. bis 6. November**: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

**7. / 8. November**: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

**Jahr 2010**

**6. / 7. März**: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

**26. Juni**: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

*Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg (Adreßänderung ab dem 18. März beachten!), Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im* Ostpreußenblatt *gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

## HÖRFUNK & FERNSEHEN

**Sonnabend**, 16. Mai, 21.10 Uhr, n-tv: n-tv History – Die letzte Fahrt der Wilhelm Gustloff.

**Sonntag**, 17. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

**Montag**, 18. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Schätze der Welt – Deutsches Welterbe – Der Aachener Dom.

**Montag**, 18. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Rommels Schatz.

**Montag**, 18. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Rommels Krieg.

**Montag**, 18. Mai, 22.03 Uhr, n-tv: n-tv History – Die letzte Fahrt der Wilhelm Gustloff.

**Montag**, 18. Mai, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze für den Kaiser.

**Dienstag**, 19. Mai, 20.15 Uhr, ZDF: In bester Verfassung – 60 Jahre Grundgesetz.

**Dienstag**, 19. Mai, 21 Uhr, Arte: Deutsche und Deutsche – Sind wir ein Volk?

**Dienstag**, 19. Mai, 23 Uhr, NDR: Rosenstraße.

**Mittwoch**, 20. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Die Ostsee – Von Rügen nach Estland.

**Mittwoch**, 20. Mai, 21 Uhr, Arte: Einmal Freiheit und zurück.

**Mittwoch**, 20. Mai, 21.50 Uhr, Arte: Als der Ostblock Geschichte wurde.

**Donnerstag**, 21. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Die Ostsee – Zwischen Litauen und Dänemark.

**Freitag**, 22. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Operation Luftbrücke.

**Freitag**, 22. Mai, 20.15 Uhr, WDR: Wie die Hauptstadt an den Rhein kam.

**Freitag**, 22. Mai, 20.45 Uhr, Phoenix: Die Bagdad-Bahn.

# Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

## Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Buchen** – Freitag, 15. Mai, 15 Uhr, Muttertagskaffee im Café Süd, Walldürn. Die Landeskulturreferentin Ursula Gehm hält einen Vortrag über Charlotte Kayser. Es gibt Kaffee und Kuchen „unendlich“ frei. Treffpunkt 14.30 Uhr, Musterplatz/Edeka, Buchen. – Fahrt vom 25. bis 29. Mai nach Hinterpommern. Nähere Auskünfte erteilt Frau Winkler, Telefon (06281) 8137. – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

**Heilbronn** – Die Gruppe unternahm eine Tagesfahrt nach Würzburg. Die Festung Marienberg konnte bis zum ersten Innenhof per Bus erreicht werden. Durch das im 15. Jahrhundert erbaute Scherenbergtor gelangt man in den inneren Burghof, mit dem Brunnenhaus (100 Meter in die Tiefe auf den Grund des Mains zu sehen), der Marienkirche mit Grabplatten der Fürstbischöfe und Seitenaltären, den Fürstenbau mit dem Fürstenbau-Museum. Das Mainfränkische Museum im ehemaligen Zeughaus ist ein „Schaufenster der Vergangenheit“. Über die Alte Mainbrücke, die an die Karlsbrücke in Prag erinnert, mit den Heiligen-Figuren, gelangte man in Würzburgs Innenstadt. Nach einem kleinen Rundgang über den Gemüsemarkt und einem Kurzbesuch der „Marienkapelle am Marktplatz“ ging die Gruppe ins Alte Rathaus (Ratskeller); in der Kapelle mit wunderschönen Glasfenstern waren die Tische schon gedeckt. Nach dieser so vornehmen und guten Speisung ging es, am Ufer den Main entlang zum Busparkplatz an der Friedensbrücke. Die Fahrt zur Wallfahrtskirche „Maria im Sand“ in Dettelbach führte durch das Fränkische Weinland. Die bestellte Kirchenführerin, Frau Weißmann, erklärte das großartige Portal, bevor man in Innern den viereckigen Gnadenaltar in der Mitte des Kirchenraums erblickte. Die außergewöhnlich Kanzel: Stammbaum Jesu aus den Wurzeln Jesse, die mit 40 Figuren bis über das Kanzeldach bestückt ist. In den Kirchenbänken sitzend stimmte die Gruppe das „Großer Gott wir loben Dich“ an. Seit über 500 Jahren kommen die um Hilfe Bittenden zum Gnadenbild der Pieta der Schmerzensmutter. Das Cafe im Schloß in Marktbreit war die Adresse fürs gemütliche Kaffeetrinken. Auf der Heimfahrt wurde dem Fahrer des Busses eine Dankes-Hymne gesungen. Dank sei auch dem Kreisvorsitzenden der Ostpreußen Heinz Dombrowski (80) für die Organisation dieser sehr aufschlußreichen Tagesfahrt gesagt.

**Pforzheim** – Mittwoch, 20. Mai, 19 Uhr, 125. Preußische Tafelrunde im Parkhotel Pforzheim, Salon Dachgarten. Dr. Egon Freitag vom Goethe-Institut Weimar spricht über „Simon Dach und Ännchen von Tharau“. Der in Memel geborene Dichter der Barockzeit Simon Dach, wurde mit seinem Gedicht „Anke van Tharaw“ (prußische Sprache) berühmt. Dieses Gedicht wurde später von Johann Gottfried Herder in „Ännchen von Tharau“ übertragen und von Friedrich Silcherr vertont. Während des 30jährigen Krieges wurde Simon Dach der führende Kopf bekannter Dichter, die sich in der „Kürbishütte“ trafen. Das Gartenhaus des Königsberger Domorganisten Heinrich Albert wurde so benannt und zum Treffpunkt der erlesenen Dichtergruppe des 17. Jahrhunderts, die dort musizierte und eigene Gedichte vorlas. Ein typisch ostpreußisches Gericht mit Nachtisch wird angeboten und ist im Eintrittspreis von 16 Euro enthalten. Zur Umrahmung des Vortrages werden Lieder nach Gedichten unter anderem von Simon Dach durch die Singgruppe Elchschaufel (Leitung Ralph Demski) und den Bariton Huhn-Rohrbacher gesungen. Aus Platzgründen ist eine Anmeldung Voraussetzung für eine Teilnahme. Anmeldung bei der Geschäftsstelle, Telefon (07231) 564539.

**Schwäbisch Hall** – Mittwoch, 17. Juni, Tagesfahrt der Gruppe zum Kloster Brombach. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, Anmeldungen an Eli Dominik, Telefon (0791) 72553.

**Stuttgart** – Dienstag, 27. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Der Nachmittag mit Uta Lüttich steht unter dem Motto: „Der Mai ist gekommen – Muttertags- und Pfingstbräuche“. – Die Gruppe veranstaltete Ende April ihre Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Der Begrüßung der Mitglieder durch Helmut Urbat folgte die Totenehrung der verstorbenen Mitglieder durch eine Schweigeminute. Nach Rechenschaftsbericht, Kassenbericht, Bericht der Frauengruppenleiterin und dem Bericht der Kassenprüfer erfolgte eine kurze Aussprache und die Entlastung des Vorstands durch Dr. Ernst Kullak, Mitglied des Ältestenrates. Der bisherige erste Vorsitzende, Helmut Urbat, stand für sein Amt aus gesundheitlichen Gründen für eine weitere Amtszeit leider nicht mehr zur Verfügung. Zum neuen Vorstand wurde von den Mitgliedern der Jahreshauptversammlung einstimmig gewählt: Erster Vorsitzender Klaus-Peter Okun, Zweite Vorsitzende Margarete Sorg, Kassenwart Helmut Urbat, Leiterin der Frauengruppe Uta Lüttich, Karteiführung Waltraud Oesswein, Kassenprüfer Josepha Langwald und Marie-Luise Gervais. Der Posten des Schriftführers wurde kommissarisch mit Frau Inge Hördt besetzt. Auf Antrag von Dr. Ernst Kullak wurde außerdem der bisherige Erste Vorsitzende für seine Verdienste und die langjährige Tätigkeit von der Jahreshauptversammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Ebenso einstimmig wurde Dr. Klaus Neumann als neues Mitglied in den Ältestenrat gewählt. Die Jahreshauptversammlung fand in entspannter und harmonischer Atmosphäre statt, ohne aber die Wichtigkeit und Sachlichkeit außer Acht zu lassen.

**Ulm / Neu-Ulm** – Donnerstag, 14. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe. Mit der Linie 1 bis Haltestelle Wohnpark Friedrichsau, Einkehr im Café Schubert. – Sonnabend, 23. Mai, 14.30, Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

## Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Ansbach** – Sonnabend, 30. Mai, geplant ist etwas zum 60jährigen Bestehen der Gruppe.

**Bamberg** – Mittwoch, 20. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Muttertagsfeier in der Gaststätte Tamobosi, Promenade, Bamberg.

**Hof** – Die Gruppe Hof hatte zu ihrer „Jubiläumsfeier 60 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof“ in den Sitzungssaal im Landratsamt Hof, die Mitglieder aus Hof und dem Umland herzlich eingeladen. Rund 100 Mitglieder und Gäste waren der Einladung gefolgt. Ganz bewußt wählten die Heimatvertriebenen als Begegnungsort für ihre Jubiläumsfeier das Landratsamt, schließlich unterzeichnete Landrat Bernd Hering hier die Partnerschaftsurkunde mit dem polnischen Landkreis Ilawa (Deutsch Eylau). Christian Joachim, der seit über 25 Jahren Vorsitzender der Landsmannschaft ist, sagte seine volle Unterstützung zu. Landrat Bernd Hering wies auf die besondere Rolle der Heimatvertriebenen beim Aufbau des Landkreises hin: Das war eine schier unvorstellbare Leistung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung der 43 000 Flüchtlinge ist gelungen, so sein Fazit. An die Adresse der 50 Gruppenmitglieder gewandt meinte er, daß diese sich für ein vereintes Europa eingesetzt haben, ohne Rache und Vergeltung, ohne Revanchismus und in echter Heimatverbundenheit. Grußworte sprachen auch der Bundestagsabgeordnete Horst Friedrich aus Bayreuth sowie die Vertreter der weiteren Vertriebenenverbände und des Stadtrats. Ausgestaltet wurde der Nachmittag durch die Ostpreußische Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta Starosta und dem Gemischten Chor Hof-Moschendorf 1906. Friedrich Wilhelm Böld, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Bayern sagte in seinen Grußworten, es wäre den Vertriebenen lieber gewesen, es hätte keinen Grund zur Gründung einer Landsmannschaft gegeben. Insgesamt seien zwei Millionen Ost- und Westpreußen vertrieben worden. Sie haben nicht gemurrt, sondern zugepackt, aufgebaut und etwas geschaffen. Er rief die Gruppe auf, engagiert weiterzumachen. Der erste Vorsitzende der Gruppe Hof und stellvertretender Landesvorsitzender der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Bayern, Christian Joachim, gab einen Rückblick auf die Höhepunkte der Kreisgruppe in den vergangenen Jahren, und wies auf die Ziele und die Bedeutung der kulturellen und politischen Aufgaben in der heutigen Zeit hin. Im Anschluß an die Festveranstaltung fand ein Stehempfang statt. Gleichzeitig wurde im Foyer des Landratsamtes die Fotoausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren des 1949“ geborenen polnischen Fotografen Mieczslaw Wieliczko eröffnet. Alle seine Fotos – zyklisch aufgenommen in den vier Jahreszeiten – enthalten Wasser in irgendeiner Form, sei es der Regen, der Tau, der Nebel oder der Schnee. Mieczslaw Wieliczko wurde für seine Arbeiten und Werke 2000 in Hannover auf der Expo und im gleichen Jahr auch auf der Buchmesse in Frankfurt/Main ausgezeichnet. Die beindruckende Fotoausstellung ist im Foyer des Landratsamtes Hof bis Ende Mai 2009 zu sehen und wird vom Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen zur Verfügung gestellt.

**Ingolstadt** – Sonntag, 17. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

**Landshut** – Sonnabend, 16. Mai, Sommerfest im Haus der Heimat im Hof der Martinsschule, Landshut. – Sonnabend, 19. Mai, 14. Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“.

**Memmingen** – Mittwoch, 20. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

**Nürnberg** – Vom 28. Mai bis 1. Juni findet in Masuren ein Pfingstlager statt. Anfragen bitte an den Vorstand.

**Rosenheim** – Freitag, 15. Mai, 11.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer „Fahrt ins Blaue.“ Abfahrt ab „Höhensteiger“ oder Loretowiese. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Frau Klink, Telefon (08031) 88133.

**Weißenburg-Gunzenhausen** – Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Abendessen im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Es gibt schlesische Bratwurst mit Kartoffelsalat, anschließend Lesung aus den Werken des ostpreußischen Schriftstellers Siegfried Lenz, dargeboten von Marie-Luise Rossius.

## Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

**Rastenburg** – Sonntag, 17. Mai, 15 Uhr, „Stammhaus“, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Frau Sontag, Telefon (033232) 21012.

## Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

**Bremerhaven** – Freitag, 22. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Videonachmittag „Ostpreußen 1937“. – Freitag, 22. Mai, 15 Uhr, Landesdelegiertenversammlung Vegesack mit Delegierten aus Bremerhaven. – Zum Kulturnachmittag der Gruppe waren 34 Landsleute erschienen, da der größte Teil des Vorstandes und vieler Mitglieder zur Beerdigung von Hilda Eichholz gefahren waren. Ihr wurde in einer Schweigeminute gedacht. Nach dem Kaffeetrinken wurde ein 50minütiger Film über das „Romantische Masuren – Land der tausend Seen“ gezeigt, den Kassenwart Wolfgang Paul per Eilbote aus Leipzig besorgt hatte und der großen Beifall fand, zumal einige der Anwesenden die Orte und vor allem Badegelegenheiten ihrer Jugendzeit wiedersahen. Leider erschien der Film etwas blaß, denn das „Barlach-Haus“ hatte nach der Renovierung des Hauses noch nicht die Gardinen wieder anbringen können, so daß das Sonnenlicht doch tüchtig störte. Nach kurzen technischen Anfangsschwierigkeiten sah man eine wunderschöne Landschaft: von Allenstein und Lyck bis hin nach Prostken. Aber auch erschreckende Bilder des Verfalls, der Vernichtung uralten deutschen Kulturguts. Der objektive Film weckte bei allen Anwesenden die Erinnerung an alte Zeiten, wozu das von Barbara Sandmann vorgetragene Gedicht „Heimweh“ (Agnes Miegel) gut paßte. Zum Erschrecken des Kassenwarts, der große Schwierigkeiten mit einer halbwegs gerechten Kuchenverteilung hatte, waren statt der angemeldeten 20 Mitglieder der erst 34 erschienen. Deshalb hier nochmals die dringende Bitte

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

an alle Mitglieder: Sich rechtzeitig anzumelden! Zukünftig wird nur derjenige Kuchen serviert bekommen, der sich telefonisch bei Familie Paul, Telefon 86176, angemeldet hat.

## HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

**Sonnabend**, 22. August, 8 Uhr, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Weitere Informationen beim LvD. Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon und Fax (040) 346359, oder bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304.

HEIMATKREISGRUPPEN

**Elchniederung** – Mittwoch, 27. Mai, 10.30 Uhr, Treffen der Gruppe am ZOB Hamburg, Kirchenallee, Firma Hamburger Sport, zum Ausflug der Gruppe aus Anlaß von „20 Jahre Elchniederung in Hamburg". Die Fahrt geht nach Glückstadt. 12 Uhr, Matjesessen im „kleinen Heinrichs" (es gibt auch Schnitzel). Weiterfahrt nach Itzehoe, wo im Café Königsberg gegen 15.15 Uhr eine Kaffeetafel abgehalten wird, dazu ostpreußische Unterhaltung mit Dr. Udo Pfahl. Mitglieder haben die Fahrt frei. Nichtmitglieder zahlen 30 Euro pro Person. Anmeldung bei Ruth Rehn, Telefon (040) 7509747. Die Fahrtkosten bitte überweisen auf folgendes Konto: Ruth Rehn, Einlagedeich 34, 21109 Hamburg, Konto: 444254919, BLZ 20190003, Hamburger Volksbank. Anmeldungen bis zum 25. Mai.

**Heiligenbeil** – Freitag, 22. Mai, 8.30 Uhr, Tagesausfahrt der Gruppe nach Hitzacker, und weiter durch die Nemitzer Heide ins Wendland nach Gorleben. Abfahrt: 8.30 Uhr, Bahnhof-Harburg, 9 Uhr, Hamburg ZOB. Fahrpreis inklusive Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Reiseleitung und Museumsbesuch 39 Euro. Anmeldungen bis zum 20. Mai bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.

**Insterburg** – Mittwoch, 3. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Gemütliches Beisammensein und Schabbern. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

**Sensburg** – Sonntag, 17. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein mit Singen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

**Billstedt** – Dienstag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

**Harburg-Wilhelmsburg** – Montag, 25. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Pfingsten: „das neue Kleid, de witte Büx, und andere Brauchtümer in Stadt und Land".

SALZBURGER VEREIN

1732

**Sonnabend**, 16. Mai, 13 Uhr, Treffen der Mitglieder im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor. Neben Neuigkeiten wird ein Video: „Salzburger in Amerika" gezeigt. Anschließend folgt die Vorstellung und Wahl des neuen Landesgruppenleiters.

## HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

**Darmstadt** – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel geht es mit einem musikalischem Trio und Gesang in den Frühling.

**Dillenburg** – Mittwoch, 27. Mai. 9 Uhr, Tagesausflug mit dem Bus zum Schlesischen Museum. – Auf der letzten Monatsversammlung konnte Lothar Hoffmann wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen. Nach dem Kaffeetrinken, bei dem schon tüchtig plachandert wurde, sprach Hans Löhner über das Erzgebirge, das die Grenze zwischen Deutschland und Böhmen bildet. Eine Redensart besagt, daß alle Wasser Böhmens nach Deutschland fließen: die Elbe, die im angrenzenden Riesengebirge entspringt, und Moldau und Eger, die in die Eibe münden. Wenn im Frühling die Schneeschmelze und dazu noch starker Regen die Flüsse füllen, kann es zu Hochwasser bis Dresden und darüber hinaus kommen. Böhmen wird nach Norden zu außer vom Erzgebirge vom Fichtelgebirge, dem Elstergebirge und dem Elbsandsteingebirge, der sogenannten „sächsischen Schweiz" begrenzt, der Böhmerwald im Westen heißt jenseits der Grenze „Bayrischer Wald". Nach Böhmen hin fallen diese Gebirge steil, nach Deutschland zu flacher ab. Überall wurde Bergbau betrieben, deshalb riefen bereits im 12. Jahrhundert böhmische Herrscher deutsche Bergleute ins Land und es entstanden über 50 von Deutschen besiedelte Bergstädte. In Joachimsthal wurde außer Silber, aus dem unter anderem die „Taler" geprägt wurden, auch Uran abgebaut, das man zunächst zum Färben von Glas verwendete. Böhmisches Glas ist berühmt in aller Welt. Später entdeckte die französische Chemikerin Marie Curie andere Eigenschaften des Urans. Annaberg wurde durch das Silber reich und hatte bereits im 12. Jahrhundert 12 000 Einwohner. In Graupen wurde Zinn abgebaut. Johanngeorgenstadt war für seine Kalivorkommen und dadurch bedingt für Porzellanherstellung bekannt. Kohle wurde von Walkenau bis Aussig im Tagebau gewonnen. In Grasitz baute man Musikinstrumente, Holz gab es ja im Erzgebirge genug. Bekannt ist außerdem das Egerland, von dessen Bewohnern nach der Vertreibung 1946 viele rund um Herborn und Dillenburg ansässig wurden. In Eger erbaute Kaiser Barbarossa eine Pfalz, wo er und sein Hofstaat sich oft monatelang aufhielten; dort wurden auch Reichstage abgehalten, und der Feldherr des 30jährigen Krieges, Wallenstein, wurde in seinem Schloß in Eger ermordet. Wallenstein besaß durch Schenkungen für seine Leistungen mehrere Schlösser, so auch Dux, wo Casanova zeitweilig als Bibliothekar arbeitete. Tiplitz-Schönau war das erste Thermal-Heilbad in Böhmen, noch vor Karlsbad und Marienbad. Als im 16. Jahrhundert die Erzvorkommen ziemlich erschöpft waren, und die Bergleute arbeitslos wurden, lernten sie, aus dem Holz, das ja reichlich vorhanden war, in Heimarbeit Spielzeug und Weihnachtsdekorationen wie Pyramiden und Lichterbogen zu schnitzen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden vor allem die Kohlegruben wieder aktiviert, und zwar im Tagebau. Es entstanden riesige Gruben und Abfallhalden. Kraftwerke verschmutzten die Luft. Viele Ortschaften mußten dem Tagebau weichen, verschwanden ganz oder wurden viele Kilometer entfernt neu gebaut. Da nun auch Uran gebraucht wurde, entstanden auf tschechischer und deutscher Seite des Erzgebirges „Wismut"-Bergwerke, wo zum großen Teil Strafgefangene arbeiten mußten. Das Erzgebirge ist noch immer stellenweise eine trostlose, menschenleere Land-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

schaft, obwohl einiges renaturiert wurde. Hans Löhner stammt selber aus Aussig und hat in jungen Jahren mit Eltern und Verwandten dort viele Ausflüge unternommen.

**Hanau** – Der Kulturreferent Kurt Andreas begrüßte die Teilnehmer auf dem beliebten Frühlingsfest der Gruppe. An den mit Blumen geschmückten Tischen ließ man sich zunächst den von der Gruppe gespendeten Kaffee und Kuchen schmecken. Lm. Schulz unterhielt die Gäste mit fröhlichen Melodien, zu denen kräftig mitgesungen wurde. Kurt Andreas berichtete von einer Reisen nach Tharau und der Begegnung mit einem kleinen Ännchen. Außerdem brachte er ostpreußische Begriffe zu Gehör. Dorle Wein las eine Geschichte vom Masur: „Wie Masuren zu seinem Namen kam". Frühlingsgedichte wurden dazwischen vorgetragen. Es war ein schöner Nachmittag, der allen Gästen gut gefiel. Lieselotte Schneider nahm rund 20 Anmeldungen für die Halbtagsfahrt in den Odenwald zum „Uhrenschorsch" entgegen.

**Wetzlar** – Beim letzten Treffen berichtete der Rechtsanwalt und Notar Klaus Wolf über die Bauerhaltung seiner Heimatkirche in Arnau bei Königsberg. Die der Heiligen Katharina von Alexandrien gewidmete Wallfahrtskirche sei 1945 von Kriegseinwirkungen verschont geblieben. Bald danach sei das Gebäude jedoch der Plünderung und dem Verfall preisgegeben gewesen, ehe es schließlich von der örtlichen Kolchose zu einem Getreidespeicher umfunktioniert worden sei. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten sich frühere Bewohner von Arnau und an der Erhaltung ostdeutscher Kulturgutes interessierte Bürger die Restaurierung der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Deutschordens-Kirche zur Aufgabe gemacht. Inzwischen sei in Zusammenarbeit mit den zuständigen russischen Behörden das Gebäude in seinen ursprünglichen Zustand „zurückgebaut" worden, führte Wolf aus. Sogar eine Glokke habe in dem neu errichteten Turm wieder Platz gefunden. Neben den 25 Mitgliedern des gemeinnützigen Kuratoriums Arnau habe sich auch die deutsche Bundesregierung an der Finanzierung des Projekts beteiligt. Möglicherweise könne der Kirchenraum als Konzert- und Vortragssaal genutzt werden. die evangelisch-lutherische Kirche in der Königsberger Region hat bis jetzt keine Verwendung für das Gebäude gefunden. Einer der Gründe ist das Fehlen evangelischer Christen in Arnau (Marjino). Anstehen tut noch die Restaurierung der für Ostpreußen einmaligen Wandfresken. Daß die russische Regierung das Bestreben, deutsches Kulturgut zu erhalten, achte, zeige sich daran, daß sie die Arnauer Kirche inzwischen unter Denkmalschutz gestellt hat. Nähere Informationen erteilt das Kuratorium Arnau e.V., Dr. Walter T. Rix, Zur Kronsbek, 24214 Lindhöft, Telefon (04346) 2998038.

**Wiesbaden** – Sonnabend, 23. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Ulrich Janzen hält einen Diavortrag über: „Danzig – Die Kron' in Preußen". Zuvor ist Zeit für Plachandern bei Kaffee und Kuchen. – Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat in der Jahreshauptversammlung über die vielfältigen Aktivitäten im vergangenen Jahr, die den Zusammenhalt der Gruppe fördern und an die unvergessene Heimat erinnern sollen. Bei den monatlichen Treffen mit überwiegend heimatbezogenen Themen, kam auch die Geselligkeit zu ihrem Recht: so beim Sommer-Gartenfest, Operetten-Nachmittag und bei der Fastnachtssitzung. Zum Höhepunkt des Jahresprogrammes zählte neben dem „Tag der Heimat" die Bus-Rundreise durch das Südliche und nördliche Ostpreußen mit 38 Teilnehmern. An heimatlichen Gerichten konnten sich die Landsleute bei den monatlichen Stammtischen erfreuen. Dem Schatzmeister Christian Wnuck bestätigten die Kassenprüfer, Margot Schittko und Peter Gutzeit, eine einwandfreie Rechnungsführung. Mit den Geldspenden zur Weihnachtszeit greift die Gruppe neun deutschstämmigen Familien in Ost- und Westpreußen unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht einmal für das Allernötigste reicht. Über die Aktivitäten der Frauengruppe berichtete deren Vorsitzende Helga Kukwa. Auf dem Programm standen heimatliche Brauchtumspflege, Gesang, Diavorträge und Tagesausflüge. Der Frauenchor unter Leitung von Ehrentraud Gerlach erfreute die Zuhörer nicht nur bei den eigenen Monatstreffen, sondern auch mit Auftritten bei anderen Gruppen, befreundeten Vereinen, beim „Tag der Heimat", bei Seniorenveranstaltungen in der Weihnachtszeit und in Alten- und Pflegeheimen. Im Anschluß an den offiziellen Teil zeigte Dieter Schetat Dias aus dem Leben der Gruppe, die mit 220 Mitgliedern die Größte innerhalb der Landesgruppe Hessen ist.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

**Landesgruppe** – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Königsberg 20. bis 26. Mai; Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn–Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg–Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen–Vilnius–Memel–Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift / Telefon.

**Neubrandenburg** – Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.

## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Braunschweig** – Mittwoch, 27. Mai, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Andreas Hartmann liest: „Man kann ruhig darüber reden". Heinrich Spoerl, dessen „Feuerzangenbowle" wohl allgemein bekannt ist, hat diese Erzählung verfaßt. – Bei der letzten Zusammenkunft brachte Fritz Pauluhn Ostpreußisches in Mundart und Platt. Dabei wurde klar, daß Platt eine eigenständige Sprache ist, die erhalten werden muß. Bei Mundart handelte es sich um abgewandeltes, oft in die Breite gezogenes Hochdeutsch, an dem die Landsleute überall erkannt werden. Der Referent gab viele Beispiele zu diesem Thema, die zum Lachen anregten. So zum Beispiel die „Totenwache bei Frau Grigoleit", bei der am Schluß getanzt wurde, nachdem man gut gegessen und getrunken hatte. Das erste Telefon im Ort ließ Oma befürchten, daß der Weltuntergang bevorstände. Es war für alle ein heiterer Nachmittag, für den dem Referenten viel Beifall gezollt wurde.

**Buxtehude** – Sonnabend, 23. Mai, 15 Uhr, Literatur-Kaffee im „Hoheluft", Stader Straße 15. Gerold Plewa referiert über „Ännchen von Tharau – Leben, Liebe, Leid". Anschließend gemütliche Kaffeetafel. Anmeldung bis spätestens 20. Mai.

**Göttingen** – Die Gruppe wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren anbieten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 20. Mai 2009 an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September 2009 an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

**Hannover** – Sonnabend, 23. Mai, gemeinsame Fahrt mit den Westpreußen zur Preußenausstellung nach Nienburg und zum Spargelessen. Anschließend ist ein Besuch in Steinhude vorgesehen. Um Anmeldung wird gebeten. Die geplante Fahrt zum Ostpreußenmuseum in Lüneburg wurde verlegt.

**Holzminden** – Donnerstag, 21. Mai, Treffen der Orchideenwandergruppe an der Stadthalle zwecks Fahrgemeinschaft zum Burgberg. Anschließend ist Kaffeetrinken im „Felsenkeller" angesagt.

**Osnabrück** – Mittwoch, 20. Mai, Fahrt der Frauengruppe nach Lüneburg. Gäste sind herzlich willkommen. Information und Anmeldung bei Mariann Regier, Telefon (0541) 14126. – Donnerstag, 28. Mai, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bonn** – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395. – Die Gruppe ist nun auch im Internet vertreten: www.ostpreussen-bonn.de Für Verweise (sogenannte „Links") auf dieses Seite wäre der Vorstand dankbar. Verlinkungswünsche, Hinweise und Anregungen bitte an den Kassenwart Wilhelm Kreuer, Telefon (tagsüber): (0228) 6824964, Telefon (privat) (02246) 5100, Fax (0228) 682884964, E-Mail: w.kreuer@arcor.de

**Dortmund** – Montag, 18. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Ecke Märkische Straße.

**Düsseldorf** – Dienstag, 19. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Agnes Neumann und Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH. – Mittwoch, 20. Mai, 19 Uhr, Treffen der Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova, Eichendorff-Saal, 1. Etage, GHH.

**Ennepetal** – Donnerstag, 21. bis Sonnabend, 30. Mai, zehntägige Ostpreußenfahrt unter dem Motto: „Auf den Spuren von Nicolaus Copernicus".

**Essen** – Freitag, 15. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stammlokal Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45128 Essen, in der Nähe des RWE-Turmes. Zusammen mit Herrn Wermter werden Mai- und Frühlingslieder gesungen.

**Gevelsberg** – Freitag, 22. Mai, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein mit Musik im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

**Gütersloh** – Montag, 18. Mai, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Montag, 25. Mai, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343.

**Lüdenscheid** – Sonntag, 17. Mai, 15 Uhr (Einlaß 14 Uhr), Feier zum 60jährigen Bestehen der Gruppe im Kulturhaus der Stadt Lüdenscheid. Im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung wird die Landeskulturreferentin, Dr. Bärbel Beutner, den Festvortrag halten. Außerdem wird ein anspruchsvolles Kulturprogramm die Gäste erfreuen. Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen.

**Neuss** – Eine Reise nach Ostpreußen. Die Gruppe Neuss unternimmt dieses Jahr vom 28. Juli bis 6. August eine Busreise nach Ostpreußen mit vielen interessanten Führungen und Besichtigungen. Von Neuss über Stettin, Köslin, Stolp, Danzig, Marienburg, Frische Nehrung, Frauenburg, Allenstein,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

## Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Lötzen, Thorn. Im Programm bietet man eine Fahrt auf dem Oberland-Kanal, den Rollbergen, dort werden die Schiffe mit Wasserkraft über verschiedene Ebenen gezogen. Auch wird eine Schiffsfahrt auf den masurischen Seen gemacht. Sie erleben die Johannisburger–Heide, in der Sie Natur pur haben. Besichtigen Sie die Marienburg, den größten Backsteinbau Europas, die nach der großer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Die Übernachtungen sind in guten polnischen Mittelklassehotels mit Halbpension. Erleben Sie Ostpreußen in seiner ganzen Schönheit. Sicherlich haben Sie schon viele Filme in den Medien über Ostpreußen gesehen, es ist aber kein Vergleich, diese Schönheit in natura zu erleben. Auf der gesamten Reise wird großer Wert darauf gelegt, daß es keine Hektik gibt und Sie das reichhaltige Programm in Ruhe erleben und genießen können. Natürlich ist man mit einer deutschsprachigen Reiseleitung unterwegs. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078.

**Siegen** – Sonntag, 17. Mai, 15 Uhr, Gedenkveranstaltung der Gruppe Lüdenscheid im Kulturhaus Lüdenscheid, anläßlich des 60jährigen Bestehens dieser Gruppe. Es erwartet die Teilnehmer ein abwechslungsreiches Programm: unter anderem der ostpreußische Singkreis Lüdenscheid, die Volkstanzgruppe aus Sachsen/Thüringen, neben Liedern und Gedichten wird ostpreußisches Kulturgut zum Verkauf angeboten. Es besteht auch die Gelegenheit, die ostdeutsche Heimatstube in Lüdenscheid zu besuchen. Der Vorsitzende Olbricht und Kulturwart Schneidewind bitten um rege Teilnahme. Informationen und Anmeldung bei Herrn Olbricht, Telefon (02738) 8847

**Witten** – Donnerstag, 28. Mai, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe unter dem Motto: „Aus den Heimatstädte – Landsleute erzählen“.

### RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Mainz** – Freitag, 15. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 22. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

**Neustadt an der Weinstraße** – Sonnabend, 6. Juni, 9.45 Uhr, Tagesausflug der Gruppe vom Neustadter Hauptbahnhofsvorplatz. Mit dem Zug geht es nach Wachenheim. Nach einem 15minütigen Spaziergang erreicht man die Sektkellerei Schloß Wachenheim. Dort nimmt die Gruppe an einer Führung teil und verkostet anschließend drei verschiedene Sekte. Zum Mittagessen und gemütlichen Beisammensein begibt man sich in eine nahegelegene Gaststätte. Die Kosten für Bahnfahrt, Führung und Sektprobe belaufen sich auf 10 Euro. Verbindliche Anmeldungen an Manfred Schusziara, Telefon (06321) 1873699, bis zum 30. Mai.

### SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

**Landesgruppe** – Unter dem Titel: „Wie haben Sachsen verändert“ läuft noch bis zum 5. Juni im Bürgerfoyer des sächsischen Landtags in Dresden eine Ausstellung, die sich mit dem Thema Vertreibung beschäftigt. Folgende Schwerpunkte finden dabei Berücksichtigung: 1. Die Vertriebenen vor der Vertreibung, 2. Flucht und Vertreibung, 3. Flüchtlinge / Vertriebene in Sachsen (in der SBZ, der DDR nach der Wende). Diese Ausstellung wurde zusammen mit anderen Landsmannschaften in Sachsen konzipiert.

### SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

**Aschersleben** – Mittwoch, 20. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hekknerstraße 6, Aschersleben.

**Dessau** – Montag, 18. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

**Magdeburg** – Dienstag, 19. Mai, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 19. Mai, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 22. Mai, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

**Stendal** – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.

### Sommerakademie Sticken

**Bad Pyrmont / Ostheim** – Das Ostheim führt auch im Jahr 2009 wieder die Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten.

Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 27. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Montag, 3. August 2009 nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 403 Euro im Doppelzimmer, 445 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

*Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.*

### SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

**Mölln** – Mittwoch, 27. Mai, Treffen der Gruppe im „Quellhof“, Mölln. – Der L.A.B.-Singkreis („Lange Aktiv Bleiben“) war bei der Gruppe zu Gast, und viele waren erschienen um dessen Darbietungen zu lauschen. Unter der Leitung von Rita Küster wurden Frühlingslieder, Gedichte und Geschichten vorgetragen. Besonderen Anklang fand das von Frau Küster vorgelesene „Märchen für Erwachsene“ von Hans Friedrich Blunck, über ein Buschwindröschen. Irmingard Alex las Texte von Agnes Miegel, Eduard Mörikke und Marion Lindt.

**Pinneberg** – Sonnabend, 30. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Eigenprogramm mit Singen, Spielen und Geschichten.

**Uetersen** – Dienstag, 23. Juni, Sommerausfahrt nach Neustadt/Ostsee. Es werden noch Mitfahrer gesucht. Anmeldungen und Informationen beim stellvertretenden Vorsitzenden Jochen Batschko, Telefon (04122) 82403. – Auf der letzten Zusammenkunft konnte die Vorsitzende Ilse Rudat den Historiker Dr. Manuel Ruoff von *der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* zu einem geschichtlichen Vortrag begrüßen. Sein Thema war die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 in Masuren. Der während des Ersten Weltkrieges 1916 mit Hilfe des Deutschen Reiches gegründete neue polnische Staat mit der Hauptstadt Warschau nutzte die militärische Niederlage Deutschlands, als die deutsche Regierung angesichts der Übermacht der Kriegsgegner um einen Waffenstillstand nachsuchen mußte und stellte Gebietsforderungen. Im Versailler Friedensdiktat wurde Polen fast das ganze Westpreußen und Oberschlesien zugesprochen. Das reichte den Polen aber immer noch nicht. Mit der Unterstützung von Frankreich wurde Masuren, der Regierungsbezirk Allenstein, zum Abstimmungsgebiet erklärt und von englischen und italienischen Besatzungstruppen besetzt. Zur Volksabstimmung am 11. Juli 1920 reisten viele Masuren, die sich außerhalb Masurens aufhielten, in ihre Heimat. Die Abstimmung, die unter alliierter Aufsicht erfolgte, ergab eine überwältigende Mehrheit für Deutschland. In den zehn Landkreisen, in denen abgestimmt wurde, stimmten 98 Prozent für Deutschland und nur zwei Prozent für Polen. Die Vorsitzende Ilse Rudat bedankte sich im Namen aller Zuhörer beim Referenten für seine ausgezeichneten und interessanten Ausführungen.

### THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

**Sömmerda** – Die Kunstpreisträgerin 2007 des BdV-Landesverbandes Thüringen, Anita Buchheim, aus Leubingen, gehört zur Gruppe. Obwohl sie gesundheitliche Probleme hat, ließ die fast 83jährige es sich nicht nehmen, das was sie bewegt, selbst vorzutragen. An diesem Heimatnachmittag ging es nicht um die Werke der Autorin „Blondinen wurden aussortiert“ und „Sehnsucht nach dem Wind“, sondern um die Aufarbeitung der Geschichte zwischen Deutschland und dem Nachbarn Polen, speziell das Heimatgebiet und die Bewohner von Schlawe (Slawno). Die polnische Stiftung „Dziedzietwo“, an der Spitze der polnische Landrat von Schlawe (Slawno), hatte deutsche und polnische Zeitzeugen zu einem Wettbewerb aufgerufen. Thema war das schicksalsschwere Zusammenleben in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. Zu den etwa 20 Zeitzeugen, die zu einer Auszeichnung im Museum „Schloß der pommerschen Herzöge“ in Rügenwalde (Darlowo) gerufen wurden, gehörte auch Frau Buchheim. Sehr bewegt berichtete die Ausgezeichnete über diese Begegnung zwischen den Völkern, und vor allem über das Ergebnis. „Persönliche Erinnerungen und Erlebnisse erlauben den jetzigen Bewohnern der Region und uns die Wahrheit über zwischenmenschliche Beziehungen während der furchtbaren Zeit des Krieges und der Zeit danach besser kennenzulernen und zu verstehen.“ Bedeutungsvoll war, daß diese Initiative von Polen aus ging. Das zeugt davon, daß die Geschichte immer mehr als europäische Geschichte empfunden wird, die es gilt der nachwachsenden Generation zu vermitteln. Man war sich einig, daß die Kenntnis der Geschichte, vor allem die der heimatlichen Gegend, ein wichtiger Baustein des neuen Europas ist, in dem die Völker im gegenseitigen Verständnis und in Toleranz leben, ohne gegenseitige Vorurteile.

### Pfingstfreizeit für Senioren

**Bad Pyrmont / Ostheim** – Vom 28. Mai bis 2. Juni 2009 bietet das Ostheim in diesem Jahr wieder eine Pfingstfreizeit für Senioren an. Pfingstfreizeit im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont, bei denen Sie sich richtig verwöhnen lassen können. Das Angebot umfaßt morgendliches Singen, Seniorengymnastik, Diameditationen, einen Videoabend, eine Lesung aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, einen Halbtagesausflug, Vollpension, Festtagsmenüs an den Feiertagen, eine Kaffeetafel am 1. Feiertag, die Gästebetreuung und die Kurtaxe. Außerdem lädt der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichsten Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés zum Bummeln und genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 30. Mai „Wiener Lieder“ mit Erika Pluhar im Kurtheater und am 31. Mai Pfingst-Jazz im Schloßhof. Diese fünftägige Freizeit kostet inklusiv aller oben aufgeführten Angebote im Einzelzimmer 269 Euro und im Doppelzimmer pro Person 239 Euro.

*Anfragen und Anmeldungen, bitte nur schriftlich, an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de. Anmeldeschluß ist der 18. Mai 2009 (Posteingang Ostheim).*

## Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

### ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

**Pfarrer i. R. Gerhard Mörchel wird 80** – Wie so viele junge Menschen aus unserer Heimat konnte auch Gerhard Mörchel kriegsbedingt seinen Berufswunsch Förster zu werden oder wie sein Vater Pferde zu züchten, nicht verwirklichen. Gerhard Mörchel ist am 18. Mai 1929 in Amwalde im Kreis Angerburg geboren und 1943 in der Kirche in Buddern konfirmiert. Mit Gottes Hilfe hat er die Flucht vor der Roten Armee lebend überstanden, womit zugleich sein Weg zum Studium der evangelischen Theologie vorgezeichnet war. In Kiel hatte die Familie Aufnahme gefunden. Dort machte er das Abitur und studierte danach in Kiel sowie Tübingen Theologie. Nach der Vikar-Zeit beim Landessuperintendanten des Herzogtums Lauenburg fand der Jubilar 1956 seine erste Anstellung als Pfarrer auf der einzigen deutschen Hochseeinsel Helgoland. Auf dieser Pfarrstelle verblieb er zwölf Jahre. Traditionsbewußt hißt er in seinem Garten in Lemgo zwei Mal im Jahr die Helgoländer Fahne: Am 18. April weht sie auf Halbmast zum Gedenken an die Bombardierung Helgolands im Jahr 1947 und am 1. März weht die Flagge oben am Mast, wenn auf Helgoland bis heute die Rückgabe der Insel an Deutschland im Jahr 1952 gefeiert wird. Außerdem erinnert die Ostpreußenfahne mit der Elchschaufel an die Heimat. Eine Anfrage aus Detmold ermöglichte ihm, in die Nähe der Heimat seiner Frau und damit zu deren in Hillentrup wohnenden Eltern zu ziehen. In der Detmolder Versöhnungskirche verkündete Gerhard Mörchel dann drei Jahre Gottes Wort und wurde 1971 als Pfarrer ans Klinikum Lemgo berufen. 1994 wurde aus dem aktiven Pfarrer ein Pfarrer in Ruhestand. Es folgte ein Wechsel in den Unruhestand, denn Gerhard Mörchel betätigte sich nun ehrenamtlich als Vorsitzender der ostpreußischen Gruppe Detmold. Mit seiner Frau Christel zählte er zu den ständigen Besuchern der heimatpolitischen Tagungen der Kreisgemeinschaft im Februar und der Angerburger Tage im September. Den vielen Lesern des „Angerburger Heimatbriefes“ ist er durch „Das Wort unserer Heimatkirche“ gut bekannt. Ab September 2009 wird er auch dem Kreistag unserer Kreisgemeinschaft angehören, worauf wir uns schon heute freuen. Für seine Bereitschaft in diesem Gremium mitzuwirken, sind wir ihm ebenfalls sehr dankbar. Auch in der Vereinigung ehemaliger Schüler und Schülerinnen der Hindenburg- und Frieda-Jung-Schule Angerburg wirkt Gerhard Mörchel mit. Verheiratet ist der Jubilar seit 52 Jahren mit seiner Frau Christel geb. Steinmeier, die ihn bei seinen ehrenamtlichen Aktivitäten verständnisvoll unterstützt. Die Eheleute sind dankbar für drei Kinder und vier Enkelkinder. Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert Pfarrer i. R. Gerhard Mörchel ganz herzlich zum 80. Geburtstag und wünscht ihm für die kommenden Jahre Gottes Segen, alles Gute und beste Gesundheit.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

### EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@mx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

**Junireise nach Ostpreußen** – Es tut sich nach wie vor etwas zur Förderung der Attraktivität unserer Reisen. Für die Juni-Reise konnte ein hochkarätiger Stadtführer anläßlich des ganztägigen Aufenthaltes in der alten Hauptstadt Ostpreußens, in Königsberg, gewonnen werden. Es wird eine Stadtführung geboten werden, die sich keineswegs nur auf das Ansagen historischer Gebäude beschränkt, sondern die einen deutlichen Faden in der Entwicklung bis heute aufzeigt, garniert mit vielen Informationen aus der Stadtgeschichte, aber auch mit Kommentaren vom alltäglichen Leben bis hin zu den politischen Gegebenheiten. Außerdem laufen die Bemühungen, im Dom ein Anspielen der Orgel oder Orgelkonzert zu erleben. Ähnlich kompetent soll es auch in der Elchniederung zugehen, wo mit sachkundiger Hilfe ein reizvolles Tagesprogramm zusammengestellt wird. Noch ist es in Arbeit, aber wesentliche Inhalte sollen landschaftlich reizvolle Haltepunkte und Besichtigungen von Orten und Gebäuden sowie (besonderer Wunsch!) eine Bootsfahrt auf dem Haff werden. Auf der Wunschliste steht auch die Besteigung des Kirchturms von Heinrichswalde mit einem wunderbaren Ausblick. Neben Königsberg liegt in diesem Jahr unser besonderes Augenmerk auf dem Besuch der Elchniederung. Endgültige Regelungen für die Elchniederung stehen noch aus, dennoch sind wir fest davon überzeugt, daß auch diese Reise wieder ein wunderschönes Erlebnis werden wird. Informationen und Anmeldungen bitte bei Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077.

### FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreisfischhausen.de

**Treffen des Vorstandes** – Ende April traf sich der Vorstand in unserem Heimatmuseum in Pinneberg, um das nächste Kreistreffen vom 19. und 20. September zu planen. Leider ohne Hans-Georg Klemm, der anderenorts einen Termin für einen Heimatvortrag hatte. Wir freuen uns auf unser alljährliches Zusammensein und wünschen uns eine rege Beteiligung. Kommen Sie mit der Familie. Jung und alt, alle sind herzlich willkommen. Bringen Sie Freunde und andere interessierte Menschen mit, damit wir unsere Geschichte an die nachfolgende Generation weitergeben können und Ostpreußen lebendig bleibt. Laßt uns bei Pillkaller und Butterkuchen ein paar fröhliche Stunden verbringen. Ein unterhaltsames

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Rahmenprogramm und Filmvorführungen erwarten uns. Die Erinnerungen werden dabei sicher nicht zu kurz kommen. Gleichzeitig haben wir ein monatliches geselliges Treffen im Heimatmuseum in Planung. Anregungen und Interessenten finden in Frau Albers, Telefon (04101) 22037 (Büro) die richtige Ansprechpartnerin. Nochmals für den sommerlichen Terminkalender: 19. bis 20. September Kreisgemeinschaft Fischhausen Treffen in Pinneberg. In diesem Sinne, „lewe Landslied“, bleibt gesund und munter!

### HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

**Öffnungszeiten der Heimatstube** – Liebe Landsleute, am Sonntag, den 24. Mai und am 21. Juni öffnet wieder Frau Rauschning jeweils ab 14 Uhr die Türen der Heimatstube. Bitte merken Sie sich diese beiden Termine vor! Noch eine persönliche Bitte an Sie: Denken Sie bei einer eventuellen Haushaltsauflösung, beim Umzug oder bei einem Todesfall daran, daß auch die persönlichen Unterlagen über Ostpreußen nicht verloren gehen sollten. Aus Unkenntnis oder auch Interessenlosigkeit geschieht es leider nur zu oft, daß diese für uns wertvollen Unterlagen in den Müll wandern. Alles, was an unsere Heimat erinnert, findet in unserer Heimatstube eine dauerhafte Bleibe und geht nicht verloren. Auch für diese Belange der Heimatstube ist die Ansprechpartnerin Karin Rauschning, Alte Markt Straße 50. 31785 Hameln, Telefon (05151) 23938 und auch die Kreisvertreterin Elke Ruhnke, Remscheiderstraße 195, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613.

### KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

**Abschiedstreffen der „Haberberger“** – Wie schon in den Jahren zuvor versammelten sich die „Ehemaligen“ der Haberberger Knaben- und Mädchenmittelschule auch in diesem Jahr zu ihrem Jahrestreffen im Waldhotel Schäferberg in Espenau bei Kassel. Schon im Vorfeld hatte es sich abgezeichnet, daß die Schülervereinigung der altersmäßigen Entwicklung Rechnung tragen müßte und ein Ende finden würde. So waren nur noch 26 ehemalige Mitschüler und -schülerinnen (einschl. einiger Angehöriger) zu diesem wohl letzten Treffen erschienen. Am Freitag wurde zunächst das normale Programm abgewickelt. Die Vorsitzende begrüßte die Anwesenden herzlich und wies auf die besondere Bedeutung dieses Treffens hin. Mit einer Gedenkminute wurde der Verstorbenen gedacht. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde dann die finanzielle Lage der Vereinigung erörtert und dem Vorstand, nachdem der Kassenprüfer das Ergebnis seiner Prüfung mitgeteilt hatte, Entlastung erteilt. Bei der anschließenden Diskussion wurde allgemein bedauert, daß wir uns wohl dem „Zahn der Zeit“ beugen müßten, andererseits herrschte Einsicht darüber, daß die Umstände, die nun einmal mit der Organisation solcher Treffen verbunden sind, niemand mehr zugemutet werden könnten. Und so war der Beschluß, die Schülergemeinschaft aufzulösen, letztlich nicht abzuwenden und wurde von allen Beteiligten – wenn auch schweren Herzens – gebilligt. Im Übrigen wird der Vorstand, soweit noch Regularien abzuwickeln sind, dies mit der gebotenen Sorgfalt erledigen. Die Vorsitzende gedachte mit herzlichen Worten der vielen und in guter Stimmung verlaufenen Treffen. Alle waren sich einig darin, ihrer Vorsitzenden viel Dank zu schulden. Unser ehemaliger Mitschüler Herbert Salk war auch im letzten Jahr in Königsberg und hatte auch wieder Gelegenheit, die Schule Nr. 16 zu besuchen. Hierbei hat er die seit 1996 bestehenden Kontakte beendet und dies, da die Entwicklung absehbar war, bei den maßgeblichen Stellen verabschiedet. Er berichtete außerdem, wie sich das Verhältnis der Konfessionen in der Zwischenzeit entwickelt hat, und zwar nicht nur im Bereich der christlichen Kirchen, sondern auch, was die Kontakte mit den Repräsentanten der Schiiten und der Jüdischen Gemeinde betrifft. Ein sehr intensiver Kontakt habe auch im letzten Jahr mit den Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirchen bestanden, so daß auch in diesem Bereich weitgehend Normalität eingekehrt sei. Unser Schulfreund Heinz Scheffler hatte erneut Filme mitgebracht, und zwar von unserem Treffen in Mainz im Jahre 1997 und von einer Reise nach Königsberg 2005, anläßlich der 750-Jahrfeier. Beide Filme wurden mit großem Interesse aufgenommen und mit viel Beifall bedacht. Am Sonnabend haben wir dann einen Ausflug in die Kasseler Auen – direkt an der Fulda gelegen – gemacht und konnten uns hier bei schönem Wetter an der Natur erfreuen. Bei einem reichhaltigen „Marktbüfett“ ging dann der Tag in einen gemütlichen Abend über und klang mit Musik und Tanz aus. Am Sonntagmorgen hieß es dann nach dem Frühstück, Abschied zu nehmen. Es bleiben nicht nur nette Erinnerungen an unsere Schulzeit, sondern auch an die vielen Treffen, bei denen wir der Heimat gedenken konnten. Sicher werden etliche der Verbindungen, die inzwischen geknüpft worden sind, auch in den kommenden Jahren weiter bestehen und gepflegt werden. Unsere Kontaktadresse sollte zunächst bestehen bleiben: Adelheid Holz (geb. Czyganowski), Philippstraße 4, 34127 Kassel.

### LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

**Regionaltreffen in Lübeck** – Am Sonntag, dem 26. April 2009 trafen sich etwa 80 Lycker Landsleute im Hotel Hanseatischer Hof in Lübeck. Sie waren hauptsächlich aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern angereist, aber auch aus Niedersachsen. Das Treffen begann mit dem Einläuten durch die Glocken der „großen“ Lycker Kirche. Nach Begrüßung und einem würdevollen Totengedenken durch Kreisausschuß-Mitglied Ulrich Hasenpusch, hielt Kreisvertreter Gerd Bandilla einen Vortrag mit dem Thema „Ist das Heimatrecht nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union verwirklicht?“ Unter der Prämisse, daß Kreisausschuß-Mitglied Lothar Jegull ab Oktober 2008 seinen ständigen Aufenthalt in Lyck genommen hat, machte er interessante Ausführungen. Abschließend forderte Kreisvertreter Bandilla die Besucher auf, auch das Kreistreffen Ende August in der Patenstadt Hagen in Westfalen zu besuchen. Mit dem Ostpreußenlied endete der offizielle Teil des Treffens. Die Teilnehmer blieben nach dem Mittagessen noch in gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen beisammen. Nach dem gelungenen Treffen versprach man sich gegenseitig, am 25. April 2010 wieder nach Lübeck zu kommen.

### TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Telefon und Fax (0431) 77723, E-Mail: Kiellinie9@gmx.de.

**Heimattreffen** – Das diesjährige Tilsitertreffen fand gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung in Magdeburg statt. Der Austragungsort erwies sich als eine gute Wahl. Rund 300 Teilnehmer waren erschienen, eine große Zahl aus Mitteldeutschland. Der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Ulrich Depkat übermittelte in seiner Ansprache herzliche Grüße von Horst Mertineit-Tilsit und vom Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg. Er informierte über den Wechsel in der Leitung der Stadtgemeinschaft und stellte sich den Anwesenden mit der Schilderung seines persönlichen und beruflichen Werdegangs vor. Vorgestellt wurde auch der neue Zweite Vorsitzende Hans Dzieran. Der Vorstand ist nunmehr gut aufgestellt und arbeitet aktiv an den kommenden Aufgaben. Langfristig sei eine Fusion mit den Nachbarkreisen nicht ausgeschlossen, wofür bereits jetzt erforderliche Vorarbeiten getroffen werden. Neben dem ausgezeichneten Rahmenprogramm, das von dem Ostpreußen-Singkreis Magdeburg dargeboten, wurde, gab es Gelegenheit zum Plachandern, wovon die Tilsiter regen Gebrauch machten. Viele alte Bekannte trafen sich, besonders von den Schulgemeinschaften Neustädtische Schule und Realgymnasium/Oberschule für Jungen. Aber auch viele neue Bekanntschaften wurden geschlossen. Die gastronomische Betreuung war gut organisiert, kurzum – die Veranstaltung war ein voller Erfolg.

**Herzog-Albrecht-Schule** – Das nächste Schultreffen findet vom 11. bis 14. Juni im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Anreise ist am Donnerstag, 11. Juni, ab 15 Uhr, spätestens jedoch bis 17 Uhr. Für den ersten Abend sind die Regularien vorgesehen. Der Freitagvormittag dient der individuellen Gestaltung, nachmittags Kurzwanderung mit Kaffeetrinken. Am Abend werden Videofilme gezeigt. Am Sonnabend ist eventuell ein Ausflug vorgesehen. Anmeldungen der Teilnehmer sind schriftlich an den Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden, Telefon (0351) 8037740 zu richten.

**Königin-Luisen-Schule** – Das nächste Schultreffen findet von Freitag, 12., bis Sonntag, 14. Juni, in Bad Bevensen statt. Beginn am Freitag pünktlich 10 Uhr. Für den zweiten Tag, den Sonnabend, ist ein Ausflug in die Heide geplant. Zimmerbestellung bitte an das Hotel Vierlinden, Bevenser Straße 1-3, 29549 Bad Bevensen, Telefon (04821) 544.

### TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstr. 9, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: E. Lüders, Tel./Fax (04342) 5335, Kührenerstr. 1 b, 24211 Preetz.

**Breitenstein/Hohensalzburg** – Der Lütjenburger Bürgermeister, Herr Ocker, die Kommission Städtepartnerschaft Lütjenburg und Breitenstein (Uljanowo) sowie die Kirchspielvertreter Katharina Willerner und Dieter Neukamm laden alle Breitensteiner und Hohensalzburger zum Patenschaftstreffen ein. Es findet Sonnabend, 26. September 2009 im Restaurant Bismarckturm in Lütjenburg statt. Zimmer können für das angrenzende Hotel Ostseeblick gebucht werden, unter Tel.: (04381) 90650 oder Fax (04381) 41941. Folgendes Programm ist vorgesehen: Ab 10 Uhr Einlaß, 11 Uhr Andacht, Begrüßung und gemütliches Beisammensein, ab 12.30 Uhr gemeinsames Mittagessen nach Karte, 14 Uhr Besichtigung der Partnerschaftswand im Rathausfoyer. Teilnahmemeldungen bitte bis 15. September 2009 an die Kirchspielvertreter.

---

## Sudoku

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1 | 9 | | 3 | 6 | | |
| 8 | | | | 4 | | | | 1 |
| 7 | | | 6 | | 2 | | | 8 |
| | 1 | | 8 | | 9 | | 7 | |
| 9 | | | | | | | | 3 |
| | 2 | | 4 | | 1 | | 5 | |
| 4 | | | 3 | | 8 | | | 5 |
| 5 | | | | 6 | | | | 2 |
| | | 8 | 7 | | 5 | 9 | | |

**Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!**

## Diagonalrätsel

**Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.**

**1** nur erdachtes Land, Gebiet
**2** Mundfessel
**3** Schädelmasse des Pottwals
**4** amerikanisches katzenartiges Raubtier
**5** kleiner, dunkler Raum
**6** roh, rücksichtslos

## Kreiskette

**Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Schirmherr.**

**1** Kleiderverzierung, **2** Metall-, Gewebeschlinge, **3** einfaches, kleines Haus, **4** Ablassprediger, **5** salziges oder süßes Gebäck

## So ist's richtig:

**Diagonalrätsel:** 1. Utopia, 2. Knebel, 3. Walrat, 4. Jaguar, 5. Gelass, 6. rabiat – Unlust, Aerger

**Kreiskette:** 1. Besatz, 2. Masche, 3. Huette, 4. Tetzel, 5. Brezel – Beschuetzer

**Sudoku:**

# »Die Welt im Kleinformat«

## Eine Ausstellung mit Exlibris spiegelt die kulturelle Verfassung des Bürgertums um 1900

**Seit dem 15. Jahrhundert dienten Exlibris, kleine graphische Kunstwerke, als Signet des Bücherfreundes. Im Museum Schloß Moyland werden derzeit besondere Exemplare dieser „Welt im Kleinformat“ ausgestellt.**

Bücher zu verleihen und sie später auch wiederzubekommen birgt ein gewisses Risiko. Jeder Bücherfreund wird es schon einmal erlebt haben, daß ein liebgewonnenes Exemplar aus der eigenen Bibliothek nicht wieder zurückkam. Kein Wunder also, wenn man die eigenen Bücher mit dem Namen des Besitzers kennzeichnete, entweder mit Kugelschreiber oder Füller, auch ganz vornehm mit einem Exlibris (von lat. ex = aus und libris = Büchern), so wie die Großeltern es einst taten.

Exlibris, die in Frankreich „marque de possession“, in England „bookplate“ und in Holland „boekmerken“ genannt werden, „sind Blätter mit graphischem Bildschmuck und geschriebenem, in der Regel jedoch gedrucktem Text“, erläutert Alexander Grönert, Kurator der Ausstellung „Die Welt im Kleinformat – Klein- und Gebrauchsgraphik aus der Blütezeit der Exlibris“, die im Museum Schloß Moyland in Bedburg-Hau nahe Kleve in Nordrhein-Westfalen zu sehen ist. „Wort und Bild bezeichnen den Eigentümer des Buches oder, wenn das Exlibris als Sammlerstück konzipiert ist, den Auftraggeber des graphischen Blattes beziehungsweise jene Person, der es gewidmet ist.“

Die Ausstellung mit rund 850 Exponaten gibt jetzt erstmals einen umfassenden Überblick über die Blütezeit des Exlibris im deutschsprachigen Raum in der Zeit von 1890 bis 1930. Zu sehen sind darüber hinaus ausgewählte Beispiele aus der Geschichte des Exlibris seit 1500 und zeitgenössische Exlibris, die mit den technischen Mitteln der Fotografie und des Computers gestaltet wurden.

Eingeklebt wurden die Exlibris in den vorderen Buchdeckel und waren meist kleine Kunstwerke. Um 1900 weckten diese druckgraphischen Blätter die Leidenschaft der Sammler. Damit begann die Entwicklung des Exlibris zum Kunstblatt und modernen Persönlichkeitszeichen. „An der Wende zum 20. Jahrhundert“, so Grönert, „kristallisierte sich zunehmend die Unterscheidung in sogenannte Gebrauchs- und Luxus-Exlibris heraus. Die ersten waren dazu geeignet, in Bücher geklebt zu werden, die zweiten waren meist zu groß und vor allem zu wertvoll, um zur Kennzeichnung von Buchbesitz verwendet zu werden. Das Gebrauchs-Exlibris wurde zur gestalterischen Aufgabe der Gebrauchsgraphik, das Luxus-Exlibris zur Aufgabe der freien Kunst.“

Symbolismus und Jugendstil bereicherten die Bildwelt und den Formenschatz der ausdrucksvollen Bildzeichen, und namhafte Künstler gestalteten im Exlibris feinsinnige Charakterporträts ihrer Auftraggeber. „Die Vorlieben der Exlibris-Besitzer, ihr persönlicher Geschmack, ihre weltanschaulichen Vorstellungen und gesellschaftlichen Überzeugungen, der Geltungsdrang und das Bildungsideal des Bürgertums, all das läßt sich aus den kleinen Blättern herauslesen“, betont Ausstellungskurator Alexander Grönert.

„So gesehen erweist sich das Exlibris als ein Spiegel der kulturellen Verfassung des Bürgertums um 1900.“

Zu den herausragenden Künstlern jener Zeit gehört Max Klinger (1857–1920), in dessen Werk sich 57 Exlibris finden. Seine Blätter „waren nicht als autonome Kunstwerke beabsichtigt“, so Grönert, „sondern als Gebrauchsgraphik für gebildete Freunde, Kollegen und Familienmitglieder. Nichtsdestoweniger sind sie Meisterleistungen der Radierung ...“

Eher als Architekt und Gestalter war Peter Behrens (1868–1940) bekannt. Auch er schuf einige Exlibris, die zum Teil vom Jugendstil geprägt, zum Teil aber auch geometrisierende Formen zeigen. Selbst Käthe Kollwitz (1867–1945) hat sich dieser Kunstform zugewandt, ein Exlibris für ihren Sohn Hans aus dem Jahr 1908 ist in der Ausstellung zu sehen.

Mehr als 200 Blätter umfaßt das Exlibris-Werk ihres Landsmanns Robert Budzinski (1874–1955). Inspiriert wurde der Ostpreuße in seinen Motiven durch die Landschaft seiner Heimat, aber auch durch das Leben in und mit der Natur. Hans Thoma (1839–1924)

**Anspielungen auf den Alltag und Erleben der Natur**

hingegen ließ sich vom alltäglichen Geschehen anregen, so bei einem Exlibris für Adolf von Gross, auf dem ein Drachenbändiger zu sehen ist. Eine Anspielung auf dessen Tätigkeit als Verwaltungsrat der Bayreuther Richard-Wagner-Festspiele, für die der Maler aus dem Schwarzwald 1896 die Kostüme entwarf. Eine besondere Abteilung in der Ausstellung widmet sich den Exlibris-Gestaltern aus Böhmen und Mähren. Alfons Maria Mucha (1860–1939) aus dem mährischen Ebenschütz nimmt als Vertreter des Jugendstils eine herausragende Rolle ein.

So unterschiedlich die Künstler sind, so verschieden sind auch die Motive auf den Exlibris. Ein Abbild der Welt vor gut 100 Jahren zeigen sie allemal. *Silke Osman*

*Die Ausstellung „Die Welt im Kleinformat“ im Museum Schloß Moyland, Am Schloß 4, Bedburg-Hau, ist bis zum 14. Juni dienstags bis freitags von 11 bis 18 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 7 / 3 Euro; zur Ausstellung ist ein Katalog (230 Seiten, gebunden mit zahlr. Abbildungen, 34,90 Euro) erschienen.*

**Exlibris heute und damals: Die Darstellung hat sich kaum geändert (rechts eine Radierung von Robert Budzinski, links eine Federzeichnung eines unbekannten Künstlers).** Bilder: privat

## Keine Angst vor offener Debatte in Rußland

Es gibt Blätter, um derentwillen man eine Fremdsprache lernen sollte. Etwa Russisch, um eine seit 2002 in Moskau erscheinende Zweimonatszeitschrift lesen zu können. „Rossija w globalnoj politike“ (Rußland in der Globalpolitik, RGP) heißt sie, hinter ihr stehen führende Kreise der russischen Politik und Wirtschaft, zu ihrer Redaktion gehören Prominente aus aller Welt wie etwa der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl. Deutsche Autoren finden sich in fast jeder Ausgabe, in der aktuellen Wolfgang Schäuble mit seinen Gedanken zu Staat und Ökonomie, die er im Februar vor der „London School of Economics“ vortrug.

So etwas läßt sich die von Fedor Lukjanow kundig und flexibel geführte Moskauer Redaktion nicht entgehen. getreu ihrer Gründungskonzeption, gegen die Selbstisolierung Rußlands und dessen Abkoppelung von globalen Aktionen und Akteuren anzugehen. Die Zeitschrift versteht sich als „Instrument der intellektuellen Integration russischer und ausländischer Eliten aus Wirtschaft und Politik“.

Rußland hat Probleme mit sich und seiner Identität, mit den exsowjetischen Nachbarn, mit Nato und EU, mit dem Rest der Welt. Rußland wehrt sich gegen seine Degradierung von einer Weltmacht zur regionalen Mittelmacht, ist ökonomisch aber zu schwach und technologisch zu rückständig, um diese umzukehren. Es droht und zündelt auf dem Kaukasus und treibt diesen dem Westen in die Arme. Moskau hat das Baltikum völlig verloren, verspielt gerade Georgien und die Ukraine und hofft, seinen schwindenden Einfluß in Zentralasien zu bewahren.

Alle diese Befunde, Kritiken und Empfehlungen sind in „RGP“ nachzulesen, verfaßt von Politikern und Wissenschaftlern heimischer und fremder Provenienz. Vielfalt der Meinungen, gekoppelt mit Kompetenz von Autoren, ist Grundprinzip des Blattes. Jede Ausgabe steht unter einem Generalthema, das von einem Dutzend Autoren pluralistisch und strittig abgehandelt wird. *Wolf Oschlies*

# Die Nibelungen in Netzeband

## Der ungewöhnliche Theatersommer präsentiert »Siegfrieds Tod« als Maskenspiel im Freien

Auch in diesem Jahr stehen in Ost und West, Nord und Süd wieder die verschiedensten Festivals auf dem Programm. Einen besonderen Reiz übt der Theatersommer Netzeband aus. Nur knapp 30 Kilometer von Rheinsberg entfernt, wo die Kammeroper Schloß Rheinsberg unter ihrem künstlerischen Leiter Prof. Siegfried Matthus seit 1991 Erfolge feiert, erntet Sohn Frank seit 1996 als künstlerischer Leiter des Theatersommers Netzeband verdienten Applaus.

Frank Matthus wurde 1964 in Berlin geboren, besuchte nach dem Abitur die Hochschule Ernst Busch und studierte Schauspiel. Ein erstes Engagement erhielt er beim Berliner Ensemble, wo er unter anderem in Brechts „Dreigroschenoper“ den Moritatensänger spielte. Mit dieser Inszenierung gastierte Matthus auch in Israel und in Südamerika. Schauspiel allein aber reichte ihm nicht, und so ließ er sich in der Meisterklasse des Berliner Ensembles auch in Regie ausbilden. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Von 1990 bis 1996 war Matthus am Brandenburger Theater als Regisseur und Schauspieler engagiert, zuletzt auch als amtierender Oberspielleiter. Weitere Stationen: Schauspieldirektor an den vereinigten Bühnen Gera / Altenburg, Regie von Mozarts „Die Hochzeit des Figaro“ in Brandenburg, Inszenierung von Monteverdis „Il ritorno di Ulysse in patria“ für die Kammeroper Schloß Rheinsberg, von Donizettis „Lucia di Lammermoor“ und Verdis „Rigoletto“ für die Canadian Opera Company in Toronto. Über 40 Inszenierungen kann der Regisseur, der seit 2001 freischaffend arbeitet, für sich verbuchen.

**Der Welt des Theaters fühlt er sich tief verbunden**

Auch das Fernsehen hat den Schauspieler Frank Matthus immer wieder einmal engagiert. So war er in den Serien „Wolffs Revier“, „Polizeiruf 110“ oder „Liebling Kreuzberg“ in Gastrollen zu sehen. Seine besondere Liebe aber gilt dem Theater, für das er unter Pseudonym auch Texte schreibt. Für die Kammeroper Schloß Rheinsberg verfaßte er den Monolog „Iphigenie in Rheinsberg oder Prinz Heinrich inszeniert eine Oper“, in dem Angelica Domröse als Regisseurin und als Schauspielerin brillierte. Eine Gemeinschaftsarbeit von Vater und Sohn schließlich ist die Oper „Unendliche Geschichte“, für die Frank Matthus das Libretto nach dem Buch von Michael Ende schuf und Vater Siegfried die Musik komponierte.

Am Fuß der wieder aufgebauten und jetzt als Kunstraum genutzten Schinkel-Kirche in Netzeband breitet sich eine monumentale Naturbühne aus. Dort wird auf einzigartige Art und Weise Open-Air-Theater gespielt. Im vergangenen Jahr nahm Matthus mit „Der Fluch des Ringes“ die Netzeband-Version der Nibelungen auf. In diesem Jahr erwartet den Theaterfreund nun mit „Siegfrieds Tod“ der zweite Teil (Premiere 31. Juli, 20.30 Uhr).

**Die Hauptdarsteller sitzen im Tonstudio**

Bekannte Schauspieler wie Corinna Harfouch, Daniela Ziegler und Gerd Silberbauer übernahmen die Hauptrollen – allerdings im Tonstudio. Die Aufnahmen ergeben den Ton zu einem choreographisch bewegten Maskenspiel im Freien. Professionelle Tänzer, Schauspieler und Theaterbesessene aus dem 200-Seelen-Dorf Netzeband und den Dörfern ringsum geben den so entstandenen Kunstfiguren Wotan, Brünhilde, Siegfried, Kriemhild, Riesen und Zwergen Körper und Bewegung und verleihen den von Johanna Maria Burkhart gestalteten Masken Leben.

Neben den Nibelungen kommt auch wieder das Kultstück des Theatersommers Netzeband „Unter dem Milchwald“ von Dylan Thomas zur Aufführung (3., 4., 10., 11. Juli). Kindern und junggebliebenen Erwachsenen hingegen wird die Geschichte um die lebendige Holzpuppe „Pinocchio“ nach dem Buch von Carlo Collodi Freude bereiten (11. Juli Premiere). *os*

*Der Theatersommer Netzeband findet vom 3. Juli bis 29. August statt. Eintritt für „Milchwald“ und „Siegfrieds Tod“ 21 / 18 Euro, „Pinocchio“ Erwachsene 16 / 14 Euro, Kinder (bis sieben Jahre) 4,50 Euro, Kinder (von sieben bis 17 Jahre) 7,50 Euro. Weitere Informationen: www.theatersommer-netzeband.de*

**Dramatische Geschehnisse: Spiel um Macht und Liebe im Land der Burgunder** Bild: Dirk Bode

# Pariser Anne Frank

## Tagebuch einer Jüdin

Das Tagebuch der Anne Frank ist weltweit bekannt. Das Tagebuch der Hélène Berr ist eben erst in deutscher Sprache erschienen. Dabei sind beide Bücher in etwa zur selben Zeit entstanden. Die Verfasserinnen sind beide Jüdinnen und fielen dem nazistischen Rassenwahn zum Opfer. Wird es auch „Berr“ zu Weltruhm bringen?

Frank lebte monatelang im Verborgenen, Berr konnte sich nicht zu diesem Schritt entschließen. Sie wollte sich nicht vorzeitig ihren Pflichten entziehen. Am 8. März 1944 wird die 23jährige Literaturstudentin verhaftet, bald darauf deportiert und Ende September 1944 in Auschwitz ermordet.

Der Leser erfährt wenig über das Frankreich der Kriegsjahre, ausgenommen die Judenverfolgung und das Psychodrama in der Seele der jungen Frau. Mal ist das Leben für sie „fabelhaft“, mal ist es zum Verzweifeln. Ab September 1941 mußten die Juden in Deutschland den Gelben Stern tragen, ab Juni 1942 auch die Juden im besetzten Frankreich. Sie schwankt: Soll ich oder soll ich nicht? „Ich betrachtete es als Schande und als Beweis der Unterwerfung unter die deutschen Gesetze. Heute Abend hat sich alles wieder geändert: Ich finde, es ist Feigheit, es nicht zu tun, gegenüber jenen, die es tun werden.“ Ähnlich wie die Erfahrungen der meisten Juden in Deutschland sind ihre Erfahrungen in Paris mit dem Gelben Stern überwiegend erträglich. „Er redete sehr freundlich mit mir, doch sein Blick mied meinen Stern.“

Die Kollaboration der Amtsverwalter mit der Besatzungsmacht bleibt auch ihr nicht verborgen, obwohl sie fälschlich annimmt, das Vèl d' Hiv, „wo man Tausende von Frauen und Kindern eingesperrt hat“, sei „von den Deutschen“ bewacht worden. Ihre Erschütterung über die französischen Hilfskräfte der Besatzer offenbart ein allgemein menschliches Gebrechen: „Daß man so weit gekommen ist, die Pflicht als etwas vom Gewissen Unabhängiges, von Gerechtigkeit, Güte, Nächstenliebe Unabhängiges zu betrachten, ist der Beweis für die Absurdität unserer sogenannten Zivilisation.“

Aber: „Das [französische] Volk ist bewundernswert ... Es gibt den gütigen Blick von Männern und Frauen, der einem das Herz mit einem unbeschreiblichen Gefühl erfüllt.“ Den Kontrast dazu bildet das deutsche Volk. „Man darf nicht versuchen, die geistige Verfassung der Deutschen von heute mit der unseren zu vergleichen. Sie sind vergiftet; und sie denken nicht mehr ...“

### Hélène will nicht hassen und haßt doch

Hélène will nicht hassen und haßt doch. Aus dieser Verführbarkeit des menschlichen Geistes speiste sich nicht selten die Brutalität der Verfolger. Daher soll jeder dankbar sein, der die „Gnade der späten Geburt“ erfahren hat.

Erfreulich zu wissen, daß jene Juden, die täglich mit den „arischen“ Deutschen zu tun hatten, wie der Dresdner Sternträger Victor Klemperer, zu einem anderen Urteil gelangt sind als Hélène. Sinngemäß lauten solche Beobachtungen, von Zeitzeugen über Jahre hinweg gemacht: „Fraglos empfindet das [deutsche] Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ Daß sich die Urteile über die damals verfeindeten Völker in einem so zentralen Punkt so sehr gleichen, ist eine wertvolle Lesefrucht. *Konrad Löw*

***Hélène Berr: „Pariser Tagebuch 1942–1944“***, *Hanser, München 2009, 320 Seiten, 21,50 Euro*



# Aufruf zum Nichtwählen

## »Spiegel«-Journalist Steingart stellt eine nicht durchdachte »Machtfrage«

Gabor Steingart wird bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen gehen. Auf dieser Nachricht von zweifelhaftem Wert baut der smarte „Spiegel“-Journalist ein ganzes Buch auf. Über die Vermarktung von „Die Machtfrage – Ansichten eines Nichtwählers“ muß man sich keine Sorgen machen. An gehörigem Selbstbewußtsein gebricht es dem 1962 geborenen Autor auch nicht. Doch ist dieses Selbstbewußtsein und die für den „Spiegel“ so typische Selbstgerechtigkeit begründet? Zweifel sind angebracht. Denn genauso, wie Steingart heutigen Politikern wenig originell Brandt und Schmidt als leuchtende Vorbilder vor Augen führt, könnte man ihm zurufen: Früher waren die Journalisten ebenfalls besser.

Die rund 200 Seiten sind flott und teils witzig geschrieben. Mit der Kritik an einem erstarrten Parteienstaat trifft Steingart, der mittlerweile für den „Spiegel“ aus den Vereinigten Staaten berichtet, ins Schwarze. Und ob man als guter Staatsbürger einfach mal aus Verdruß über „die da oben“ den Urnengang boykottieren sollte, auch darüber ließe sich trefflich streiten.

Es langweilt allerdings, wenn Steingart zu seinen historischen Exkursen in die Weimarer Republik und die frühe Bundesrepublik ansetzt. Das haben wir schon tausendmal und häufig besser gelesen. So fertigt der bei seinen öffentlichen Auftritten recht eitel wirkende Steingart den Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit den Sätzen ab: „Der ehemalige Kneipenpächter und Sattlergeselle, der die begonnene Meisterprüfung nicht zu Ende brachte, ließ praktisch keinen Fehler aus, um die junge Demokratie zu beschädigen.“

Konrad Adenauer, so lesen wir bei Steingart, trat dem Nationalsozialismus nicht entschieden entgegen, sondern „ging zu seinen Rosen nach Hause“. Auch nach 1949 habe der Gründungskanzler nicht viel zustande gebracht. „Adenauers Leistung bestand vor allem darin, einen versöhnlichen Ton anzuschlagen“, behauptet Steingart dreist und historisch falsch.

Merkel und Steinmeier können es natürlich auch nicht. Wer hilft in einer solchen Situation? Richtig, der gute Onkel aus Amerika, der ist schwarz, aber beileibe kein undemokratischer Dunkelmann. So lesen wir andächtig, mit vor Staunen offenem Mund: „Der neue Präsident, Barack Obama, sagt nicht mehr ‚ich will', sondern er sagt ‚wir können'. Er schließt ein, nicht aus. Er hat ein unerhörtes Experiment gestartet: Politik mit Volk.“

### Wenn schon Diven, dann lieber Greta Garbo als Garbor Steingart

Selbstverständlich liegt Herr Steingart nicht immer daneben. Er hat oft recht: Wir müssen uns endlich vom deutschen Verhältniswahlrecht verabschieden, denn dieses „liefert nur die Freifahrtscheine für die grauen Gesellen der Parteipolitik“. Es ist an der Zeit, daß das Volk den Bundespräsidenten direkt wählt. Die Parteibuchwirtschaft bei der Besetzung ausnahmslos aller staatlichen Posten muß aufhören. Wir brauchen mehr Elemente direkter Demokratie und dürfen das Volk nicht weiter von allen wichtigen Fragen ausschließen. Warum geht wohl niemand mehr zur Europawahl?

Und auch Vorwahlen à la Amerika haben ihren Charme und täten unserem verkrusteten System gut. Würden sich dann wohl die deutschen Strippenzieher-Politiker durchsetzen, die sich in Broschüren in den Zustand hineinhalluzinieren, „ganz nah bei den Menschen“ zu sein?

Steingarts Aufforderung, durch massenhaftes Nichtwählen Parteien und Politiker zur Räson zu bringen, ist jedoch höchstens naiv – oder ein guter PR-Gag für den Verkauf seines Buches.

Dann wäre das Abliefern von ungültigen Stimmzetteln, auf denen man vermerkt, daß einem das ganze Angebot nicht behagt, schon sinnvoller. Eine Antwort auf die Frage, wie wir den Parteienstaat zurückdrängen können, weiß die journalistische Primadonna Steingart nicht. Daher hätte er dieses Buch nicht schreiben müssen. Wenn schon Diven, dann lieber Greta Garbo als Garbor Steingart. *Ansgar Lange*

***Gabor Steingart: „Die Machtfrage – Ansichten eines Nichtwählers“***, *Piper-Verlag, München 2009, kartoniert, 223 Seiten, 14,95 Euro*

# Kindsmord aus Verzweiflung

## Krimi: Verlassene Ehefrau soll ihr Baby und ihren Ex-Mann ermordet haben

Auf den ersten Blick erscheint alles wie ein grausamer Mord. Die Richterin, die im Mordfall von Cathys Mann Tony und ihrem Baby ein Urteil fällen muß, sieht in der zierlichen blonden Frau eine eiskalte, unberechenbare Mörderin. Doch ist Cathy das wirklich? Kann es Lebensumstände geben, die einen Menschen derart an seine Grenzen bringen, daß er sein eigen Fleisch und Blut tötet?

In dem Roman „Das Brautkleid“ erzählt Paule Constant die Geschichte eines Verbrechens. Doch wer ist Täter, wer Opfer?

Cathy glaubt, glücklich mit Tony verheiratet zu sein, doch als sie ihm offenbart, erneut schwanger zu sein, beichtet er ihr, sie nur aus Trost geschwängert zu haben, da er ebenfalls ihre Kollegin Malou geschwängert habe und mit dieser zusammenziehen wolle. Verlassen und zutiefst verletzt bleibt Cathy mit ihrem Sohn Olivier und dem Baby allein zurück.

Eigentlich nicht weiter verwunderlich, daß sie den unattraktiven behäbigen Jeff, den Lebensgefährten ihrer ehemals besten Freundin, klaglos in ihrer Nähe duldet, als dieser sich unaufgefordert dazu bereit erklärt, die angeblich marode Leitungen des Hauses zu erneuern.

Was Cathy nicht weiß, und in ihrem Kummer auch nicht bemerkt: „Jeff war in Cathy verliebt. Er bestritt das nie, er bestätigte es jedes Mal und schob die Verantwortung für das Verbrechen, das er begangen hatte, auf diese Liebe ... Er hatte in seinem Leben noch kein Bügeleisen gesehen. Er trug zerknitterte und kaum je gewaschene Kleidung. Cathy dagegen bügelte, sobald sie einen freien Moment hatte, ... Er liebte den Duft des Bügelns, den Dampf, den Geruch nach Sauberkeit ...“ Cathy hingegen nimmt den grobschlächtigen Mann deutlich weniger gefühlvoll wahr.

Parallel zur Handlung in der Vergangenheit läuft der Mordprozeß im Gerichtssaal. Auf diese Weise erfährt der Leser nach und nach, wie sich die Dinge in Wirklichkeit zugetragen haben, welche Umstände Cathy letzten Endes dazu brachten, ihr eigenes Kind zu töten.

„Das Brautkleid“ ist ein spannender Kriminalfall, der die Frage in den Raum stellt, ob die Schuld eines Täters weniger schwer wiegt, wenn er selbst aus der Situation des Opfers heraus agierte.

Paul Constant hat einen gleichermaßen spannenden wie verstörenden Roman geschrieben. *A. Ney*

***Paule Constant: „Das Brautkleid“***, *Deutsche Verlags-Anstalt, München 2009, geb., 271 Seiten, 19,95 Euro*

# Irak als neues Vietnam?

## Eine Analyse der beiden großen militärischen Desaster der USA

Eines der Hauptziele des neuen US-Präsidenten ist der Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Derzeit wird überall diskutiert, wie dieser Abzug am besten vollzogen werden soll. Zeit für eine Analyse, was dort eigentlich schiefgelaufen ist, nimmt man sich im Tagesgeschehen wenig, da alle Energie der Frage, wie die USA halbwegs glimpflich das Irak-Desaster beenden können, gewidmet ist.

Der ungarische Journalist Dr. Joseph Pozsgai hat sich in seinem Buch „Vom Vietnam-Krieg zum Irak-Desaster – Fehlentscheidungen amerikanischer Politik“ mit den Hintergründen der beiden großen militärischen Niederlagen der USA in den letzten Jahrzehnten auseinandergesetzt.

Bereits im März 2003, als der Vormarsch der scheinbar übermächtigen US-Truppen im Sandsturm vor Bagdad einmal kurz ins Stocken geriet, schrieb der „Spiegel“: „Amerikas tiefste Ängste lassen sich in einem Wort zusammenfassen: Vietnam. Nun konfrontiert das Chaos im Irak die Supermacht mit ihrem Trauma. Viele US-Bürger fürchten bereits, daß ihr Land abermals im Sumpf eines Guerillakrieges versacken könnte.“ Vergleiche wie diese haben den auch für deutsche Tageszeitungen als Kommentator tätigen Journalisten Pozsgai veranlaßt, Gemeinsamkeiten zwischen dem Vietnam- und dem Irakkrieg zu suchen.

Für diesen Vergleich liefert der Autor eine überzeugende Analyse des Vietnamkrieges. Gleich zu Beginn verweist er darauf, daß die Protagonisten dieses Krieges keineswegs nur die USA und Südvietnam auf der einen Seite und Nordvietnam auf der anderen Seite gewesen seien, sondern Rußland und vor allem China bei der Unterstützung des kommunistischen Nordens Vietnams eine wichtige Rolle gespielt hätten. Doch hier seien bereits US-Präsident Kennedy und seinen Nachfolgern Johnson und Nixon die ersten Fehleinschätzungen unterlaufen. Während man in Washington dachte, Rußland sei im Rahmen des Kalten Krieges eine treibende Kraft bei der Unterstützung und Finanzierung nordvietnamesischer Anschläge auf südvietnamesische Territorium, habe man China völlig aus dem Blick verloren. Podzsgai führt detailliert an, warum Rußland gar kein Interesse an militärischen Einmischungen der USA in Südostasien hatte. Er schildert die Machtkämpfe der kommunistischen Großmächte China und Rußland untereinander und die Interessenslage der nordvietnamesischen Politclique in Hanoi um Ho Chi Minh. Aber auch auf die Fehleinschätzungen Washingtons der Machtverhältnisse im theoretisch demokratischen Saigon geht der Autor ein. Zudem fragt er, warum die USA sich auf einen Guerillakampf im Süden Vietnams mit den Vietcongs einließen, anstatt in den Norden einzumarschieren. Die Angst vor einer Intervention Rußlands sei nämlich laut dem Autor aufgrund anderer Probleme Moskaus unbegründet gewesen.

### China aus dem Blick verloren

Die interessante, offen Position beziehende Analyse des Vietnamkrieges nimmt zwei Drittel des Buches ein. Diese starke Gewichtung zulasten des Irakkrieges irritiert. Auch wirken die Aussagen zum Irakkrieg weniger tiefgründig. Zwar wird auch hier deutlich, daß es unklar ist, wieso sich US-Präsident Bush im Rahmen des Terrorkampfes für den Irak als zweites Angriffsziel nach Afghanistan entschied, doch da das Thema Irakkrieg weit vielschichtiger ist, als der Autor es ihm zugesteht, fällt das Buch zum Ende hin ab.

Die Tatsache, daß der Autor sein Buch bereits 2008 verfaßt hat, aktuelle Entwicklungen also noch nicht verarbeitet sind, ist leicht zu verschmerzen, zumal er seinen Schwerpunkt sowieso auf den Vietnamkrieg der Jahre 1965 bis 1973 legt. Störend ist allerdings, daß er die Kriege nur strategisch behandelt, ohne auf die Grausamkeiten auf allen Seiten einzugehen, die wiederum die Art und Weise der Kriegsführung bestimmten. *Bel*

***Joseph Pozsgai: „Vom Vietnam-Krieg zum Irak-Desaster – Fehlentscheidungen amerikanischer Politik“***, *Olzog, München 2008, kartoniert, 320 Seiten, 24,90 Euro*

# Schicksal

## An Krieg und Frieden erinnert

Er ist der Sohn eines Ostpreußen, den es auf der Suche nach Arbeit ins Ruhrgebiet verschlagen hat. Dort wurde Erich Urbschat dann auch geboren. In „Unsere Ohnmacht – unser Schicksal?“ hat dieser nun seine Lebenserinnerungen aufgeschrieben. Urbschat berichtet über seine Zeit als Soldat, aber auch einige Höhe- beziehungsweise Tiefpunkte aus seinem Leben von der Nachkriegszeit bis heute. Dabei vergißt er manchmal, daß der Leser nicht über alles informiert ist, und so werden Dinge vorausgesetzt beziehungsweise Informationen weggelassen, die nötig gewesen wären, um die Ereignisse nachempfinden zu können. Zwischen so manchem Belanglosen finden sich jedoch auch Lebensweisheiten eines fast 90jährigen: „Die Angst war die Triebfeder meiner Überlegungen ... So hat uns der liebe Gott die Angst als Regulativ gegeben. Und Mut ist, die Angst zu überwinden, ohne dabei leichtsinnig zu werden. Habe ich auch deswegen überlebt?“

### Lebensweisheiten eines fast 90jährigen

Auch über seine Not schreibt er, als er in Bedrängnis geriet, in seiner Funktion als Offizier das Erschießungskommando eines ihm bekannten, desertierten Oberstleutnants zu leiten. „Es gibt Neunmalkluge, die Richter spielen wollen. Möge ihnen das Schicksal die Beteiligung in einer solchen Situation ersparen, denn sie wissen nicht, was sie dann tun!“ Und auch während seiner Zeit in der Kriegsgefangenschaft mußte er mehrfach bittere Entscheidungen treffen. Doch die schwersten Schicksalsschläge ereilten ihn erst in den letzten Jahren: 2003 starb seine Tochter, 2006 seine Frau. „Vom Konzert des Lebens hat niemand ein Programm“, beendet Urbschat seine Erinnerungen. *Bel*

***Erich Urbschat: „Unsere Ohnmacht – Unser Schicksal?“***, *Sol, Königslutter, broschiert, 145 Seiten, 12,50 Euro*

## Elch, groß

Wunderschöne Darstellung
gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm, Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

€ 149,95

Claus Neuber
**Marsch aus dem Untergang**
Erlebnisbreichte eines Rückkämpfers vom Zusammenbruch der „HG Mitte“
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 6444, € 19,90

Werner H. Krause
**Totentanz im Oderland**
Der Einmarsch der Roten Armee in Ostbrandenburg 1945
Erinnerung und Dokumente

Der Verfasser hat die ergreifenden Zeugnisse des grausamen Geschehens von Überlebenden in jahrelanger mühevoller Feldforschung gesammelt und veröffentlicht sie in der hier endlich vorliegenden Dokumentation.

Geb., 397 Seiten
Best.-Nr.: 6660, € 24,80

**Sonderangebot**
Alle drei Teile zusammen
Best.-Nr.: 5401
nur € 39,95

**Flug über Nord-Ostpreußen**

**Endlich wieder lieferbar!**

DVD

**Teil 1**
**Die Küste**
Laufzeit: 52 Minuten
Best.-Nr.: 5398, € 19,95

**Teil 2**
**Von Königsberg bis Insterburg**
Laufzeit: 62 Minuten
Best.-Nr.: 5399, € 19,95

**Teil 3**
**Rominter Heide – Trakehnen – Elchniederung**
Laufzeit: 73 Minuten
Best.-Nr.: 5400, € 19,95

Werner Zurek
**Ahnen- und Familienforschung in Polen leicht gemacht**
Ein praktischer Ratgeber, Leitfaden und Forschungshilfe. Schwerpunktmäßig konzentriert sich der Inhalt auf die Leserschaft, deren Vorfahren aus Ostpreußen kommen. Das Buch soll den Forschungsreisenden bei allerlei auftretenden Schwierigkeiten helfend unter die Arme greifen. Zu diesem Zweck finden sich neben den jeweils textuellen Erläuterungen in verschiedenen Sprachen, wie lateinisch, polnisch, englisch und auch russisch, Beispielabbildungen von Heirats-, Sterbe- und Geburtsurkunden in polnisch, lateinisch und deutsch, sowie Geburts-, Tauf-, Heirats- und Sterbeeinträgen, die aus Abschriften unterschiedlicher Kirchenregister und Kirchenbücher stammen. Darüber hinaus finden sich insgesamt sehr viele, geradezu verblüffend detaillierte hilfreiche Kleinigkeiten, praktische Übersetzungen, ausführliche Beschreibungen, Erläuterungen und Auflistungen polnischer Namen. Nicht zu vergessen die Anschriften von Kirchenarchiven, Staatsarchiven und sonstigen privaten und behördlichen Institutionen. Selbst mit der Geschichte des polnischen Adels und seiner Wappen setzt sich der Autor auseinander. Auch für diesen Kreis wird auf staatliche Archive und Forschungsmöglichkeiten verwiesen. Selbst formatierte Anschreibevorlagen geben den Nutzern die Möglichkeit, Anfragen an Standesämter, staatliche Archive oder Kirchengemeinden zu richten, ohne die polnische Sprache auch nur ansatzweise oder gar perfekt beherrschen zu müssen. Mit diesem Ratgeber wurde ein kleiner Meilenstein für die private Ahnen- und Familienforschung geschaffen.
Kart., 251 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6785, € 26,80

Martin Schmidtke
**Rettungsaktion Ostsee 1944/1945**
Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer mit den Häfen und Einschiffungsorte während der Rettungsaktion. Darüber hinaus enthält das Buch eine chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste. Über ein alphabetisches Register der beteiligten Schiffe, der früheren und Zweit-Schiffsnamen und der Schiffsnamen nach Kriegsende verschafft sich der Suchende schnell einen Überblick.
Geb., 344 Seiten mit über 1000 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 4760
€ 39,00

Marianne Kopp
**Als wir uns fanden, Schwester, wie waren wir jung**
Begonnen hat alles mit den „Göttinger Musenalmanachen“ für 1901 und 1905. An denen war nicht nur die Königsbergerin Agnes Miegel, sondern auch die aus Bückeburg stammende Lulu von Strauß und Torney beteiligt. Der Herausgeber Börries v. Münchhausen sollte in ihrer beider Leben fortan eine besondere Rolle spielen. Lulus Briefe fehlen leider, Agnes Miegel hat sie, wie auch in anderen Fällen, verbrannt. Doch aus deren Tagebüchern, aus den Briefen an Dritte, auch aus den Erinnerungen beider ergibt sich ein doppelbiographisches Muster, und so manches Steinchen fügt sich zum anderen wie in einem Mosaik. Das gilt nicht nur für die biographischen Hintergründe und die vielen benannten Personen, sondern auch für das zeit- und kulturgeschichtliche Umfeld. All dies versuchen Anmerkungen zu erhellen, die am Ende eines jeden Briefes zu finden sind. Der gewählte Zeitraum erschien besonders ergiebig und interessant: von den intensiven ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts bis einschließlich 1922, ein Jahr, das für beide Frauen in ihrer kreativen Entwicklung eine Zäsur mit sich brachte.
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 6786

€ 22,00

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

## lesensWERT!

**Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!**

Hein Severloh
**WN 62- Erinnerungen an Omaha Beach Normandie, 6. Juni 1944**
Severlohs bewegende autobiographische Landsergeschichte berichtet vom D-Day, an dem die West-Alliierten ihre Offensive gegen den Atlantikwall eröffneten. Der im Widerstandsnest 62 postierte Severloh war der von den Amerikanern am meisten gefürchtete deutsche MG-Schütze. Neun Stunden lang feuerte er zwischen die am Strand landenden GIs - mehr als 2.000 von ihnen blieben liegen...
Schonungslos und ergreifend schildert Severloh die dramatischen Stunden, in denen in seinem Blutiges Omaha genannten Abschnitt 34.000 GIs von See her landeten und auf nur 350 deutsche Soldaten trafen, die sich erbittert wehrten. Er überlebte die Feuerwalze auf ebenso schreckliche wie abenteuerliche Weise, doch prägte sie nachhaltig sein ganzes weiteres Leben... Bis zur Veröffentlichung dieses traurigen Eingeständnisses hatten die Amerikaner niemals den Namen dessen erfahren, der ihnen die Landung zu diesem furchtbaren Debakel werden ließ. In Zusammenarbeit mit Helmut Konrad Frhr. von Keusgen, Schriftsteller für Militärhistorie, entstand ein äußerst spannender Tatsachenbericht mit präzisen Ortsangaben und vielen erstaunlichen Hintergründen, der bisher vorherrschende offizielle Angaben in Frage stellt. Auf erschütternde Weise wird hier von einer ungeschminkten Wahrheit berichtet, die eine weitere Erklärung für das Debakel der Amerikaner in diesem Landeabschnitt liefert...
Kart., 158 Seiten, 60 S/w-Fotos und 3 Karten
Best.-Nr.: 5508

€ 12,50

Arno Surminiski
**Gruschelke und Engelmannke**
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

**Sturm über Ostpreußen**
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Film-dokumentation
Die beiden Filme dieser Doppel-DVD (bisher als VHS- Video unter den Titeln: Ostpreußen im Inferno 44/45 und Ostpreußen im Todeskampf 45) schildern ergänzend mit teilweise noch nie gezeigten Aufnahmen, russischen und deutschen Wochenschauen und Interviews mit zahlreichen Augenzeugen - Soldaten und Zivilisten, wie die Tragödie des Untergangs Ostpreußens sich bis zur Kapitulation 1945 von Akt zu Akt steigert. Sowjetische Kameraleute hielten fest, wie Ostpreußen Stück für Stück der Roten Armee in die Hände fiel, wie Tilsit, Insterburg, Allenstein und Elbing brannten und wie schließlich im "Sturm auf Königsberg" die Hauptstadt genommen wurde.
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

2 DVDs

Sonderangebot!
statt € 24,90
nur € 19,95

**Ostpreußen-Reise 1937**
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

DVD

Sonderangebot!
statt € 25,80
nur € 19,95

**Romantisches Masuren, DVD**
Wer Masuren als „Land der tausend Seen“ bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt pägen. Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397,
€ 19,95

DVD

Kerrin Gräfin von Schwerin
**Wilhelmstraße 63**
Schicksalsjahre einer preußischen Familie
Geb., 304 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6772, € 24,95

## Elch, klein

Wunderschöne Darstellung
gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm, Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

€ 99,95

Wulf Dietrich Wagner
**Kultur im ländlichen Ostpreußen**
Nicht allein mit den Gütern im Kreis Gerdauen beschäftigt sich dieser Band. Wulf Wagner hat in seiner Chronik über den Kreis vielmehr großen Wert auf die Menschen und ihre Geschichten gelegt. Mit dem ersten Teil des Buches über die geschichtliche Entwicklung liegt somit die zurzeit genaueste, umfangreichste und auch anschaulichste Darstellung des Kreises Gerdauen vor. Vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert konnten dabei die Besitzerfolgen vieler Güter lückenlos rekonstruiert werden.
Bei den Recherchen traten auch zahlreiche kulturgeschichtlich interessante und spannende Geschichten zutage. Besonders für das 20. Jahrhundert hat Wagner – neben der Nutzung archivarische Angaben – eng mit den Menschen des Landkreises Gerdauen zusammengearbeitet. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten aus ihrem Besitz macht das Buch lebendig und facettenreich zugleich.
Ein wichtiges Stück Geschichte wurde so vor dem Vergessen bewahrt.
Geb., 715 S., zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 6747

NEU

€ 39,95

**Elchschaufel-Schlüsselanhänger**

**Elchschaufel-Schlüsselanhänger**
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

**Königsberg-Schlüsselanhänger**
Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

Max Riemer, Wilhelm Obgartel
**Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen**
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925, Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812
statt € 24,95 nur € 9,95

**Heimatklänge aus Ostpreußen**
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor,1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

€ 12,95

**Ostpreußen-Schlüsselanhänger**

**Ostpreußen-Schlüsselanhänger**
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

**Preußen-Schlüsselanhänger**
Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Stefan Scheil
**Churchill, Hitler und der Antisemitismus**
Die deutsche Diktatur, ihre politischen Gegner und die europäische Krise der Jahre 1938/39
Kart., 335 Seiten
Best.-Nr.: 6774, € 28,00

**Achtung! Neue Adresse Achtung!**

PMD Preußischer Mediendienst

**Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst** 20/09
**Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12**
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

**Bestellcoupon**

| Menge | Best.-Nr. | Titel | Preis |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

**Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de**

## MELDUNGEN

### Merkel vor Sarkozy

**Paris** – Wer sollte Europa anführen? Auf diese Frage nennen 25 Prozent der Franzosen den Namen der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, nur 17 Prozent wollen den eigenen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy an der Spitze der EU sehen. Der Franzose kämpft zuhause mit schwindender Popularität, während Merkel bei deutschen Umfragen deutlich besser abschneidet als ihre Partei. Die beiden sind sich Berichten zufolge herzlich abgeneigt.

### Antifa-Gruppe mit SS-Runen

**Duisburg** – Die Staatsanwaltschaft Duisburg wirft der dezidiert linksaußen eingestellten Punkrock-Gruppe „Es eskaliert“ die Benutzung verfassungsfeindlicher Symbole vor. Die Gruppe hat ihren Namen auf Werbeartikeln und Plakaten „SS kaliert“ mit SS-Runen geschrieben. Den fünf Mitgliedern, die auch auf sogenannten „Antifa-Konzerten“ auftreten, drohen bis zu drei Jahre Haft. Indes wird mit einer weit milderen Strafe gerechnet.

**Vorschau 2010**

Zeichnung: Mohr

# Peer Hyde

**Wie sich unser Finanzminister plötzlich verwandelt hat, warum er in den Schrank muß, und wie FDP-Wähler zu Tieren gemacht werden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL**

Mit Vergleichen soll man vorsichtig sein. Daß Peer Steinbrück die Alpenländer und Luxemburg mit Burkina Faso (früher Obervolta) verglichen hat, brachte ihm auf zwei Kontinenten Ärger nacheinander ein. Die europäischen Nachbarn waren sofort empört, die Burkinesen entzündeten sich wenig später. Am Südrand der Sahara verfolgt man die Fingerhakeleien des deutschen Finanzministers sonst ohne große Anteilnahme, weshalb die Sache da unten erst mit Verzögerung durchschlug.

Die Reaktion der Finanzbürgermeisterin der Hauptstadt Ouagadougou, Minata Ouédraogo, würde Peer Steinbrück peinlichst beschämen, wenn er nicht Peer Steinbrück wäre. Die kluge Frau klärte, statt beleidigt aufzugellen, den SPD-Politiker in ruhigen sachlichen Sätzen darüber auf, was für einen Bockmist er geredet hatte: Steueroase? Schlupfwinkel für „Reiche“? Welche Reichen? Die Hälfte der 1,2 Millionen Einwohner Ouagadougous müßten sich mit weniger als einem US-Dollar durch den Tag schlagen, so Ouédraogo, die andere Hälfte versuche zum Großteil, als Gelegenheitsarbeiter oder Straßenhändler zu überleben. Von denen gebe es kaum Steuern, und Nummernkonten hätten sie in Burkina Faso ohnehin nicht.

Bayerns Europaministerin Emilia Müller hat es endgültig dicke. Sie würde den Bundesfinanzminister am liebsten im Schrank verschwinden lassen, bevor er Deutschland noch weiter blamiert. Was treibt den Steinbrück eigentlich? Er stampft durch die Welt wie die Karikatur eines schlecht gelaunten Kleinbürgers, der alle haßt, die womöglich über ihm stehen („Kapitalisten“, vermeintliche Steueroasenwirte) und ebenso alle, die er unter sich wähnt („Ouagadougou“, „Indianer“).

Solche Leute werden immer dann unangenehm, wenn die Dämme brechen, und die Regeln des guten Benehmens nicht mehr so gründlich überwacht werden wie sonst. Denn im Grunde ihres Herzens sind ihnen Takt und Rücksichtnahme ein Graus, sie müssen sich immer mühsam zusammenreißen, quälen sich wie angeleinte Rabauken.

Zur Zeit reißt die Krise so manchen Damm dahin, daher zeigt sich der nette Nachbar Steinbrück über Nacht als Mr. Hyde der europäischen Politik. Er redet, wie wir es unter den hochentwickelten Ländern Europas über Jahrzehnte nur von britischen Politikern gewöhnt waren.

Die bayerische Ministerin hat also recht: Auf das Niveau gehen wir lieber nicht, dem Finanzminister muß Einhalt geboten werden. Andererseits wollen wir auch keine Unmenschen sein. Steinbrück genießt seine Bedeutung als Finanzminister in Krisenzeiten so sichtlich, daß wir ihm den Spaß internationaler Auftritte nicht ganz verderben sollten. Wohin aber können wir den Radaubruder noch lassen? In die Ukraine natürlich: Der dortige Innenminister Jury Luzenko hat sich gerade volltrunken eine Prügelei mit deutschen Sicherheitskräften am Frankfurter Flughafen geliefert. Nun besteht er für sich und seine drei Saufkumpane, darunter sein würdiger Sohn, sogar auf einer Entschuldigung der Deutschen. Sein Präsident Viktor Juschtschenko springt ihm bei und verlangt „Aufklärung“ von der deutschen Botschaft in Kiew.

> »Abkassieren«: Von ganz links krabbelt die Ganovensprache auf die Wahlplakate

Na, Steinbrück? Das sind Typen nach Ihrem Geschmack.

Doch wieso in die Ferne schweifen? Zuhause werden die Sitten ebenfalls erfrischend robust. Auf SPD-Plakaten werden FDP-Wähler als menschenfressende Raubtiere mit Schlips dargestellt, als zähnefletschender Hai im Anzug.

Da merkt man, wie sich die Zeiten verändert haben. Vor 30 Jahren ren in der Schule hielten uns linksdrehende Lehrer voller Abscheu ein CDU-Plakat aus den 50ern vor die Nase. Darauf war ein grimmig über den Horizont lugender Rotarmist zu sehen, mit dem Satz: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!“ Das Plakat wurde uns als ein Tiefpunkt rechter Hetze gegen die fortschrittlichen Kräfte präsentiert. Der Moskowiter sah wirklich nicht freundlich aus, aber er war unverkennbar als Mensch dargestellt. Heute sind gefährliche oder Abscheu erregende Tiere angesagt, um den Gegner zu symbolisieren. Wir kommen voran.

Allerdings ist das SPD-Plakat wohl nur die vorläufige Spitze des Müllhaufens, der sich in diesem Wahlkampf vor uns auftürmen wird. Mit „Millionäre abkassieren“ als Plakatparole haben die Linken ebenfalls einige Hemmungen abgestreift. Erinnern Sie sich noch an die gespreizten Kommunistensprüche von einst? Natürlich wollten die damals auch nur anderen Leuten ans Geld und an die Freiheit, sie umgarnten das aber mit einem Tätärä aus pathetischen Sätzen und marxistischem Kauderwelsch. Nunmehr kommen sie gleich zur Sache: „Abkassieren“, das Wort benutzen Kellner und Kneipiers. Wenn es dabei aber um Millionen geht, taucht die Vokabel nur noch bei Berichten über Ganovenverhöre der Polizei auf, als szenetypischer Euphemismus für rauben oder stehlen.

Neben den SPD- und Linke-Plakaten wirken die von Union und FDP ziemlich lau und mau. Bloß die üblichen Köpfe der Kandidaten zur anstehenden Europawahl. Darunter sind bestimmt auch Slogans. Aber die sind so langweilig, daß wir sie gleich vergessen haben. Keine Raubfische, keine Gangstersprache, nur Blabla.

Aber was sollten sie auch draufschreiben? Die Haltung der CDU zu Steuersenkungen ist nach monatelanger Debatte so klar wie Kartoffelsuppe. Da schwimmen alle möglichen Meinungen durch den Topf. Diesen Montag konnte man CDU-General Ronald Pofalla im Berliner Konrad-Adenauer-Haus durch das Gebräu von Unklarheiten schwimmen sehen: Auf die Frage, was er von der Aussage des baden-württembergischen CDU-Ministerpräsidenten Oettinger halte, daß Steuersenkungen erst nach der Haushaltskonsolidierung erfolgen könnten, drechselte Pofalla: „Über diese Konditionierung ist im (CDU-)Präsidium nicht gesprochen worden.“ Klar, so geht es natürlich auch: Man läßt die entscheidende Frage (ob auch auf Pump oder erst bei deutlich besserer Haushaltslage die Steuern runter dürfen) einfach aus, und verkauft die so erzielte Ruhe als Zeichen der Einigkeit. Das Signal an die Wähler lautet: Wir sind uns einig, wissen nur noch nicht genau, worin, und wir werden entschlossen vorgehen, vielleicht ein bißchen hierhin, oder ein wenig dorthin, mal sehen.

Die CDU scheint begierig, ihren in die Parteigeschichte eingegangenen Wahlkampf von 2005 neu aufzulegen. Damals zerfiel das anfangs arg einseitige politische Profil der CDU nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl zu einem bunten Strauß von Möglichkeiten, unter dem sich manche vieles und viele gar nichts mehr vorstellen konnten. Die haushohe Umfragemehrheit vom Frühsommer 2005 schmolz bis zum Urnengang im September auf ein paar Stimmen zusammen.

Schwacher Trost für die Schwarzen, daß es der SPD derzeit kaum besser geht, auch wenn es sich Franz Müntefering nicht nehmen läßt, bei jeder Gelegenheit ein öffentliches Bad im uninsinternen Steuerstreit zu nehmen. Aber mit welcher Mehrheit will man denn regieren? Juso-Chefin Franziska Drohsel möchte mit den Dunkelroten packeln. Doch das wollen Münte und Steini in diesem Jahr wohl noch nicht wagen. Das wäre ja was: Keine 20 Jahre nach dem Mauerfall nimmt die umgetaufte SED die Zügel wieder in die Hand! Müntefering und seinen Kanzlerkandidaten sitzt der verstolperte Anlauf in Hessen noch immer im Nacken. Was, wenn uns so etwas auf Bundesebene ... ? Da wartet man lieber noch.

Was aber sonst? Rot-Grün scheint derzeit kaum eine Mehrheit zu bekommen. Und Schwarz-Gelb? Noch ein paar solche Pofalla-Sätze, und das hätte sich auch, zumal die FDP kaum zu sehen ist trotz ihrer Umfrage-Stärke. Bliebe also abermals die Große Koalition, was uns sagen soll: Politik kann ja so spannend sein, sie muß aber nicht.

## ZUR PERSON

### Mißerfolg eines Erfolgreichen

Bereits 1994 war er „Manager des Jahres“, und noch letztes Jahr wurde er von den Chefredakteuren der Wirtschaftspresse zum „European Manager of The Year“ gewählt. **Wendelin Wiedekings** Aufstieg im und mit dem Porsche-Konzern ist schon beachtlich. Nach einem mit Promotion abgeschlossenen Maschinenbaustudium war der 1952 in Ahlen geborene Westfale bei Porsche erst als Vorstandsreferent und ab 1991 dann als Vorstand für Produktion und Materialwirtschaft tätig. Nach Arno Bohms erzwungenem Abgang wurde er 1992 dessen Nachfolger als erster Mann im Vorstand, erst „nur“ als dessen Sprecher, ab 1993 dann als Vorstandsvorsitzender.

Wiedeking brachte den Sportwagenhersteller aus der Verlustzone und steigerte den Unternehmenswert von 300 Millionen auf rund 25 Milliarden Euro. Diese Unternehmenswertsteigerung spiegelt die Gewinnmarge des Unternehmens wieder. Da Wiedekings Gehalt gewinnabhängig ist, stieg es in der Spitze auf rund 60 Millionen Euro im Jahr, womit der Porsche-Vorstandsvorsitzende zu den bestbezahlten Managern der Welt gehört.

Der große Erfolg der Edelkarosseriesschmiede verleitete den Vorstandsvorsitzenden und den Aufsichtsratsvorsitzenden des Davids unter den Autobauern zu dem Versuch, den Goliath Volkswagen zu schlucken. Die Finanzkrise, welche die Nachfrage nach Luxus(autos) spürbar sinken ließ, das Volkswagengesetz und schließlich der Widerstand des als extrem geltungsbedürftig geltenden Porscheenkels an der Spitze des VW-Aufsichtsrates, Ferdinand Piëch, scheinen jedoch die geplante Übernahme zu verhindern. Inwieweit sich dieser Fehlschlag auf die Karriere des erfolgverwöhnten Wendelin Wiedeking auswirkt, wird die Zukunft zeigen. *M. R.*

## ZITATE

*Der von der **SPD** als **Wahlmann für die Bundespräsidentenwahl** ernannte **Bundestrainer der Handballnationalmannschaft, Heiner Brand**, hat mit seiner Aussage „Ich habe eigentlich nie gesagt, daß ich Frau Schwan wählen will“ nicht nur die Sozialdemokraten überrascht. Dem österreichischen „Standard“ sagte er am 7. Mai auf die Frage, warum ihn gerade die SPD nominiert hat:*

„Die SPD, die mich sozusagen engagiert hat, hat scheinbar gedacht, daß ich da sehr gut zu ihnen passen würde ... Ich bin sicher irgendwo konservativ in meiner persönlichen Haltung, was Werte wie Nähe zur Familie und Beständigkeit betrifft. Aber ansonsten bin ich oft auch durchaus etwas progressiver ... Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard ist in meinen Augen nach wie vor eine positive Sache.“

*Die **Obama-Regierung** tastet sich nach der **Eiszeit** während der **Bush-Regierung** langsam an den **Iran** ran. Bei einer Anhörung im US-Kongreß am 6. Mai sagte Demokrat **John Kerry**:*

„So, wie wir unsere Forderung nach einem Regimewechsel aufgeben und die legitime Rolle des Iran in der Region anerkennen, so müssen Irans Führer ihr Verhalten und das ihrer Verbündeten Hamas und Hisbollah mäßigen.“

*Der rechte niederländische Politiker **Geert Wilders** verteidigt im „Focus“ (11. Mai) sein Recht, den **Islam anzugreifen**:*

„Es ist nicht meine Absicht, andere zu verletzen ... Aber es gibt kein Recht, nicht beleidigt zu werden. In einer gut funktionierenden Demokratie muß man Religionen und Ideologien kritisieren dürfen.“

## Stolpersteinig

*Mit losem Mundwerk und mit „Stein“ –*
*sagt, war da nicht schon einer?*
*Bei Schröder? Klar, jetzt fällt's mir ein:*
*Das Rüpelstilzchen Steiner!*

*In diesen Tagen sind gleich zwei*
*mit „Stein-“ in der Regierung,*
*und umso härter geht's dabei*
*um eigne Profilierung.*

*Der eine setzt – es ist fürwahr*
*zum Stein- und Brück-Erweichen –*
*vor allem auf sein Inventar*
*an hinkenden Vergleichen!*

*Als Neidgenosse schießt mit Lust*
*er auf die Eidgenossen*
*und hat erst kürzlich unbewußt*
*'nen argen Bock geschossen:*

*Die „Siebente Kavallerie“,*
*von der er schwadronierte,*
*die war's doch, die am*
*„Wounded Knee“*
*die Wilden massakrierte!*

*Oasen suchend ohne Ruh*
*schweift flott der Sprüche-Reiter*
*nach Afrika und dort partout*
*nach Wagadugu weiter.*

*Und wieder gilt sein*
*Murks-Vergleich*
*der Schweiz und automatisch*
*auch Luxemburg und*
*Österreich –*
*nur diesmal wird's traumatisch:*

*O nein, nicht weil's die Ösis stört –*
*es sind bei solchen Worten*
*die Afrikaner höchst empört,*
*die prompt Rassismus orten!*

**Pannonicus**